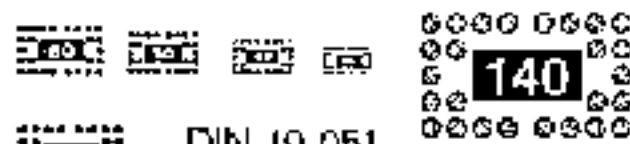


**SOZIALISTISCHE HEFTE**

**DAS  
ERFURTER  
PROGRAMM**

**EIN HISTORISCHES  
DOKUMENT**



DIN 19 051



**Neuausgabe 1947**

**A 00 - 03482**

**VERLAG DAS VOLK · MÜNCHEN**

DAS  
ERFURTER  
PROGRAMM

EIN HISTORISCHES  
DOKUMENT

VERLAG DAS VOLK · MÜNCHEN

A 00 - 03482



## Vorwort

Mit dem „Erfurter Programm“ verbindet sich für den Kenner der Parteigeschichte die Erinnerung an eine glanzvolle Wende im Kampfe der zwölf Jahre lang infam unterdrückten Arbeiterklasse gegen eine bis dahin unbesiegt scheinende eiserne Phalanx einer in allen deutschen Bundesstaaten wütenden Polizeiwillkür. Die Wahlen vom 20. Februar 1890 wirkten in ihren selbst uns freudig überraschenden Ergebnissen wie der rauschend anbrechende Vorfrühling politischer und wirtschaftlicher Befreiung aus entwürdigender Knechtschaft.

Wenige Monate nach dem Gothaer Einigungskongress, 1875, hatte die Sozialdemokratische Partei nach erstem theoretischem Ringen eine Vorlage zum Beschluß erhoben, die ein Kompromiß war zwischen den bisherigen Programmen der Lassalleaner und der Eisener, ein Kompromiß jedoch weit mehr der Form als dem Wesen nach. Von ihren Überzeugungen brauchte keine der beiden Fraktionen etwas preiszugeben, weil diese Überzeugungen sich im wesentlichen deckten.

Nach dem Siegesjahr war die Sozialdemokratie mächtig in die Breite gewachsen. Noch im Oktober tagte der erste Parteitag nach dem Hölleinsturz des Ausnahmegesetzes in Halle. Er verlief überaus stattlich: 400 Delegierte wohnten ihm bei; 17 Gäste überbrachten die Glückwünsche und Grüße der österreichischen, schweizerischen, englischen, französischen, belgischen, holländischen, dänischen, schwedischen und polnischen Bruderparteien. In Halle gab sich die deutsche Sozialdemokratie eine nun ihrer stolzen Größe entsprechende Organisation.

Im nächsten Jahre, 1891, vom 14. bis 20. Oktober, tagte der historisch gewordene Erfurter Parteitag. Aus ihm ging das Erfurter Programm hervor, das 34 Jahre hindurch, bis zum Heidelberger Programm, 1925, überdauernd auch die Stürme des ersten Weltkrieges und dessen lastende Folgen, die strengwissenschaftlich begründete Magna charta der deutschen Sozialdemokratie bilden sollte. Unter dem Sozialistengesetz war sich die Partei über ihr historisches Wesen und ihre entwicklungsgeschichtlich gegebenen Ziele klar geworden.

Grundlegende Werke über den wissenschaftlichen Sozialismus aus der Feder seiner Altmeister hatten schon Aufnahme und Verständnis in aufgeklärten Köpfen der deutschen Arbeiterschaft gefunden. Die Erkenntnis war reif geworden zu einem ihr entsprechenden, würdigen Programm. Gründliche Vorarbeit, die aus den reichen Belegen dieses Haltes zu erschen ist, geht der endgültigen Fassung des Erfurter Programms lange voraus: Marx, der inzwischen längst Verstorbene, Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky, haben an ihr in ausführlichen, tiefbegründeten Darlegungen teilgenommen. Ein Magdeburger Entwurf, an dem wohl Paul Kampfmeyer den größten Anteil hatte, fand infolge seiner geschickten Fassung neben dem Entwurfe des Parteivorstandes mit Berücksichtigung.

„Die dann noch zu leistende Arbeit war“, wie Franz Mehring in seiner Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie schreibt, „wesentlich redaktioneller Natur; es kam darauf an, die Gedankenwelt, auf deren Höhe sich die Partei emporgearbeitet hatte,

Herausgeber: Erich Fleischor, München

Published under Political Party Publications License No. US - E - 2

(Sozialdemokratische Partei), Herausgegeben unter Parteilizenz Nr. US - E - 2

Printed in Germany / Neuaullage 1. bis 10. Tausend / März 1948

Druck: Julius Steeger & Co. GmbH., Bayreuth



in der klarsten und knappsten Form zusammenzufassen, einerseits die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie, das Endziel der proletarischen Klassenbewegung aus der historischen Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten, andererseits die praktischen Wege der Partei auf dem Boden dieser Gesellschaft abzustecken. Eine solche Zweiteilung entsprach der Taktik des klassenbewußten Proletariats, das unter praktisch gegebenen Verhältnissen kämpfen muß, aber als sicheren Kompaß auf dem klippenreichen und stürmischen Meere moderner Klassenkämpfe nur sein Endziel besitzt."

Der Entwurf, den der Erfurter Parteitag nach eingehender kommissarischer Beratung einstimmig genehmigte, war von Kautsky verfaßt.

Lichtvoll in ihren präzisen wissenschaftlichen Formulierungen und heute erst recht zu aufmerksamem Studium empfohlen, sind Wilhelm Liebknechts Schlußrede „zur Vorbereitung des Programmentwurfes“ und die in ihren Fundamentalsätzen exakt definierte Arbeit Friedrich Engels: „Der Entwurf des neuen Parteiprogramms“. In dieser finden wir auch die geschichtlich konsequente Kennzeichnung des mit dem Mantel der „Demokratie“ drapierten bürgerlichen Liberalismus, dessen Herrschaft nicht den Frieden, sondern den Untergang des Faktors „Volk“ bedeute. Wir Heutige glauben hier ein Prophetenwort zu hören: als geisterten schon die gespenstischen Schatten nationalsozialistischer Barbarei von ferne her. —

Im Erfurter Programm konzentriert sich zum ersten Male der Reichtum theoretischer Erkenntnis des unabwendbar sich durchsetzenden ökonomischen und politischen Entwicklungsweges hin zum Sozialismus: es weist zugleich die praktische Wegspur, die zur Erreichung ihrer klappenmäßig sich erfüllenden Ziele hinführt. Keine bürgerliche Partei vermag sich zu rühmen, aus ihrem so unsicheren geistigen Besitzstande ein auch nur ähnliches Dokument von höchster kulturgeschichtlicher Bedeutung vorlegen zu können.

München, im März 1948

Eugen Kirchpfering

## Das „Gothaer Programm“ bis zum „Erfurter Programm“

das bisherige Programm der Partei, beschlossen auf dem Gothaer Parteitag 1875

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwändlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen

\* \* \*

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrfähigkeit. Volkswuhr an Stelle der stehenden Heere.

4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Presse-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitslag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenerbeit.

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Haus-Industrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Regelung der Gefängnisarbeit.

8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

#### Brief Karl Marx' an Wilhelm Bracke vom 5. Mai 1875

##### 1. Vorwort von Engels:

Das hier abgedruckte Manuskript — der Begleitbrief an Bracke sowohl wie die Kritik des Programmentwurfs — wurde 1875 kurz vor dem Gothaer Einigungskongress an Bracke zur Mitteilung an Geib, Auer, Bebel und Liebknecht und spätere Rücksendung an Marx abgesandt. Da der Haller Parteitag die Diskussion des Gothaer Programms auf die Tagesordnung der Partei gesetzt hat, würde ich glauben, eine Unterschlagung zu begehen, wenn ich dies wichtige — vielleicht das wichtigste — in diese Diskussion einschlagende Aktenstück der Öffentlichkeit noch länger vorenthielte.

Das Manuskript hat aber noch eine andere und weiterreichende Bedeutung. Zum erstenmal wird hier die Stellung von Marx zu der von Lassalle seit dessen Eintritt in die Agitation eingeschlagenen Richtung klar und fest dargelegt, und zwar sowohl was die ökonomischen Prinzipien wie die Taktik Lassalles betrifft.

Die rücksichtslose Schärfe, mit der hier der Programmentwurf zergliedert, die Unerbittlichkeit, womit die gewonnenen Resultate ausgesprochen, die Blößen des Entwurfs aufgedeckt werden, alles das kann heute, nach fünfzehn Jahren, nicht mehr verletzen. Spezifische Lassalleaner existieren nur noch im Ausland als vereinzelte Ruinen, und das Gothaer Programm ist in Halle sogar von seinen Schöpfern als durchaus unzulänglich preisgegeben worden.

Trotzdem habe ich einige persönliche scharfe Ausdrücke und Urteile da, wo dies für die Sache gleichgültig war, ausgelassen und durch Punkte ersetzt. Marx selbst würde dies tun, wenn er das Manuskript heute veröffentlichte. Die stellenweise heftige Sprache desselben war provoziert durch zwei Umstände. Erstens waren Marx und ich mit der deutschen Bewegung inniger verwachsen als mit irgendeiner andern; der in diesem Programmentwurf bekundete entschiedene Rückschritt mußte uns also besonders heftig erregen. Zweitens aber lagen wir damals, kaum zwei Jahre nach dem Haager Kongress der Internationale, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anhängern, die uns für alles verantwortlich machten, was in Deutschland in der Arbeiterbewegung geschah; wir mußten also erwarten, daß man uns auch die geheime Vaterschaft dieses Programms zuschrieb. Diese Rücksichten fallen jetzt weg und mit ihnen die Notwendigkeit der tragischen Stellen.

Auch aus pressgesetzlichen Gründen sind einige Sätze nur durch Punkte angedeutet. Wo ich einen mildereren Ausdruck wählen mußte, ist er in eckige Klammern gesetzt. Sonst ist der Abdruck wörtlich.

Fr. Engels

London, 6. Januar 1891

##### 2. Der Brief:

London, 5. Mai 1875

Lieber Bracke,

Nachstehende kritische Randglossen zu dem Koalitionsprogramm sind Sie wohl so gut, nach Durchlesung, zur Einsicht an Geib, Auer, Bebel und Liebknecht mitzuleilen. Ich bin überbeschäftigt und muß schon weit über das Arbeitsmaß hinausziehen, das mir ärztlich vorgeschrieben ist. Es war mir daher keineswegs ein „Genug“, solch langen Wisch zu schreiben. Doch war es notwendig, damit später meinerseits zu tuende Schritte von den Parteifreunden, für welche diese Mitteilung bestimmt ist, nicht mißdeutet werden.

Nach abgehaltenem Koalitionskongress werden Engels und ich nämlich eine kurze Erklärung veröffentlichen, des Inhalts, daß wir besagtem Prinzipienprogramm durchaus fernstehn und nichts damit zu tun haben.

Es ist dies unerlässlich, da man im Ausland die von Parteifeinden sorgsamst genährte Ansicht — die durchaus irrige Ansicht — hegt, daß wir die Bewegung der sogenannten Eisenacher Partei insgeheim von hier aus lenken. Noch in einer jüngst erschienenen russischen Schrift macht Bakunin mich z. B. nicht nur für alle Programme usw. jener Partei verantwortlich, sondern sogar für jeden Schritt, den Liebknecht, vom Tage seiner Kooperation mit der Volkspartei an, getan hat.

Abgesehen davon ist es meine Pflicht, ein nach meiner Ueberzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen.

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Könnte man also nicht — und die Zeitumstände liehen das nicht zu — über das Eisenacher Programm hinausgehen, so hätte man einfach eine Uebereinkunft für Aktionen gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt das bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Markssteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt. Die Chefs der Lassalleaner kamen, weil die Verhältnisse sie dazu zwangen. Hätte man ihnen von vornherein erklärt, man lasse sich auf

keinen Prinzipienhader ein, so hätten sie sich mit einem Aktionsprogramm oder Organisationsplan zu gemeinschaftlicher Aktion begnügen müssen. Statt dessen erlaubt man ihnen, sich mit Mandaten bewaffnet einzustellen und erkennt diese Mandate seinerseits als bindend an, ergibt sich also den Hilfsbedürftigen auf Gnade und Ungnade. Um der Sache die Krone aufzusetzen, halten sie wieder einen Kongress vor dem Kompromißkongress, während die eigene Partei ihren Kongress **post festum** hält. Man wollte offenbar alle Kritik eskamotieren und die eigene Partei nicht zum Nachdenken kommen lassen. Man weiß, wie die bloße Tatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu teuer erkauft.

Uebrigens taugt das Programm nichts, auch abgesehen von der Heiligensprechung der Lessalleschen Glaubensartikel.

Ich werde Ihnen in der nächsten Zeit die Schlußlieferungen der französischen Ausgabe des Kapitals schicken. Der Fortgang des Drucks war auf längere Zeit durch Verbot der französischen Regierung gehemmt. Diese Woche oder anfangs nächster wird die Sache fertig. Haben Sie die früheren 6 Lieferungen erhalten? Schreiben Sie mir gefälligst auch die Adresse von Bernhard Becker, dem ich ebenfalls die Schlußlieferungen schicken muß.

Die Volksstaats-Buchhandlung hat eigene Manieren. So hat man mir bis zu diesem Augenblick z. B. auch nicht ein einziges Exemplar des Abdrucks des Kölner Kommunistenprozesses zukommen lassen.

Mit bestem Gruß

Ihr Karl Marx

Karl Marx:

## Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei

1. „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“<sup>1)</sup>

**Erster Teil des Paragraphen:** „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.“

Die Arbeit ist **nicht** die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebensosehr die Quelle, der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Aeußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfabeln und ist insofern richtig, als **unterstellt** wird, daß die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen bürgerlichen Redensarten nicht erlauben, die Bedingungen zu verschweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Und soweit der Mensch sich von vornherein zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, als Eigentümer verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit **übernatürliche Schöpfungskraft** anzudichten; denn gerade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein anderes Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.

Lassen wir jetzt den Satz, wie er geht und steht, oder vielmehr hinkt. Was hätte man als Schlußfolgerung erwartet. Offenbar dies:

„Da die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist, kann auch in der Gesellschaft sich niemand Reichtum aneignen außer als Produkt der Arbeit. Wenn er also nicht selber arbeitet, lebt er von fremder Arbeit und eignet sich auch seine Kultur auf Kosten fremder Arbeit an.“

Statt dessen wird durch die Wortschraube „und da“ ein zweiter Satz angefügt, um aus ihm, nicht aus dem ersten, eine Schlußfolgerung zu ziehen.

**Zweiter Teil des Paragraphen:** „Nutzbringende Arbeit ist nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich.“

<sup>1)</sup> In der vom Kongress angenommenen Fassung lautet dieser Artikel: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.“

Nach dem ersten Satz war die Arbeit die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, also auch keine Gesellschaft ohne Arbeit möglich. Jetzt erfahren wir umgekehrt, daß keine „nutzbringende“ Arbeit ohne Gesellschaft möglich ist.

Man hätte ebensogut sagen können, daß nur in der Gesellschaft nutzlose und selbst gemeinschädliche Arbeit ein Erwerbszweig werden kann, daß man nur in der Gesellschaft vom Müßiggang leben kann usw. usw. — kurz den ganzen Rousseau abschreiben können.

Und was ist „nutzbringende“ Arbeit? Doch nur die Arbeit, die den bezweckten Nutzeffekt hervorbringt. Ein Wilder — und der Mensch ist ein Wilder, nachdem er aufgehört hat Affe zu sein —, der ein Tier mit einem Stein erlegt, der Früchte sammelt usw., verrichtet „nutzbringende“ Arbeit.

**Drittens: Die Schlussfolgerung:** „Und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist — gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, mit gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“

Schöner Schluß! Wenn die nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Arbeitsertrag der Gesellschaft — und kommt dem einzelnen Arbeiter davon nur so viel zu, als nicht nötig ist, um die „Bedingung“ der Arbeit, die Gesellschaft, zu erhalten.

In der Tat ist dieser Satz auch zu allen Zeiten von den Verlethern des **jedesmaligen Gesellschaftszustandes** geltend gemacht worden. Erst kommen die Ansprüche der Regierung mit allem was daran klebt, denn sie ist das gesellschaftliche Organ zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; dann kommen die Ansprüche der verschiedenen Sorten von Privateigentum, denn die verschiedenen Sorten von Privateigentum sind die Grundlagen der Gesellschaft usw. Man sieht, man kann solche hohlen Phrasen drehen und wenden wie man will.

Irgendwelchen verständigen Zusammenhang haben der erste und zweite Teil des Paragraphen nur in dieser Fassung:

„Quelle des Reichtums und der Kultur wird die Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit, oder, was dasselbe ist, „in und durch die Gesellschaft“.

Dieser Satz ist unstreitig richtig, denn wenn die vereinzelt Arbeit (ihre sachlichen Bedingungen vorausgesetzt) auch Gebrauchswerte schaffen kann, kann sie weder Reichtümer noch Kultur schaffen.

Aber ebenso unstreitig ist der andere Satz:

„Im Maße wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichtum und Kultur wird, entwickeln sich Armut und Verwahrlosung auf Seiten des Arbeiters, Reichtum und Kultur auf Seiten des Nichtarbeiters.“

Dies ist das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte. Es war also, statt allgemeine Redensarten über „die Arbeit“ und „die Gesellschaft“ zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen usw. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen gesellschaftlichen Fluch zu brechen.

In der Tat aber ist der ganze, stilistisch und inhaltlich verkehrte Paragraph nur da, um das Lassallesche Stichwort vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ als Lösungswort auf die Spitze der Parteilahne zu schreiben. Ich komme später zurück auf den „Arbeitsertrag“, das „gleiche Recht“ usw., da dieselbe Sache in etwas anderer Form wiederkehrt.

2. „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist also Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.“<sup>2)</sup>

Der dem internationalen Statut entlehnte Satz ist in dieser „verbesserten“ Ausgabe falsch.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Grundeigentümer (das Monopol des Grundeigentums ist sogar Basis des Kapitalmonopols) und der Kapitalisten. Das internationale Statut nennt im betreffenden Passus weder die eine noch die andere Klasse der Monopolisten. Es spricht vom „**Monopol der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen**“. Der Zusatz: „**Lebensquellen**“ zeigt hinreichend, daß der Grund und Boden in den Arbeitsmitteln einbegriffen ist.

Die Verbesserung wurde angebracht, weil Lassalle, aus jetzt allgemein bekannten Gründen, nur die Kapitalistenklasse angriff, nicht die Grundeigentümer. In England ist der Kapitalist meistens nicht einmal der Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem seine Fabrik steht.

3. „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit, mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.“<sup>3)</sup>

„Erhebung der Arbeitsmittel zum Gemeingut“ soll wohl heißen ihre „Verwandlung in Gemeingut“, doch dies nur nebenbei.

Was ist „Arbeitsertrag“? Das Produkt der Arbeit oder sein Wert? Und im letzteren Fall der Gesamtwert des Produkts oder nur der Wertteil, den die Arbeit dem Wert der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat?

„Arbeitsertrag“ ist eine lose Vorstellung, die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.

Was ist „gerechte Verteilung“?

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung „gerecht“ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige „gerechte“ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über „gerechte“ Verteilung?

Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase „gerechte“ Verteilung vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, wovon „die Arbeitsmittel Gemeingut sind und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist“, und aus dem ersten Paragraphen ersehen wir, daß „der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern gehört“.

„Allen Gesellschaftsgliedern“? Auch den Nichtarbeitenden? Wo bleibt da der „unverkürzte Arbeitsertrag“? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da „das gleiche Recht“ aller Gesellschaftsglieder?

<sup>2)</sup> Dieser Satz wurde vom Kongreß unverändert angenommen.

<sup>3)</sup> Endgültige Fassung: Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinsätzlicher Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Doch „alle Gesellschaftsglieder“ und „das gleiche Recht“ sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, daß in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter einen „unverkürzten“ Lassalleschen „Arbeitsertrag“ erhalten muß.

Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das gesellschaftliche Gesamtprodukt.

Davon ist nun abzuziehen:

**Erstens:** Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.

**Zweitens:** Zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.

**Drittens:** Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse usw.

Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen.

Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

**Erstens:** Die allgemeinen, nicht zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten.

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maße, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

**Zweitens:** Was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen usw.

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maße zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

**Drittens:** Fonds für Arbeitsunfähige usw., kurz, für was heute zu der sogenannten offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unter der Hand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugut kommt.

Wie die Phrase des „unverkürzten Arbeitsertrages“ verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase des „Arbeitsertrages“ überhaupt.

Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtheit existieren. Das Wort „Arbeitsertrag“, auch hautzufolge wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundsoviel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln so viel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann, außer seiner Arbeit, und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann, außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was über die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleichviel Arbeit in einer Form gegen gleichviel Arbeit in einer andern umgetauscht.

Das gleiche Recht ist daher immer noch dem Prinzip nach — das bürgerliche Recht, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur im Durchschnitt, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschrittes ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportional; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird.

Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit, oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Das gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht. Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer bestimmten Seite faßt, z. B. im gegebenen Fall sie nur als Arbeiter betrachtet; und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andere nicht; einer hat mehr Kinder als der andere usw. usw. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andere, ist der eine reicher als der andere usw. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht statt gleich, vielmehr ungleich sein.



Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!

Ich bin weilläufiger auf den „verkürzten Arbeitsertrag“ einerseits, „das gleiche Recht“, „die gerechte Verteilung“ andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unserer Partei wieder als Dogmen aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, die aber jetzt Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andere, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Phrasen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sogenannten **Verteilung** Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z. B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft ist. Sind die Elemente der Produkte derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Vulgarsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus als hauptsächlich um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärts gehen?

4. „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“<sup>4)</sup>

Die erste Strophe ist aus den Eingangsworten der internationalen Statuten, aber „verbessert“. Dort heißt es: „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die Tat der Arbeiter selbst sein“; hier hat dagegen „die Arbeiterklasse“ zu befreien — was? „die Arbeit“. Beweise wer kann.

Zum Schadenersatz ist dagegen die Gegenthrophe Lassallisches Zitat vom reinsten Wasser: „der (der Arbeiterklasse) gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse bilden“.

<sup>4)</sup> Ist unverändert beschlossen worden.

Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenes Produkt.“

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefaßt — als Trägerin der großen Industrie — gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen darstellen. Sie bilden also nicht zusammen mit der Bourgeoisie nur eine reaktionäre Masse.

Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: daß die „Mittelstände . . . revolutionär werden im Hinblick auf ihren bevorstehenden Uebergang ins Proletariat“.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie, zusammen mit der Bourgeoisie und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse „nur eine reaktionäre Masse bilden“.

Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen usw. und Bauern zugerufen: uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?

Lassalle wußte das Kommunistische Manifest auswendig, wie seine Gläubigen die von ihm verfaßten Heilsschriften. Wenn er es also so grob verfälschte, geschah es nur, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen.

Im obigen Paragraph wird nun, zudem sein Weisheitspruch an den Hazren herbeigezogen, ohne allen Zusammenhang mit dem verballhornten Zitat aus dem Statut der Internationalen. Es ist also hier einfach eine Impertinenz, und zwar keineswegs Herrn Bismarck mißfällige, eine jener wohlfeilen Flegeleien, worin der Berliner Marat macht.

5. „Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staats, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.“<sup>5)</sup>

Lassalle hatte im Gegensatz zum Kommunistischen Manifest und zu allem früheren Sozialismus die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefaßt. Man folgt ihm darin, und dies nach dem Wirken der Internationalen!

Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Hause organisieren muß als Klasse, und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfes ist. Insofern ist ihr Klassenkampf nicht dem Inhalt, sondern, wie das Kommunistische Manifest sagt, „der Form nach“ national. Aber der „Rahmen des heutigen nationalen Staats“, z. B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch „im Rahmen“ des Weltmarkts, politisch „im Rahmen“ des Staatensystems. Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in seiner Art internationaler Politik.

<sup>5)</sup> „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen“, lautet später dieser Satz, der dann an einer anderen Stelle untergebracht wurde.

Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens „die internationale Völkerverbrüderung sein wird“ — eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. Von internationalen Funktionen der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eigenen, mit den Bourgeois aller anderen Länder bereits gegen sie verbrüdereten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten!

In der Tat steht das internationale Bekenntnis des Programms noch unendlich tief unter dem der Freihandelspartei. Auch sie behauptet, das Ergebnis ihres Strebens sei „die internationale Völkerverbrüderung“. Sie tut aber auch etwas, um den Handel international zu machen, und begnügt sich keineswegs bei dem Bewußtsein — daß alle Völker bei sich zu Haus Handel treiben.

Die internationale Tätigkeit der Arbeiterklassen hängt in keiner Art von der Existenz der „Internationalen Arbeiterassoziation“ ab. Diese war nur der erste Versuch, jener Tätigkeit ein Zentralorgan zu schaffen; ein Versuch, der durch den Anstoß, welchen er gab, von bleibendem Erfolg, aber, in seiner ersten historischen Form, nach dem Fall der Pariser Kommune nicht länger durchführbar war.

Bismarcks „Norddeutsche“ war vollständig im Recht, wenn sie zur Zufriedenheit ihres Meisters verkündete, die deutsche Arbeiterpartei habe in dem neuen Programm dem Internationalismus abgeschworen.

## II

„Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat — und — die sozialistische Gesellschaft: die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ehernen Lohngesetz — und — der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“<sup>\*)</sup>

Auf den „freien“ Staat komme ich später zurück.

Also in Zukunft hat die deutsche Arbeiterpartei an Lassalles „ehernes Lohngesetz“ zu glauben! Damit es nicht verloren geht, begeht man den Unsinn, von „Aufhebung des Lohnsystems“ (sollte heißen: System der Lohnarbeit) „mit dem ehernen Lohngesetz“ zu sprechen. Hebe ich die Lohnarbeit auf, so hebe ich natürlich auch ihre Gesetze auf, seien sie „ehern“ oder schwämmig. Aber Lassalles Bekämpfung der Lohnarbeit dreht sich fast nur um dies sogenannte Gesetz. Um daher zu beweisen, daß die Lassallesche Sekte gesiegt hat, muß das „Lohnsystem mit dem ehernen Lohngesetz“ aufgehoben werden, und nicht ohne dasselbe.

Von dem „ehernen Lohngesetz“ gehört Lassalle bekanntlich nichts als das den Goetheschen „ewigen, ehernen großen Gesetzen“ entlehnte Wort „ehern“. Das Wort ehern ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinn, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie! Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tod zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthussche Bevölkerungstheorie. Ist

<sup>\*)</sup> Dieser Satz lautet in der endgültigen Gothaer Fassung: „Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“

dies aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz nicht aufheben, und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern jedes gesellschaftliche System beherrscht. Gerade hierauf lehend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Ökonomen bewiesen, daß der Sozialismus das naturbegründete Elend nicht aufheben, sondern nur verallgemeinern, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne!

Aber all das ist nicht die Hauptsache. Ganz abgesehen von der falschen Lassalleschen Fassung des Gesetzes, besteht der wahrhaft empörende Rückschritt darin:

Seit Lassalles Tod hat sich die wissenschaftliche Einsicht in unserer Partei Bahn gebrochen, daß der Arbeitslohn nicht das ist, was er zu sein scheint, nämlich der Wert resp. Preis der Arbeit, sondern nur eine maskierte Form für den Wert resp. Preis der Arbeitskraft. Damit war die ganze bisherige bürgerliche Auffassung des Arbeitslohns, sowie die ganze bisher gegen selbe gerichtete Kritik ein für allemal über den Haufen geworfen und klargestellt, daß der Lohnarbeiter nur die Erlaubnis hat, für sein eigenes Leben zu arbeiten, d. h. zu leben, soweit er gewisse Zeit umsonst für den Kapitalisten (daher auch für dessen Mitzeherer am Mehrwert) arbeitet; daß das ganze kapitalistische Produktionssystem sich darum dreht, diese Gratisarbeit zu verlängern durch Ausdehnung des Arbeitstages oder durch Entwicklung der Produktivität resp. größere Spannung der Arbeitskraft usw.; daß also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maße härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung emplane. Und nachdem diese Einsicht unter unserer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalles Dogmen zurück, obgleich man nun wissen mußte, daß Lassalle nicht wußte, was der Arbeitslohn war, sondern, im Gefolg der bürgerlichen Ökonomen, den Schein für das Wesen der Sache nahm.

Es ist als ob unter Sklaven, die endlich hinter das Geheimnis der Sklaverei gekommen und in Rebellion ausgebrochen, ein in veralteten Vorstellungen belangener Sklave auf das Programm der Rebellion schrieb: die Sklaverei muß abgeschafft werden, weil die Beköstigung der Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses niedriges Maximum nicht überschreiten kann!

Die bloße Tatsache, daß die Vertreter unserer Partei fähig waren, ein so ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht zu begehen, beweist sie nicht allein, mit welchem frevelhaften Leichtsinne, mit welcher Gewissenlosigkeit sie bei Abfassung des Kompromißprogramms zu Werke gingen!

Anstatt der unbestimmten Schlußphrase des Paragraphen „die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ war zu sagen: daß mit der Abschaffung der Klassenunterschiede von selbst alle aus ihnen entspringende soziale und politische Ungleichheit verschwindet.

## III

„Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“<sup>?)</sup>

<sup>?)</sup> Bei der Annahme wurden lediglich die Anfangsworte abgeändert in: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert ...“

Nach dem Lassalleschen „chernen Lohngesetz“ das Heilmittel des Propheten. Es wird in würdiger Weise „angobahnt“. An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiber; rase; „die soziale Frage“, deren „Lösung“ man „anbahnt“. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft, „entsteht“ die „sozialistische Organisation der Gesamtarbeit“ aus „der Staatshilfe“, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht der Arbeiter; „ins Leben ruft“. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanleihen ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!

Aus einem Rest von Scham stellt man „die Staatshilfe“ — unter die demokratische Kontrolle des „arbeitenden Volkes“.

Erstens besteht „das arbeitende Volk“ in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern.

Zweitens heißt „demokratisch“ zu deutsch „volksherrschaftlich“. Was heißt aber „die volksherrschaftliche Kontrolle des arbeitenden Volkes“? Und nun gar bei einem Arbeitervolk, das durch diese Forderungen, die es an den Staat stellt, sein volles Bewußtsein ausspricht, daß es weder an der Herrschaft ist, noch zur Herrschaft reif ist!

Auf die Kritik des von Buchez unter Louis Philippe im Gegensatz gegen die französischen Sozialisten verschriebenen und von den reaktionären Arbeitern des „Atelier“ angenommenen Rezepts ist es überflüssig, hier einzugehen. Es liegt auch der Hauptanstoß nicht darin, daß man diese spezifische Wunderkur ins Programm geschrieben, sondern daß man überhaupt vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenerbewegung zurückgeht.

Daß die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem, und zunächst bei sich auf nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, daß sie an der Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen arbeiten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgesellschaften mit Staatshilfe. Was aber die jetzigen Kooperativgesellschaften betrifft, so haben sie nur Wert, soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind.

#### IV

Ich komme jetzt zum demokratischen Abschnitt.

##### A. „Freiheitliche Grundlage des Staats.“

Zunächst nach II erstrebt die deutsche Arbeiterpartei „den freien Staat“.

Freier Staat — was ist das?

Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat frei zu machen; im Deutschen Reich ist der „Staat“ fast so „frei“ als im Rußland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heutig sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maß, worin sie die „Freiheit des Staats“ beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei — wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht — zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal heuttief sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und es gilt das von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staats (oder künftigen für künftige Gesellschaft) zu be-

handeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt.

Und nun gar der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten „heutiger Staat“, „heutige Gesellschaft“ treibt, und den noch wüsteren Mißverständnis, den es über den Staat anrichtet, an den es seine Forderungen richtet!

Die „heutige Gesellschaft“ ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalterlichem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der „heutige Staat“ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preussisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. „Der heutige Staat“ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer künftigen Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelt. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von „heutigem Staatswesen“ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, wovon seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die **revolutionäre Diktatur des Proletariats**.

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun, noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der allen weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw. Sie sind ein bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes. Es sind lauter Forderungen, die soweit nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits realisiert sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten usw. Diese Sorte „Zukunftsstaat“ ist heutiger Staat, obgleich außerhalb „des Rahmens“ des Deutschen Reichs existierender.

Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb „des heutigen nationalen Staats“, also ihres Staats, des preussisch-deutschen Reichs, zu bewegen — ihre Forderungen wären ja sonst auch größtenteils sinnlos, da man nur fordert, was man nicht hat — so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze sind.

Da man nicht den Mut hat — und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht — die demokratischste Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoleon taten — so hätte man-

auch nicht zu der weder „ehelichen“ noch würdigen Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehülfter Militärdespotismus ist, und diesem Staat obendrein noch zu belehren, daß man ihm dergleichen „mit gesetzlichen Mitteln“ aufdringen zu können wähnt!

Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszulechten ist — selbst sie steht noch Berghoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.

Daß man in der Tat unter „Staat“ die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft gesonderten, eigenen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: „die deutsche Arbeiterpartei verlangt als wirtschaftliche Grundlage des Staats: eine einzige progressive Einkommensteuer usw.“ Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existierenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommensquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, daß die Financial-Reformer von Liverpool — Bourgeois mit Gladstones Bruder an der Spitze — dieselbe Forderung stellen, wie das Programm.

B. „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats:

1. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat.

Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht.“

**Gleiche Volkserziehung!** Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaub man, daß in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit der zu tun) die Erziehung für alle Klassen gleich sein kann? Oder verlangt man, daß auch die höheren Klassen zwangsweise auf das Modikum Erziehung — der Volksschule — reduziert werden sollen, das allein mit den ökonomischen Verhältnissen, nicht nur der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern verträglich ist?

„Allgemeine Schulpflicht, Unentgeltlicher Unterricht.“ Die erste existiert selbst in Deutschland, das zweite in der Schweiz und den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten der letzteren auch höhere Unterrichtsanstalten „unentgeltlich“ sind, so heißt das faktisch nur den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel zu bestreiten. Nebenbei gilt dasselbe von der unter A. 5 verlangten „unentgeltlichen Rechtspflege“. Die Kriminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Ziviljustiz dreht sich fast nur um Eigentumskonflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volkssäckels ihre Prozesse führen?

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.

Ganz verwerflich ist eine „Volkserziehung durch den Staat“. Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrpersonals, die Unterrichtszweige usw., und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch

Staatsinspektoren die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz anderes, als den Staat zum Volksarzieher zu ernennen! Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen. Im preussisch-deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, daß man von einem „Zukunftsstaat“ spricht; wir haben gesehen, welche Bewandnis es damit hat) bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk.

Doch das ganze Programm, trotz alledem demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet, oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus-gleich lernen, Wunderglauben.

„Freiheit der Wissenschaft“ lautet ein Paragraph der preussischen Verfassung. Warum also hier!

„Gewissensfreiheit“! Wollte man zu dieser Zeit des Kulturkampfes dem Liberalismus seine alten Stichworte zu Gemüt führen, so konnte es doch nur in dieser Form geschehen: Jeder muß seine religiöse wie seine leibliche Notdurft verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hineinsteckt. Aber die Arbeiterpartei mußte doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewußtsein darüber aussprechen, daß die bürgerliche „Gewissensfreiheit“ nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten religiöser Gewissensfreiheit, und daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt. Man beliebt aber das „bürgerliche“ Niveau nicht zu überschreiten.

Ich bin jetzt zu Ende gelangt, denn der nun im Programm folgende Anhang bildet keinen charakteristischen Bestandteil desselben. Ich habe mich daher hier ganz kurz zu fassen.

2. „Normalarbeitstag.“

Die Arbeiterpartei keines anderen Landes hat sich auf solch unbestimmte Forderung beschränkt, sondern stets die Länge des Arbeitstages fixiert, die sie unter den gegebenen Umständen für normal hält.

3. „Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.“

Die Normierung des Arbeitstages muß die Beschränkung der Frauenerarbeit schon einschließen, soweit sie sich auf Dauer, Pausen usw. des Arbeitstages bezieht; sonst kann sie nur Ausschluß der Frauenerarbeit aus Arbeitszweigen bedeuten, die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind. Meinete man das, so mußte es gesagt werden.

„Verbot der Kinderarbeit“! Hier war absolut notwendig, die Altersgrenze anzugeben...

Allgemeines Verbot der Kinderarbeit ist unverträglich mit der Existenz der großen Industrie und daher, leerer frommer Wunsch. Durchführung desselben — wenn möglich — wäre reaktionär, da bei strenger Regelung der Arbeitszeit nach den verschiedenen Altersstufen und sonstigen Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Kinder, frühzeitige Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungsmittel der heutigen Gesellschaft ist.

4. „Staatliche Ueberwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie.“

Gegenüber dem preussisch-deutschen Staat war bestimmt zu verlangen, daß die Inspektoren nur gerichtlich absetzbar sind; daß jeder Arbeiter sie wegen Pflichtverletzung den Gerichten denunzieren kann; daß sie dem ärztlichen Stand angehören müssen.

##### 5. „Regelung der Gefängnisarbeit.“

Kleinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm. Jedenfalls mußte man klar aussprechen, daß man nicht aus Konkurrenzneid die gemeinen Verbrecher wie Vieh behandelt wissen und ihnen namentlich nicht ihr einziges Besserungsmittel, produktive Arbeit, abschneiden will. Das war doch das geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte.

##### 6. „Ein wirksames Haftgesetz“.

Es war zu sagen, was man unter „wirksamem“ Haftgesetz versteht.

Nebenbei bemerkt hat man beim Normalarbeitslag den Teil der Fabrikgesetzgebung übersehen, der Gesundheitsmaßregeln und Schutzmittel gegen Gefahr usw. betrifft. Das Haftgesetz tritt erst in Wirkung, sobald diese Vorschriften verletzt werden.

Kurz, auch dieser Anhang zeichnet sich durch schlottrige Redaktion aus.

Dixi et salvavi animam meam.

## Die Rede Wilhelm Liebknechts auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Halle 1890

Berichterstatter **Liebknecht**: Genossen! Ich habe hier keine Programmrede zu halten, sondern nur über das Programm der Partei zu reden und darüber, ob und inwieweit Abänderungen an demselben vorgenommen werden müssen. Unser Programm datiert vom Jahre 1875, vom „Einigungskongreß“ her und ist ein Kompromißprogramm, wie man es mit Recht genannt hat. Das Wort „Kompromiß“ soll hier beiläufig kein Tadel sein. Schon vor fast 20 Jahren schrieb ich: Alle historischen Vorgänge sind Ergebnisse von Kompromissen. Natürlich ist das Wort Kompromiß da in einem anderen Sinne gebraucht, als es jetzt meist geschieht, im Sinne des charakterlosen Aufgebens von Prinzipien. Der Satz hat insofern Geltung, als eine neue Weltanschauung sich niemals sofort fix und fertig verkörpern kann, sondern die alte und die neue eine Zeit lang nebeneinander bestehen, bis die neue die alte vollständig überwunden hat. Unser jetziges Programm war tatsächlich ein Kompromiß zwischen dem Programm der auf dem Boden der internationalen Arbeiterssozialisation stehenden „Eisenacher“ und dem des nationalen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Den Mitgliedern des letzteren zuliebe wurde bekanntlich z. B. der Lassallesche Vorschlag von den Produktivassoziationen aufgenommen. Dafür erklärten die Lassalleaner ihre Zustimmung zu den demokratischen Forderungen und der internationalen Grundlage unseres Programms. Ich selbst hatte damals die Ehre, die Programmrede zu halten und damals, wenigstens der Absicht nach, eine wirkliche, da es galt, ein neues Programm zu schaffen, und damals schon betonte ich die Unvollkommenheit des Programms und zeigte, daß es keineswegs ein endgültiges sein könne, daß es aber ein Produkt der Verhältnisse und eine Notwendigkeit sei, daß wir überhaupt niemals ein vollkommenes und endgültiges Programm schaffen können, da die Wissenschaft stets voranschreitet — und daß die Partei sich demnach auch nicht einen papiernen Papst in Gestalt eines unfehlbaren Programms schaffen dürfe.

Kaum war das Einigungs-Programm Gesetz geworden, da wurden schon Abänderungen vorgeschlagen — und schon vor dem Sozialistengesetz wurden auf den Kongressen Anträge auf Revisionen gestellt, für welche sich allerdings im Fortschreiten

unserer Entwicklung das Bedürfnis herausstellte. Man wollte namentlich die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe beseitigt wissen, außerdem wurden noch einige andere Punkte beanstandet, besonders der Satz: „Religion ist Privatsache“, der schon in den siebziger Jahren eine ziemlich lebhaft Polemik hervorrief. Es wurden auch Beschlüsse gefaßt zu Gunsten der Revision — da kam das Sozialistengesetz und unsere Partei wurde von dem Boden der Theorie und wissenschaftlichen Entwicklung hinabgedrängt auf den Boden des Handelns, des Kampfes. Sie hat 12 Jahre zu kämpfen gehabt. In dieser langen Zeit ist auch hier und da der Ruf nach Aenderung des Programms erschallt, aber nur sehr vereinzelt, und stets ist er nur von solchen erhoben worden, welche an dem eigentlichen Kampfe, an diesem Kampf um Leben und Tod, nicht teilzunehmen in der Lage waren. Wer solchen Kampf kämpft, kann sich nicht mit Programmfragen beschäftigen — das haben sich alle Militanten (Kämpfenden) gesagt, die Masse der Partei wie die „Führer“. Unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes haben wir — und wiederholt auch ich — verschiedentlich dazu aufgefordert, die Partei möge in die Diskussion des Programms eintreten; aber der Aufforderung wurde so gut wie nicht entsprochen — nur von wenigen Genossen wurden einige vereinzelte und fast bloß untergeordnete Fragen angestreift, zu einer eingehenden Erörterung, zu einer Diskussion des Programms kam es nicht.

Als wir nach langem Ringen so weit waren, daß wir — auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes — wählen, wir waren die Sieger, — auf dem Kongreß zu St. Gallen — wurde die Programfrage wieder aufgeworfen und eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines revidierten Programms niedergesetzt. Diese Kommission bestand aus Auer, Bebel und mir. Wohlja, wir haben unsere Mission nicht erfüllt — wir müssen uns schuldig bekennen. Unsere Entschuldigung ist: Wir haben in den letzten zwei Jahren nicht die Zeit dazu gehabt. Und mit uns schuldig ist die ganze Partei, welche sich — trotz des gefaßten Beschlusses — und trotz eindringlicher Ausrufe im Londoner Parteiorgan, so gut wie gar nicht mit der Diskussion des Programms beschäftigt hat. Wahrhaftig aus sehr guten Gründen, denn gerade nach dem St. Galler Kongreß begann in Deutschland eine politische Krisis, welche mit dem Falle Bismarcks geendet hat. Unsere Feinde hatten sich überzeugt, daß die Ausnahmegesetzgebung verfehlt, das Sozialistengesetz eine unwirksame Waffe war. Aber es beseitigen, das wollte Bismarck nicht, sonst beseitigte er die Basis seiner Macht: das Gewalt- und Willkürregiment; — er wollte ein verschärftes Gesetz verlangen, da er, in der eigenlütlich-beschränkten Denkweise, in der er befangen war, sich dem Glauben hingab, durch äußerste Steigerung der Polizeiwirtschaft, durch äußerste Steigerung des Druckes, schließlich doch unser Herr zu werden. Der berüchtigte Expatriierungsvorschlag kam; man wollte die „Führer“ der Sozialdemokratie aus dem Lande jagen. Da nahm der Kampf zwischen uns und dem Polizeiregiment verdoppelte Kraft an; wir hatten zu ringen mit Anspannung jedes Nerven. Wir entlarvten die Lockspitzel; wir stellten unsere Feinde vor der Welt an den Pranger; wir erfochten Sieg auf Sieg; doch nach jeder gewonnenen Schlacht wurden wir in neue Kämpfe getrieben, und bis zum 1. Oktober haben wir nicht die Zeit gehabt, auch nur einen Moment auszuruhen, geschweige denn, daß wir Muße gehabt hätten, ein neues Programm beraten zu können. Das neue, das heißt, das revidierte Programm, muß auch der Partei würdig sein. Darum, weil dies Muße erheischt, mußten wir uns auch gegen den Vorschlag erklären, gleich hier und jetzt eine Kommission zur Revision des Programms niederzusetzen. Die Kommission hätte aus den tüchtigsten Kräften des Parteiages bestehen müssen; diese wären dem Kongreß verloren gegangen, und in den sieben oder acht Tagen, die wir zusammen sein werden, hätte man nur hastig ein

Programm improvisieren können, dessen genaue Durchdenkung und Durcharbeitung einfach unmöglich gewesen wäre.

Ich gehe nun auf die einzelnen Punkte unseres Programms ein und werde diejenigen herausgreifen, bei denen die Kritik eingesetzt hat, und diejenigen bezeichnen, welche als besonders revisionsbedürftig erscheinen; ich werde dann eine Resolution vorschlagen, dahingehend, daß der Parteivorstand beauftragt wird, dem nächsten Parteikongreß einen Revisionsentwurf vorzulegen und diesen drei Monate vor dem Zusammentritt des Parteitag zu veröffentlichen und der allgemeinen Diskussion zu übergeben, damit die Partei Zeit hat, sich schlüssig zu machen. Das Programm der Partei muß die **Kollektivarbeit sämtlicher Parteigenossen** sein, und jeder wird mir beistimmen, daß eine solche Arbeit früher, in der Zeit des Kampfes, nicht getan werden konnte.

Es ist zunächst Anstand genommen worden an dem Namen unserer Partei: Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Schon auf dem Einigungskongreß ist darüber viel gesprochen worden, aber damals war man einhellig der Meinung, dieser Name sei der passendste. Es wurde ausgeführt, daß jede sozialistische Partei notwendig eine demokratische sein muß. Und der Ausdruck „Arbeiterpartei“ ward gewählt, weil wir von der Arbeiterklasse als solcher die Durchführung dieses Programms erwarten. Wir wissen ja, daß edel denkende, erleuchtete Männer aus den sog. „höheren“, herrschenden Klassen an dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse teilnehmen; aber das sind Ausnahmen, die Masse dieser „höheren“ Klassen ist aus Klassenbewußtsein und Klasseninteresse uns feindlich — der Betreibungskampf der Untordrückten kann also nur von der Arbeiterklasse geführt werden. Darum glaube ich, wir werden es bei dem alten Namen belassen, wie wir auch in dem Entwurf der Fraktion ihn beibehalten haben.

Das Programm selbst besteht nun aus einem allgemeinen und einem besonderen Teil. Es ist wiederholt dazut hingewiesen worden, daß eine solche Trennung manche Bedenken hat, und sie wird in der Tat von der niederzusetzenden Kommission oder dem künftigen Vorstand, falls dieser mit dem Entwurf betraut wird, nicht aufrecht erhalten werden können.

Der allgemeine Teil, die Erklärung der Parteiprinzipien betreffend, ist der Stempel des Kompromisses scharf aufgedrückt; ihm fehlt vielfach die wissenschaftliche Präzision, welche ein Programm unserer Partei unbedingt haben sollte — das Programm einer Partei, die sich mit Recht als die Partei des **wissenschaftlichen Sozialismus** bezeichne.

Nehmen wir die einzelnen Punkte:

### I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur.

Prinzipiell ist der hier ausgedrückte Gedanke vollkommen richtig. Trotzdem ist die Fassung neuerdings angegriffen worden; es ist gesagt worden: Die Arbeit ist nicht die alleinige Quelle des gesellschaftlichen Reichtums, auch die Natur hilft ihn schaffen, sie ist gewissermaßen — so hieß es wörtlich — die Mutter, und die Arbeit der Vater des Reichtums. Wer das gesagt hat — und diese irrige Ansicht ist wiederholt aufgetaucht — hat — ganz abgesehen von der Sonderbarkeit, die weibliche Arbeit zum Vater zu machen — nur ausgesprochen, was die flache, bürgerliche Nationalökonomie schon lange vorher ausgesprochen hat; französische Nationalökonomie haben, gegenüber der klassischen englischen Nationalökonomie, welche nur die Arbeit als Schöpferin der Werte kennt, die Natur eingeschmuggelt. Natürlich stehen wir nicht außerhalb der

Natur; natürlich gibt es keine Arbeit ohne Natur; der arbeitende Mensch ist selbst ein Stück Natur, wie die Luft, die der Arbeiter atmet, wie die Erde, auf der er steht — das alles versteht sich von selbst und braucht nicht gesagt zu werden. Die Natur, als Natur, schafft eben keine Werte, keine Werte im nationalökonomischen Sinne. Wie viele Menschen würden sich in der Natur ernähren können ohne menschliche Arbeit? Was wollen die paar Beeren des Waldes besorgen? Und nicht ein Mensch wäre imstande, unseren Winter zu überdauern. Dem, der diesen eigentümlichen Vorschlag gemacht hat, will ich die Nationalökonomie Roschers empfehlen; der hat sogar noch einen zweiten Vater oder eine zweite Mutter entdeckt, nämlich das **Kapital**, so daß erst die Dreieinigkeit: **Arbeit, Natur, Kapital**, den Reichtum erzeugen soll. Und das Manchesterium sagt ja auch: Arbeit ohne Kapital ist nichts; allein, was ist denn das Kapital? Produkt der Arbeit! Also kommen wir immer wieder zur **Arbeit**, als der Quelle **alles** Reichtums, zurück.

Ferner hat man gemäkelt an dem Worte „Reichtum“. Ob es ganz glücklich gewählt ist, will ich nicht diskutieren; es paßt nicht ganz, weil es ja auch einen anderen Sinn gibt und leicht Anlaß zu Mißverständnissen werden kann. Es ist die Uebersetzung des englischen *wealth* — gleichen Ursprungs wie das deutsche „Gewalt“ — *wealth of nations* — Nationalreichtum, Reichtum der Nationen, und in diesem wissenschaftlichen Sinn ist das Wort hier durchaus richtig gebraucht. Jedenfalls ist der jüngst vorgeschlagene Ausdruck „Wohlbelinden“ gewiß nicht besser; denn er drückt die Sache durchaus nicht aus und bringt uns von dem wissenschaftlichen Gebiet der Nationalökonomie ab. Ein unglücklicherer Ersatz konnte nicht leicht angedacht werden.

Wenn wir sagen: nicht bloß der gesellschaftliche Reichtum ist Produkt der Arbeit, sondern auch alle **Kultur**, so ist das ebenfalls durchaus richtig. Die Kultur ist nicht vom Himmel heruntergefallen, nicht geschaffen durch irgendein Wunder, nicht das Werk einiger Leihhämmer, die nach einer gewissen Theorie von irgendwo hergekommen sind; nicht den sogenannten „großen“ Männern, nicht den Propheten verdanken wir die geschichtliche Entwicklung; sie ist die **Kollektivarbeit der gesamten Menschheit**. Keine Kraft kann nach dem Naturgesetz verloren gehen; gerade die kleinsten Lebewesen haben die größte schöpferische Tätigkeit entfaltet und tun das fortwährend in dem Organismus der Welt, während die großen Lebewesen, die Löwen, Tiger und sonstigen Raubtiere eine höchst überflüssige Tätigkeit ausüben. So trägt auch die Arbeit der Kleinsten bei zur Erhöhung des Kulturlevels; sie bildet einen Teil der gesamten gesellschaftlichen Arbeit, und ohne diese Kollektivarbeit der Millionen und aber Millionen würde der Mensch nichts sein, oder ein Tier — wie denn der Mensch überhaupt nur Mensch ist in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft — durch seine und seiner Mitmenschen Arbeit und die Arbeit der Tausende von Menschengeschlechtern, die vorausgegangen sind.

„und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen“.

Auch hier stoßen wir auf einige nicht wissenschaftlich präzise Wendungen. Es ist falsch, jedenfalls mißverständlich, daß das gesamte Arbeitsprodukt nach gleichem Recht allen Mitgliedern der Gesellschaft gehört. Der Gesellschaft gehört es, aber „nach gleichem Recht allen Gliedern“, das ist wenigstens unklar ausgedrückt. Bei der genossenschaftlichen Produktion wird es nicht möglich zu machen sein, das Arbeitsprodukt jedem einzelnen individualistisch, in mechanisch gleichen Teilen, zugute kom-

men zu lassen; da würden wir ganz anachronistisch auf den Boden des Individualismus zurückkehren. Hier müssen wir die sozialistische Organisation der Gesellschaft in Produktion und Konsumtion betonen. Die mechanisch gleiche Verteilung der Produkte oder des Arbeitsertrages ist eine Unmöglichkeit. — Die „allgemeine Arbeitspflicht“ ist dagegen unbedingt ausgesprochen. Die Arbeitspflicht besteht, während das sogenannte „Arbeitsrecht“ oder „Recht auf Arbeit“ ein sehr problematischer Begriff ist. Die menschliche Arbeit ist eine Pflicht; die Arbeit ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck; wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um zu leben. Ohne Arbeit können wir nicht leben; deshalb hat die Gesellschaft das Recht, jedem Mitglied die Arbeit als Pflicht aufzuerlegen.

Viel ist gespottet worden über die „vernunftgemäßen Bedürfnisse“; hier wird die Kommission eine etwas glücklichere Fassung zu wählen haben.

**„In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.“**

Im wesentlichen ist auch dieser Gedanke richtig. Ein neuerdings erhobener Einwand richtet sich gegen den Ausdruck „Arbeiterklasse“, für den man, angeblich „schärfer“, „Proletariat“ setzen will. Das wäre aber eine bedeutende Verschlechterung; es wäre nicht nur nicht richtiger, sondern ganz unrichtig und völlig unwissenschaftlich. Der Kampf, welcher gekämpft wird, ist ein Klassenkampf; es ist notwendig, gerade diesen Klassencharakter des Emanzipationskampfes zu betonen; zu konstatieren, daß die Klasse der Arbeiter gegenübersteht der Klasse derer, welche das Monopol der Arbeitsmittel besitzen. Und um so notwendiger ist dies, als gerade in unserer Partei in Bezug hierauf vielfach irrige, unwissenschaftliche Ausdrücke gebraucht werden. Man spricht zum Beispiel vom Arbeiterstand. Den gibt es nicht. Es gibt in der modernen Kulturwelt bloß eine Arbeiterklasse. Man hat die Arbeiter den vierten Stand genannt; der Ausdruck konnte gebraucht werden vor Jahrzehnten, heute kann von einem vierten Stand nicht mehr geredet werden — es gibt keinen. Der Ausdruck ist dem französischen tiers état, dem dritten Stand, nachgebildet; der „dritte Stand“ in Frankreich aber war das gesamte Volk — 25 Millionen — mit Ausnahme von einigen hunderttausend Geistlichen und Adligen; in diesem dritten Stand, das heißt in 25 Millionen, mit Ausnahme der Geistlichen und des Adels, war das Proletariat, das Handwerkertum, das Kleinbürgertum, die Bourgeoisie enthalten. Nachdem der dritte Stand zur Herrschaft gelangt war, hat der Kampf der Stände sein Ende erreicht, und der Klassenkampf hat begonnen. Der Begriff der Stände ist mittelalterlich; mit dem Untergang der Stände endete auch das Mittelalter. Von dem Augenblick an, wo die französische Ständeversammlung, die Generalstaaten, sich zur französischen Nationalversammlung erklärten, gab es keine Stände mehr, keinen dritten, noch weniger einen vierten Stand; da begann die Trennung der Gesellschaft in die Klassen der Besitzenden und Nichtbesitzenden, derer, welche die Arbeitsmittel haben, und derer, welche für die Besitzer der Arbeitsmittel arbeiten-müssen. In England, wo die ökonomische Entwicklung rascher vor sich ging, ist der Ausdruck „Klasse“ schon weit früher gebraucht worden. Im Interesse der Präzision wird also der Ausdruck „Arbeiterklasse“ beizubehalten sein. Für den Ausdruck „Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen“ ist vielleicht eine genauere und weniger allgemeine Fassung möglich.

**„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtheit mit gemeinsätzlicher Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.“**

In diesem dritten Absatz wird es nötig sein, die Ziele unserer Partei schärfer zu formulieren, schärfer hervortreten zu lassen, wie es notwendig ist, die kapitalistische Produktion durch die genossenschaftliche zu ersetzen, wie überhaupt eine wissenschaftlichere schärfere Formulierung der Ziele, welche wir verfolgen, notwendig erscheint.

Es ist neuerdings vielfach daran Anstoß genommen worden, daß unser Parteiprogramm die Grund- und Bodenfrage nicht ausdrücklich erwähnt. Ich kann hierzu nur bemerken, daß wir auf dem Gothaer Einigungskongress von der Annahme ausgingen, die Erde, der Grund und Boden, sei ein Arbeitsmittel, und daß in der Erklärung, die Arbeitsmittel müßten Gemeingut der Gesellschaft werden, die Proklamierung des Grund und Bodens zu gesellschaftlichem Eigentum schon eingeschlossen sei. Dem Wunsche, diese unsere Stellung noch besonders zu betonen, ist eine gewisse agitatorische Berechtigung nicht abzusprechen. Falsch aber ist die Behauptung, daß die Grund- und Bodenfrage für uns erst seit kurzem aufgeleuchtet sei. Schon 1863 stand für uns die Frage auf der Tagesordnung. Im Leipziger Hochverratsprozeß finden Sie massenhaft darauf bezügliche Zitate von uns, welche als Glieder in der Beweiskette des angeblichen Hochverrats gegen uns verwertet wurden. Im Jahre 1869 bereits wurde auf dem Baseler internationalen Kongress unzweideutig von uns Stellung dazu genommen. Im Auftrage unserer Partei, die mich nach Basel delegiert hatte, sprach und stimmte ich damals für die bekannte Resolution, welche die Erklärung des Grund und Bodens zu Gemeingut forderte. Auf's heftigste deswegen angegriffen, fand ich mich mit Bebel veranlaßt, in verschiedenen Vorträgen unseren Standpunkt zu rechtfertigen; ich hielt u. a. einen Vortrag, der als Broschüre veröffentlicht und zu der Schrift: „Zur Grund- und Bodentrage“ erweitert ward. In dieser Schrift führte ich bei-läufig u. a. auch aus, kein größerer Fehler könne von unserer Partei begangen werden, als die letzten Ziele nicht auszusprechen — wir müßten stets ganz und rückhaltlos sagen, was wir wollen, das sei ehrlich und zugleich die beste Politik. Und das erwies sich in diesem Fall auch als taktisch richtig. Zuerst entstand ein allgemeines Hallo, man wollte uns die Bauern und Landarbeiter auf den Hals hetzen; da haben wir den Stier bei den Hörnern gefaßt und nachgewiesen, daß das, was wir wollen, schon heute für neun Zehntel aller Grundbesitzer, sogenannte Bauern, von größtem und unmittelbarem Vorteile wäre. Dies jetzt weiter und eindringlicher der Landbevölkerung durch Schriften und Agitation klarzumachen, wird von nun ab eine der wichtigsten Aufgaben für uns sein.

**„Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“**

Genossen! An der Richtigkeit des ersten Teils dieses Satzes ist nicht zu zweifeln — die Arbeiter sind die Unterdrückten und Ausgebeuteten — und die Unterdrücker und Ausbeuter werden ihre Opfer sicherlich nie freiwillig befreien. Mit Bezug auf den zweiten Teil hat man uns aber den Vorwurf gemacht, einen „radikalen“ Beschluß gefaßt zu haben, den wir gar nicht ausführen können und der obendrein nicht ganz richtig sei. Wir seien z. B. genötigt, mit der bürgerlichen Demokratie ein großes Stück Weges zusammen, teilweise Hand in Hand, zu gehen. Ja, in manchen Fragen der bürgerlichen Feilheit ist allerdings ein Teil des Bürgertums, bis zu einem gewissen Grade, mit uns einverstanden; da aber, wo es galt, das von allen anderen Parteien scharf abgegrenzte Wesen unserer Partei zu betätigen, wo das revolutionäre Ziel unserer Partei scharf zutage tritt, da zeigt sich sofort die Richtigkeit des Satzes, da sind alle übrigen Klassen uns gegenüber eine reaktionäre Masse, da sind sie die eine

Klasse der Besitzenden, und in den historischen Momenten, wo das Proletariat handelnd auf der Weltbühne erscheint, offenbart sich in grellster Beleuchtung die Wahrheit des Satzes. Als wir 1871 uns mit der Kommune solidarisch erklärten und sagten, die Kommunerden sind nicht Blutmenschen, nicht Verbrecher, sondern edle Menschen, die für das Beste der Menschheit streben und wirken, und als wir nach dem Falle der Kommune die Sache der Besiegten und mit Kot Beworfenen verteidigten, hatten wir damals auch nur die geringste Unterstützung durch die fortschrittliche und demokratische Presse: „Frankfurter Zeitung“ und „Kreuzzeitung“ griffen uns gleich heftig an; nur ein Blatt, die allerdings erst etwas später erschienene „Wage“ meines Freundes Guido Weiß hatte die Mannhaftigkeit, für uns und die Kommune eine Lanze zu brechen.

In Deutschland liegen die Dinge eben so, daß ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien bis zu einem gewissen Grade gar nicht vermieden werden kann. Hätten wir englische Zustände, das heißt eine ganz scharfe Abgrenzung der Klassen — hätten wir das Bürgertum als direkt herrschende Klasse, dann könnte natürlich von einem Zusammengehen nicht mehr die Rede sein. Aber wir sind in Deutschland in einer eigenförmlichen Lage. Unser Bürgertum ist zu feig, zu unentwickelt gewesen, um seine bürgerlich-demokratischen Forderungen durchzusetzen. Diese Forderungen, welche in England und Frankreich Gesetz geworden sind, hat unser Bürgertum nicht zu verwirklichen vermocht; es hat, mit geringen Ausnahmen, jetzt auch auf dieselben verzichtet, und so ist es denn bei uns die Aufgabe der arbeitenden Klassen geworden, das, was das Bürgertum in seiner Feigheit versäumt hat, nachzuholen, auch diese Arbeit zu verrichten und neben unseren sozialistischen Forderungen auch für die Forderungen der bürgerlichen Demokratie zu kämpfen — eine Lage, die unsere Arbeit vermehrt, aber unsere Position günstiger macht. Es wird sich also auch hier möglicherweise eine etwas schärfere Formulierung als notwendig und zweckmäßig ergeben.

**„II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“**

Hier komme ich zu einem Punkt, der weniger für Sie, als für die uns zuhorchenden Gegner erklärt werden muß. Im ursprünglichen Programm stand „mit allen gesetzlichen Mitteln“. Dieses „gesetzlich“ haben wir in Wyden gemrichen. Infolgedessen hat man uns vorgeworfen, wir hätten uns damit einfach auf den Boden der Gewalt gestellt. Nichts kann falscher sein, als diese Behauptung. Die Partei hat getan, was die Pflicht der Selbsterhaltung und ihre Würde ihr geboten hat. Man hatte uns durch das Sozialistengesetz außerhalb des Gesetzes, außerhalb des gemeinen Rechts gestellt; da mußten wir entweder uns feig ducken oder richtiger: Selbstmord begehen, oder wir mußten tun, was wir getan haben — erklären: Wir müssen der Gewalt weichen, aber als Recht erkennen wir dies Gesetz nicht an; auf dem Boden dieses Gesetzes können wir als Partei nicht existieren, wir existieren aber, und wollen existieren, und deshalb müssen wir, dem Gebot der Selbsterhaltung folgend, dieses Gesetz brechen, untergraben, zerbrechen — und das können wir doch nicht „gesetzlich“, d. h. auf dem Boden eben dieses Gesetzes. Unser Wydener Beschluß war die notwendige und logische Antwort auf das Sozialistengesetz: es war zugleich unser Aktionsprogramm, und die Ausführung ist dem Beschluß gefolgt. (Stürmischer Beifall.)

Ob es sich empfiehlt, das Wort „gesetzlich“ wieder aufzunehmen, ist eine Frage der Erwägung für die Kommission oder die Revisoren. Ich lege dieser Frage nicht die

geringste Bedeutung bei. Der Charakter des Programms ist klar auch ohne dieses Wort. Aber wir leben in merkwürdigen Zeiten. Die Welt ist vielleicht niemals so im Fluß gewesen, wie jetzt. Wir haben in den letzten Monaten und Jahren wunderbare Ueberraschungen erlebt, und die Zeit der Ueberraschungen ist noch nicht vorüber; wer weiß, wie lange für uns der Sonnenschein dauern wird, wie bald aus der Sammelpfote wieder die Krallen hervorbricht! Zum Glück sind wir gewappnet, wir haben die gute Rüstung aus der Zeit des Sozialisten-Gesetzes und alle Kampfmittel und Waffen jener Kampfzeit noch heute zur Verfügung — und auch manches Kampfmittel, von dem wir noch keinen Gebrauch gemacht haben. Es hängt von der weiteren Entwicklung der Dinge ab, wie wir uns zu dem Wörtchen „gesetzlich“ zu stellen haben.

Dann kommt hier noch ein Ausdruck, welcher zu mancherlei Bedenken Anlaß gegeben hat: „Der freie Staat“. Die bisherige Fassung „freier Staat“ und „sozialistische Gesellschaft“ wird sich schwerlich zufrecht erhalten lassen. Besser wäre vielleicht: „Die sozialistische Gesellschaft im freien Staat“. — Man wird aber sagen — und man hat es gesagt —, die sozialistisch organisierte Gesellschaft ist gar kein Staat mehr. Der ganze Staatsbegriff ist ein reaktionärer Begriff; es liegt in der ganzen Natur des Staates, daß er zu einer selbständigen Macht wird, die sich gegen das Volk richtet. Der heutige Staat mit der von ihm eingeschlossenen Gesellschaft läßt sich mit einem Krebs vergleichen. Der Krebs hat eine feste Haut, die sich wie die Schale, zur Kruste verhärtet, und den weichen Körper, die von der Kruste umpanzerte Masse am Wachstum hindert, und durch eine Revolution gesprengt, beseitigt werden muß, damit der Körper wachsen kann; die Gesellschaft ist der Körper, der Staat die Kruste. — Genug, ich lasse die Frage, ob das Wort „Staat“ beseitigt werden muß, offen. Es ist Sache der Theoretiker, welche unsere Forderungen wissenschaftlich zu formulieren haben, dies klarzustellen. Wir kommen hier noch zu einem Ausdruck, der zu Ausstellungen Anlaß gegeben hat: „ehernes Lohngesetz“. Ein ehernes Lohngesetz, das mußten wir uns schon in Gotha sagen, existiert tatsächlich nicht. Des sogenannte „Gesetz“ ist der Bourgeois-Nationalökonomie entnommen; der Ausdruck ist agitatorisch von Lassalle gebraucht worden und hat seinen Zweck auch herrlich erfüllt. Er hat etwas Greifbares, Anschauliches, allein, wissenschaftlich richtig ist er nicht. Wenn es ein ehernes Lohngesetz gäbe, wenn der Lohn auf das absolute Minimum herabgedrückt werden könnte, dann wäre es ja nicht möglich, daß in einem und demselben Lande in einer und derselben Branche ganz verschiedene Lohnzustände wären. Doch ich kann hier nicht tiefer in die Frage eingehen, die einen besonderen Vortrag erheischen würde. Schon Marx hat das ehernes Lohngesetz für eine „ökonomische Fiktion“ erklärt. Es muß daher, meines Erachtens, eine präzisere Formel gewählt werden, die die Natur des heutigen Produktionsprozesses und die systematische Ausplünderung des Arbeiters, welche er bedingt, umfassend und klar zum Ausdruck bringt.

**„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.“**

Diese Gedanken sind wohl von unanfechtbarer Richtigkeit. Keiner, der für den internationalen Gedanken noch so sehr begeistert ist, wird sagen, wir haben keine nationalen Pflichten. National und international sind keine Gegensätze. Man muß bloß das Wort „national“ richtig auffassen. Es handelt sich nur um einen bestimmten, abgegrenzten Teil der internationalen Menschheit. Der Teil gehört zum Ganzen; und „international“ heißt bloß, über die Grenzpfähle der Nation, des engeren Vater-



landes hinausgehend, den Horizont über das Ganze erweitern, die Menschheit als eine Familie, die Welt als Heimat betrachten. So richtig die Gedanken, so stilistisch ungeschickt ist die Formulierung — was teilweise die Folge des Kompromisses ist, der zwischen der mehr internationalen Auffassung der „Eisenacher“ und der mehr nationalen der Lassalleaner abgeschlossen werden mußte. Die Betonung des nationalen und internationalen Standpunktes nebeneinander wäre sonst kaum für nötig erachtet worden.

Mit dem allgemeinen Teil des Programms bin ich nun zu Ende, und ich fasse das Gesamte dahin zusammen, daß derselbe unter allen Umständen gründlich umgearbeitet werden, und daß auch für die zu sich richtigen Gedanken eine präzisere, den Anforderungen der Wissenschaft mehr entsprechende Form gefunden werden muß.

Nun kommt das engere Programm, welches seinerseits wieder in einen weiteren und engeren Teil zerfällt. Zunächst der weitere:

**„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes.“**

Wir zählen heute 1890. Vor fünfzehn Jahren — 1875 — wurde dieser Punkt als Hauptkonzession an die Lassalleaner aufgeführt. Die Einigung war da, aber noch nicht die Verschmelzung. Diese ist inzwischen erfolgt. Die beiden Ströme, die, wie bei Mainz Mein und Rhein, noch eine Weile, dem Auge unterscheidbar, verschieden in diesem und jenem, nebeneinander herliefen, haben sich nach der Vereinigung der Lassalleaner und Eisenacher so rasch in eins verschmolzen, und die wissenschaftliche Fortentwicklung unserer Partei hat auch unter den ehemaligen Lassalleanern die volle Klarheit gebracht, daß mit Produktivgenossenschaften und Staatskredit, mögen sie noch so sehr mit demokratischen Garantien verbrämt werden, die soziale Heilung nicht bewerkstelligt, die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische nicht bewirkt werden kann; daß die dem Lassalleschen Vorschlage zu Grunde liegende Auffassung vielleicht dem noch etwas primitiven Zustande des deutschen Großkapitalismus aus der damaligen Zeit entsprochen haben mag, aber heute, bei der kolossalen Entwicklung unserer Industrie, absolut unzulänglich erscheint und das Lächeln jedes Großkapitalisten hervorrufen muß. Und auch kein Arbeiter, der vom modernen Industriekapitalismus eine Ahnung hat, kann sich derartigen Illusionen noch hingeben. Hören wir weiter:

**„Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“**

Sie sehen hier die ganze Naivität der Auffassung, welcher damals noch Rechnung getragen werden mußte. Man konnte noch denken: Der Staat stellt sich über die Klassen, er impft der heutigen Gesellschaft den Sozialismus ein, oder, anders ausgedrückt — er treibt den Keil des Sozialismus vermittelt solcher Genossenschaften in die heutige kapitalistische Gesellschaft und sprengt sie dadurch auseinander. Der heutige Staat ist aber ein Klassenstaat und muß es sein, so lange er nicht sozialistisch ist. Und die bürgerliche Gesellschaft geht nicht par ordre du mouffi, nicht durch einen Ukas von oben zu Grunde, sondern durch ihre eigenen Widersprüche und durch ihre Gemeinschädlichkeit, und durch unsere Tätigkeit — sie wird mehr und mehr zur ökonomischen Unmöglichkeit; sie muß in klassischer Form schließlich einen Selbstmord begehen, indem sie die Grundlagen ihres Seins zu zerstören genötigt ist, und sie hat

sich obendrein selber in den Profetariern die eigenen Totengräber herangezogen. Mehr kann man nicht-verlangen!

Auf alle Fälle muß dieser Programmpunkt entweder gestrichen oder vollständig umgestaltet werden.

**„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:**

**1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmenabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde.“**

Diese, sozusagen selbstverständliche Forderung hat auch noch heute ihre volle Bedeutung für uns und bedarf keiner Erörterung. Ich habe nur auf eins aufmerksam machen wollen. Es ist in der neueren Zeit wieder die Notwendigkeit betont worden, in unserem Programm die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen, und so hat man vorgeschlagen, hier ausdrücklich zu erklären, daß auch die Frauen das Stimmrecht haben sollen. Diese Frage wurde schon auf dem Einigungskongress behandelt. Damals wurde nur das Wort „Staatsangehöriger“ gewählt, im Gegensatz zu dem im Eisenacher Programm befindlichen Wort „Männer“, bloß um ein Wort zu haben, welches sowohl Frauen als Männer umfaßt, also die Gleichberechtigung in sich schließt. Wohlgedenkt: es heißt Staatsangehörige, nicht Männer. Ob es sich nun aber nicht doch empfiehlt in direkter, positiver Form die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen, das gebe ich den künftigen Revisoren anheim. Notwendig ist es nicht; denn wenn die Sozialdemokratie die Gleichberechtigung aller Menschen will, so versteht sich die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne einfach von selbst. Für die Sozialdemokratie gibt es überhaupt keine Frauenfrage, die Frauenfrage ist in der sozialen Frage einfach inbegriffen; sie ist ein Teil der sozialen Frage, die mit der Umgestaltung der heuligen Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse von selbst gelöst wird.

Daß der Wahl- und Abstimmungstag ein Sonn- und Feiertag sein muß, wie es weiter im Programm heißt, ist so selbstverständlich, daß ich darüber kein Wort sagen will.

Im Anschluß an diese Forderung ist nun eine andere vorgeschlagen worden, die unter allen Umständen in das Programm aufzunehmen ist: das proportionale Wahlsystem. Die Sozialdemokratie hat gegenwärtig im Verhältnis zu ihrer Stimmenzahl, eine viel geringere Vertretung im Reichstage als die anderen Parteien; etwa nur ein Drittel so viel als z. B. das Zentrum, das, obgleich seine Wählerzahl der unserigen nachsteht, doch dreimal so viel Abgeordnete hat. Das ist eine flagrante Ungerechtigkeit, der in gründlichster Weise durch das sogenannte Proportionalssystem abgeholfen wird. Dasselbe ist zuerst in Frankreich, dann in England und später in der Schweiz aufgetaucht und von unserer Partei — und von mir seit Jahrzehnten, noch ehe es eine sozialdemokratische Partei gab — empfohlen worden. Das System besteht darin, daß nach Listen im ganzen Lande abgestimmt wird und daß das ganze Land bloß einen einzigen Wahlkreis bildet. Jede Partei hat das Recht, auf ihrer Liste so viel Kandidaten aufzustellen, als überhaupt Mandate zu verteilen sind, und nun geht es ans Abstimmen. Die Stimmzettel der verschiedenen Parteien, welche, zur Vermeidung von Irrtümern, verschiedene Farben haben könnten, werden an den Wahlurnen abgegeben; die im ganzen Lande abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt und dann die Gesamtzahl durch die Zahl der Mandate dividiert, und auf die Stimmenzahl, die so herauskommt — sagen wir auf je 9000 oder 10000 Stimmen — entfällt je ein Mandat, und dann verteilt man einfach. Bei je 10000 Stimmen auf ein

Mandat würde unsere Partei, bei 1½ Millionen Stimmen, 150 Sitze im Reichstage haben. Dieses System hat noch den weiteren Vorteil, daß auch der kleinsten Minorität, die bei dem jetzigen System unverhört bleibt, die Möglichkeit der Vertretung gewährt wird. Es ist zwar gesagt worden: Die Mehrheit ist stets dumm, Verstand ist stets bei Wenigen nur gewesen; was wird da aber aus dem demokratischen Gleichheitsprinzip? Jawohl, es gibt eitle Gecken, die da glauben, den Verstand mit Löffeln gegessen zu haben, das Monopol des Verstandes zu besitzen. Nun, ein solcher Bursche mag sich doch aufstellen lassen! Jetzt ist er ein verkanntes Genie, und ein solches ist stets unzufrieden; wenn er aber seinen Namen und sein Genie aufpflanzt und sich den Wählern von ganz Deutschland vorstellt, dann ist ganz Deutschland sein Rekrutierungsfeld — da hat er doch bessere Aussichten als jetzt. Und wenn eine neue Idee auftaucht, so ist doch, falls sie etwas laugt, wohl zu erwarten, es werden in ganz Deutschland so viel Stimmen für sie abgegeben werden, daß wenigstens ein Vertreter ins Parlament kommt. Und jede Idee, jede Strebung und Strömung soll vertreten sein.

Wir kommen dann zur

#### „direkten Gesetzgebung durch das Volk“.

Ob dieser Satz nicht einer näheren Präzisierung bedürftig wird, ist die Frage. In der Schweiz haben wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk, jedoch nur in einigen der kleinsten Kantone uneingeschränkt. Ohne Einschränkung ist sie auch in größeren Staatswesen nicht möglich. Bei uneingeschränkter direkter Gesetzgebung durch das Volk müßte man konsequent das ganze Volk über alle Gesetze beraten und abstimmen lassen, die gesamte wahlfähige oder stimmberechtigte Bevölkerung hätte in Volks- oder Landesversammlungen zusammenzutreten und über alle Gesetze nicht bloß, sondern auch über alle Maßnahmen und politischen Akte zu verhandeln und sich schlüssig zu machen. So ist es bei den allnordischen, den germanischen Völkern gewesen, bei den Angelsachsen, Norwegern usw., wo das gesamte Volk, d. h. die Freien, in Things zusammentrat und die Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung direkt ausübte — die sogenannte Teilung der Gewalten war unbekannt. Alle Gewalt lag im Volk. In einzelnen Kantonen der Schweiz haben wir die direkte Gesetzgebung und Regierung noch. Im Kanton Glarus z. B. kommt in jedem Jahr die Landsgemeinde, d. h. die ganze Wählerschaft des Kantons, zusammen und gibt sich die Regierung, sitzt zu Gericht über die Regierung und beschließt die Gesetze. Ja, das ist möglich in einem so kleinen Lande, aber in den großen Reichen der modernen Zeit ist dies nicht durchzuführen. Schon in den größeren Kantonen der Schweiz wird die Gesetzgebung so vorgenommen, wie bei uns: Durch Vertretung, aber mit der Maßgabe, daß über Gesetze erst eine Volksabstimmung stattfinden muß, ehe sie in Kraft treten können, und daß, wenn eine gewisse Anzahl von Wählern ein bestimmtes Gesetz fordert, ein solches Gesetz dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werden muß. Eine Bestimmung in diesem Sinne, überhaupt eine nähere Definition der direkten Gesetzgebung, ist unter allen Umständen in unser reformierendes Programm aufzunehmen.

#### „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.“

Das ist für uns, einstweilen freilich, Zukunftsmusik im verwegensten Sinne des Wortes. Ein demokratisches Volk, das seine Regierung in der Hand hat, weil es selbst die Gewalt hat, entscheidet natürlich über Krieg und Frieden; und wenn wir einmal eine wirklich demokratische Verfassung haben, wie sie unserem Programm entspricht, dann kann es keine Regierung mehr geben, die über die Köpfe des Volkes hinaus einen

Krieg erklären kann. Zu dieser Forderung gehört die

#### „allgemeine Wehrhaftigkeit — Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“.

Während des französischen Krieges, als zuerst die Frage der Annexion in den Vordergrund trat, sagte ich im Reichstage, laßt den Franzosen Elsaß-Lothringen; wenn Ihr das nehmt, dann habt Ihr die Gefahr einer russisch-französischen Allianz, und der Schwerpunkt der europäischen Macht wird, statt von Paris nach Berlin, von Paris nach Petersburg verlegt werden, und Rußland allein hat den Vorteil. Man verlange von den Franzosen, außer einer Kriegsschädigung, die Abschaffung des stehenden Heeres und die Einführung des Milizsystems, wie es die Schweiz tat; das ist die beste Garantie des Friedens; denn ein wirkliches Volk in Waffen löhrt keinen Eroberungskrieg, vorausgesetzt, daß es nicht ein Volk von Wilden ist. Wenn jeder deutsche Arbeiter, Bauer, Kleinbürger selbst Soldat ist, dann gibt es nicht zweierlei Staatsbürger im Staat, nicht zwei Völker im Volk — eins ohne und eins mit Waffen, von denen das eine das andere gelegentlich über den Haufen schießen kann; — gibt es nur ein Volk, und das Volk hat alle Macht, dann ist es unmöglich, daß eine Regierung einen Eroberungskrieg oder überhaupt einen Angriffskrieg beginnt, denn die Völker wollen den Frieden. Wenn der Schweizer Bundesrat den Schweizern zumuten wollte, einen Eroberungskrieg, z. B. gegen irgendein hübsches Stückchen von Italien zu machen, so würden — auch wenn die Schweiz zwanzigmal so groß wäre — die Schweizer Volkssoldaten antworten: Wenn Ihr Lust habt, dummes Zeug zu machen, so machts und laßt Euch selbst folschießen; wir machen nicht mit. — Eine Miliz, ohne stehendes Heer — denn man hat auch Milizen neben einem stehenden Heere — ist die beste Bürgschaft des Friedens. Daß aber der ersahnte ewige Friede oder Weltfriede erst kommen kann, wenn der soziale Krieg aufgehört hat, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (Bravo!)

#### „Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze“

versteht sich von selbst.

Was die

#### „Rechtsprechung durch das Volk“

betrifft, so hat die Sache doch gegenwärtig auch ihre zwei Seiten. Ich habe, gleich Bebel, einmal das Unglück gehabt, daß ich mich — es war beim Leipziger Hochverratsprozeß — der Rechtsprechung durch das Volk, d. h. einem Schwurgericht, zu unterwerfen hatte. Wir wurden damals zu je 2 Jahren Festung, wegen Vorbereitung zum Hochverrat, verurteilt, und wir waren an den uns zur Last gelegten Vergehen genau so unschuldig, wie jeder der Herren Rechtsprocher aus dem Volk, die uns schuldig befunden halten. In den modernen Ländern — auch in den politisch freien — wo die Rechtsprechung durch das Volk allgemein ist, erweist sie sich entschieden als eine Klassenjustiz. Die herrschende Klasse sitzt über die arbeitende Klasse zu Gericht. In England, Frankreich und Amerika sind durch die Geschworenen Urteile von flagrantester Ungerechtigkeit gefällt worden — Urteile, die von Berufsrichtern, kraft ihrer besseren Schulung im logischen Denken, wenigstens im juristischen Denken, das besondere Logik hat, nie und immer gefällt worden wären; solche Urteile kommen jeden Tag vor, und ich sage ganz offen, ich hätte damals in Leipzig viel lieber vor Berufsrichtern gestanden. Es ist mir nach unserem Prozeß von einem Berufsrichter erklärt worden: Wenn Sie vor uns gestanden hätten, hätten wir Sie freisprechen müssen, denn es war juristisch unmöglich, Sie zu verurteilen. Genug, im heutigen Klassenstaat ist die Rechtsprechung durch das Volk ein zweischneidiges Schwert.

Was die

### „Unentgeltlichkeit der Rechtspflege“

betrifft, so versteht es sich von selbst, daß wir die Forderung festhalten müssen. Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege hat sich aber auch auf den **Rechtsbeistand** zu erstrecken. Der Charakter des Klassenstaats unserer Gesellschaft tritt gerade bei der Justiz und nicht bloß in der Rechtsprechung, sondern auch — und fast noch schärfer — darin zutage, daß das Recht so teuer ist, und daß der arme Mann deshalb sein Recht — und sei es klar wie die Sonne — in vielen Fällen nicht zur Geltung bringen kann. (Sehr richtig!) Ich bin, namentlich während meines achtjährigen Aufenthalts auf dem Dorfe, hundertmal von Rechtsuchenden um Rat gefragt worden, und ich habe den armen Leuten oft sagen müssen: Ihr habt recht, aber ihr könnt Euer Recht nicht erlangen, vergleicht Euch lieber — auf dem Wege des Prozesses seid ihr verloren; ihr könnt die Gerichtskosten und den Advokaten nicht bezahlen, und ohne Advokat könnt ihr nichts machen. — Die Advokaten sind in schlechten Ruf geraten, ganz ohne ihre Schuld — auch sie sind Opfer des Klassenstaats. Es sind — und da spreche ich aus eigener, sehr reicher Erfahrung — weit mehr Leute dadurch, daß sie, aus Scheu vor den hohen Kosten und vielleicht auch abgeschreckt durch den schlechten Ruf der Advokaten, ihre Sache selbst führen wollten und so verpfuschter — es sind dadurch weit mehr Leute geschädigt worden, als vielleicht durch die Kniffe und die Unehrlichkeit von Advokaten. In ähnlicher Lage sind, um etwas anderes, prinzipiell jedoch ganz gleiches zu berühren, heutzutage auch die Aerzte. Der Bauer geht nicht zum Arzt, wenn er es irgend zu vermeiden imstande ist, er scheut die Kosten. So kommt es, daß Tausende von Krankheiten, die, von einem Arzt rechtzeitig erkannt und behandelt, mit Sicherheit hätten geheilt werden können, jetzt in unzähligen Fällen, namentlich bei Frauen, einen tödlichen Ausgang nehmen oder doch zu dauerndem Siechtum führen. Hier ist genau dieselbe Kur notwendig, wie in der Anwaltsfrage: Die ärztliche Behandlung muß unentgeltlich werden, oder mit anderen Worten: Der Arzt — wie der Rechtsanwalt — muß Beamter des Staates, der Gesellschaft sein, besoldeter Beamter, der nicht von dem Klienten oder Patienten Honorar zu nehmen hat, sondern den einfach die Gemeinde oder der Staat anstellt, damit er jedem, der seiner Hilfe bedarf, solche unentgeltlich angedeihen lassen kann.

Die

### „allgemeine gleiche Volkserziehung durch den Staat“

ist selbstverständlich, ebenso der

### „unentgeltliche Unterricht in allen Bildungsanstalten“.

Die

### „Erklärung der Religion zu Privatsache“.

zu der ich nun gelange, ist ein kritischer, viel umstrittener Punkt. Man hat den Deutschen vorgeworfen, daß sie sich mit der Erde zu wenig beschäftigen, im Himmel aber eifrig spazieren gehen und dadurch auf der Erde zu kurz gekommen sind. Es ist ein Zeichen geistiger Unfähigkeit und mangelnder Talkraft, statt auf der Erde seine Energie zu betätigen, in den unendlichen Himmel hinauszugondeln und Krieg zu führen gegen den bürgerlichen Gott da droben. In Amerika verdarb ich es mit den Freidenkern dadurch, daß ich einmal sagte: Der deutsche Arbeiter, der jetzt unter dem Sozialistengesetz den Kampf gegen den schwächsten Gendarm oder Schutzmann führt, entwickelt in meinen Augen tausendmal mehr Mut als wie derjenige, der den allmächtigen Jehova als persönlichen Feind bekämpft und aus dem Himmel wirft.

Auf der Erde wirken, das ist's, worauf es ankommt. Wer macht denn — man verzeihe mir den geschäftlichen Ausdruck — in religiöser Freiheit oder Freireligiosität? Ich verfolgte das Tun dieser Klasse von Menschen seit vor 1848. Damals war in meiner engeren Heimat, in Offenbach, ein Hauptnest dieser Freireligiosität, oder freigemeindlichen Bewegung. Nun, und was sind diese Freidenker geworden? Welche Rolle haben sie in der Revolution von 1848 gespielt? Es waren fast alles jämmerliche Spießbürger. Und jetzt? Ist einer unter diesen „radikalen“ Freigemeindlern gewesen, der es wagte, den Kampf gegen die Unterdrückung, für gleiches Recht aufzunehmen? Und einer unter ihnen, der den Mut der Konsequenz gehabt hätte, sich Sozialdemokrat zu nennen? Diesen Leutchen, wenn sie unter sich sind, sind wir gar nicht radikal genug, weil wir nicht wenigstens einmal jeden Tag den lieben Herrgott absetzen. Aber vor dem realen politischen Kampf haben sie, mit verschwindenden Ausnahmen, eine heilige Scheu — höchstens, daß sie als Fortschrittler oder Volksparteiler stimmen. Von Konsequenz des Denkens und Handelns keine Spur — und zum weitaus größten Teil sind sie unsere politischen Gegner. Es gibt Heißsporne unter uns, die sich mit besonderem Eifer auf die Religion werfen, weil noch ein Stückchen vom Jehovah in ihnen ist, den sie nicht ganz loswerden können. (Sehr richtig!)

Wir müssen weiter bedenken, daß die Religion an sich und die Kirche an sich nicht fähig sind, uns zu unterdrücken, wenn nicht der Staat sie hält, wenn nicht die Gesellschaft sie hält. Die katholische Kirche so gut, wie die protestantische Kirche, sie sind die Bundesgenossen, nein, die Stützen, die Werkzeuge des heutigen Klassenstaats und zugleich ein Produkt desselben. Sie helfen dem Staat, und sofern sie ihm helfen, müssen wir auch gegen sie Front machen. Wer aber, statt den Klassenstaat selbst, statt die ökonomischen Bedingungen des Klassenstaates und seine politischen Voraussetzungen anzugreifen, sich auf die Kirche verbeißt, der verpulvert seine Kräfte gegen falsche Objekte; haben wir erst den Staat erobert, dann ist uns die Religion nicht gefährlich. Glauben diejenigen unter Ihnen, die vielleicht an dem Kampf gegen Jehovah Gefallen finden, glauben Sie etwa, daß durch radikalreligiöse Phrasen oder gar durch Schimpfen der Religion Abbruch getan wird? Das wäre ein großer Irrtum im Gegenteil! Betrachten Sie doch den Kulturkampf! Ich für meine Person bin mit der Religion sehr früh fertig gewesen. Ich stamme aus der Zeit, wo die deutsche Studentenschaft Hegelsche Philosophie studierte, wo sie durch die Strauß, Bauer, Feuerbach usw. in den Atheismus eingeweiht wurde. Mir war das, da ich sehr frei erzogen war, nicht schwierig. Aber ich habe eines während meines langen politischen Lebens gelernt, das mich praktisch gemacht hat: Ich habe gelernt, daß ich nie einen Menschen, der an Religion glaubte, durch Beschimpfung der Religion, durch Angriffe auf die Religion belehren können. (Sehr richtig!) Der Religion können wir bloß dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beibringen; die Schule muß gegen die Kirche mobilisiert werden, der Schulmeister gegen den Pfaffen; richtige Erziehung beseitigt die Religion. Angriffe machen sie bloß stärker, und diejenigen unter uns, die gegen die Religion den Hauptkampf führen, verfallen in den Fehler der preussischen Regierung in ihrem Kampf gegen die katholische Kirche: Sie machen den Feind nur stärker. (Lobhaftes Brevol)

Wir haben in unserem Programm gesagt: die Religion ist Privatsache. Ich will nicht sagen, daß dieser Ausdruck ein absolut lehrerlos ist. Ich kann nur bemerken: Einen vernünftigeren, praktischeren Satz haben wir nicht unter allen unseren praktischen Forderungen. Ich bin öfters genötigt gewesen in Gegenden zu agitieren, wo der Katholizismus noch eine Macht ist, aber neben ihm auch die Sozialdemokratie. Da

habe ich durch diesen Punkt unseres Programms, indem ich ihn richtig erklärte, zahlreiche Stimmen erlangt von Leuten, die heute noch sozialdemokratisch stimmen, die aber durch einen Angriff auf die Religion uns entfremdet worden wären. In der Gegend von Mainz geriet ich einmal mit einem katholischen Priester in eine Diskussion. Er war sehr höflich, stimmte sonst im wesentlichen mit mir überein, aber daß wir die Religion aus dem Staate verdrängen, sie zur Privatsache machen wollten, das ginge doch nicht. Ich sagte ihm: Sie irren sich, das ist ja gerade für Sie von großem Vorteil. Sehen Sie, wenn der preußische Staat die Religion zur Privatsache erklärt hätte, wie wir fordern, dann hätte der Kulturkampf nicht entstehen können. Er bemerkte dann: Ja, der Staat muß christlich sein. Ich erwiderte, welches Christentum soll denn der Staat haben? Wir haben ein protestantisches, ein reformiertes, ein lutherisches, ein katholisches, ein griechisch-katholisches Christentum und noch 20 bis 30 christliche Sekten. Was soll nun der christliche Staat sein? Soll er protestantisch oder katholisch sein, oder was sonst? Als protestantischer Staat führt er gerade den Kulturkampf gegen die katholische Kirche, als katholischer Staat würde er ihn gegen die protestantische Kirche führen usw. Und das hat den katholischen Bauern so eingeleuchtet, obwohl der Pfarrer sich noch sträubte, daß sie einstimmig für mich gestimmt haben. (Heiterkeit.) Und glauben Sie nicht, ich hätte geheuchelt; ich sagte den Bauern rückhaltlos: Ich bin Atheist, ich glaube nicht an Gott, aber ich glaube, daß jeder das Recht hat, zu glauben was er will; wir Sozialdemokraten wollen absolute Gewissensfreiheit, absolute Meinungsfreiheit; kein Staat, keine Gesellschaft hat das Recht, einem Menschen mit der Faust ans Gewissen zu greifen, einem Menschen ein religiöses Bekenntnis oder eine andere Meinung aufzudrängen. Wenn wir das versuchen, dann schaden wir nur unserer Sache. (Bravo!) Bei Begründung unseres Antrages auf Aufhebung aller Ausnahmegesetze, auch der gegen die Jesuiten, habe ich im Reichstage auf das Beispiel der Vendée hingewiesen. Und in der Tat, es ist schlagend. Im revolutionären Frankreich war die Herrschaft der Vernunft eingeführt, die Revolution hatte die Wissenschaft zur Basis. Die armen, in geistiger Finsternis lebenden Bauern ergriffen die Waffen für ihren katholischen Aberglauben und nahmen den Kampf auf gegen die übermächtige, stürmisch vorandrängende Revolution. Ungleichmächtig konnten die Kräfte nicht verteilt sein. Und was war der Erfolg? Kaum war das aufständische Gebiet, von einem Ende zum andern, mit Feuer und Schwert verwüstet, jeder Widerstand niedergeworfen, so loderte der Brand wieder in irgendeiner Ecke zu, und die Blutarbeit hatte von neuem zu beginnen — bis die Sieger erlahmten. Ein Beweis, wie er schlagender nicht gedacht werden kann, daß es absolut unmöglich ist, eine Idee, und wäre sie auch eine falsche, mit Gewalt zu überwinden oder durch irgendeinen Machtspruch wegzudekretieren. Unsere Partei ist eine Partei der Wissenschaft. Die Wissenschaft steht der Religion feindlich gegenüber — aber sie kann und will sie nicht niederschlagen. Die Wissenschaft sorgt für gute Schulen, das ist das beste Mittel gegen die Religion. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.) Und im übrigen bekennen wir Farbe. Also ich bin für Beibehaltung des Satzes. In einem Privatschreiben wurde ich neulich ersucht, ich möge doch dahin wirken, daß unserem Programm die alte demokratische Forderung der **Trennung der Kirche von der Schule, der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staat** ausgesprochen werde. Das wäre indes ein Rückschritt. Indem wir die Religion zur Privatsache erklären, trennen wir eo ipso die Religion vom Staat, und die allgemeine und gleiche Erziehung durch den Staat schließt selbstverständlich die Trennung der Schule von der Kirche mit ein. Die Fassung unseres Programms ist weit besser, umfassender und prinzipiell richtiger als jene alle, die sich beiläufig noch in unserem Eisenacher Programm befunden hat.

Es kommen nun die Forderungen „innerhalb der heutigen Gesellschaft“ — das heißt die dritte Abteilung des Programms, so daß wir also eine weitere oder allgemeine, eine engere und eine noch engere haben. Hier wird geändert werden müssen. Daß den Forderungen der Partei eine möglichst kurze, klare und scharfe Darlegung der Prinzipien vorausgeht, ist in der Ordnung; aber sie hat gewissermaßen das Fundament zu sein, auf dem die Forderungen sich erheben. Die Forderungen selbst in Forderungen schlechthin und in solche „innerhalb des heutigen Staates“ zu trennen, ist sicherlich nicht zu rechtfertigen. Wo soll die Grenzlinie sein? Stellen wir nicht alle unsere Forderungen „innerhalb des heutigen Staates?“ Und wo fängt der heutige Staat an? Wo hört er auf? Ist eine Grenzlinie zu ziehen zwischen dem heutigen Staat und dem sogenannten „Zukunftsstaat“ — um einmal das viel mißbrauchte Wort zu gebrauchen. Gehen beide nicht ineinander über?

Diese Forderungen im heutigen Staat sind sehr mannigfaltiger Natur, und trotz engeren als engen Charakters zum Teil recht allgemein. Zum Beispiel gleich die erste Forderung:

#### „Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten.“

Wie allgemein! Und zugleich wie selbstverständlich! Gegen den Inhalt ist natürlich nichts einzuwenden — die Form läßt sich vielleicht bessern.

Die Forderungen bezüglich einer einzigen progressiven Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, bezüglich des unbeschränkten Koalitionsrechtes, des Normalarbeitstages und des Verbots der Sonntagsarbeit entsprechen noch heute unserem Standpunkte wie vor 15 Jahren.

Als Ganzes sind die am Schlusse unseres Programms aufgestellten Forderungen des Arbeiterschutzes veraltet, von der Zeit überholt. Seit 15 Jahren sind wir auf diesem Gebiet, wenigstens theoretisch, so weit gekommen. In jedem Wahlprogramm im kleinsten Städtchen Deutschlands sind seitdem weit radikalere und umfassendere Forderungen aufgestellt worden. Damals war das neu, und so unvollkommen es heute erscheint, damals war es eine Tat, eine bahnbrechende Tat. Und mit diesen Forderungen haben wir den heutigen Klassenstaat gezwungen, daß er die Arbeiterschutzgesetzgebung als obersten Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wie rasch der Fortschritt auf diesem Gebiet ist, das zeigt sich besonders deutlich am Normalarbeitstag. Hätten wir 1875 eine bestimmte Zeit festgesetzt, so wäre es schon kühn gewesen, den zehnstündigen Normalarbeitstag zu fordern. Heute würde der zehnstündige Arbeitstag für uns in gewisser Beziehung schon ein überwundener Standpunkt sein, heute würden wir sagen müssen: Acht Stunden; und nach zehn Jahren würde vielleicht der Aditslundenstag wieder ein überwundener Standpunkt sein. Es war darum sehr vernünftig, daß das Programm nicht einen zeitlich definitiv bestimmten Normalarbeitstag, sondern einen „den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden“ forderte. Den Gesellschaftsbedürfnissen und dem Gesellschaftskönnen, auch das muß ausgedrückt werden. Durch die sich immer mehr vervollkommnende Technik, durch die bessere Art des Betriebes, durch die bessere Organisation der Arbeit wird die Arbeit immer produktiver und kann infolgedessen beständig abgekürzt werden, so daß man jetzt schon in einigen Kolonien Englands einen sechsstündigen Arbeitstag hat und in Australien einen fünfständigen erstrebt. Mit Bezug auf unser Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit haben allerhand Leute gehöhnt: Die Sozialdemokraten wollen nicht arbeiten, sie wollen faulenzeln. Dieses alberne, verleumdende Geschwätz kommt regelmäßig aus dem Munde von Leuten, die nicht wissen, was arbeiten heißt, die aber sehr wohl wissen, was faulenzeln ist. (Heiterkeit.)

Lafargue hat diesem läppischen Geschwätz gegenüber das „**Recht auf die Faulheit**“, das ist auf **Muße** proklamiert. Der Mensch ist nicht ausschließlich zur Arbeit geboren; wir müssen, um Menschen zu sein, uns harmonisch ausbilden — das können wir nicht ohne Arbeit; ohne Arbeit können wir überhaupt nicht leben. Die Arbeit ist folglich eine Notwendigkeit. Aber mehr arbeiten als für den Zweck, Mensch zu sein, notwendig ist, das heißt den Zweck dem Mittel opfern. Nicht um zu arbeiten leben wir, sondern **wir arbeiten, um zu leben.** (Sehr richtig!)

Ich muß nun noch nachträglich bemerken, daß neuerdings vorgeschlagen worden ist, es solle im Programm ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokratie die Republik erstrebe. Ob es nötig ist, das auszusprechen, will ich dahingestellt sein lassen. Daß das Staatsideal auf einem demokratischen Boden, einer auf dem Boden der Gleichheit und Freiheit stehenden Partei die Republik ist, versteht sich für jeden denkfähigen Menschen einfach von selbst. Auf der anderen Seite wissen wir auch in den Bourgeoiserepubliken das Gleichheitsprinzip genau ebenso verletzt wird wie in den Monarchien — und zwar durch **jeden Bourgeois.** Deshalb steht das Postulat **politischer Gleichheit**, obgleich wir sie natürlich erstreben, für uns nicht so im Vordergrund, wie z. B. für die bürgerlichen Parteien. — Mir persönlich ist es gleichgültig, ob dieser Vorschlag angenommen wird oder nicht — für uns handelt es sich vor allem um die **soziale, die ökonomische Gleichheit**, welche die **politische** von selbst bedingt, während das Umgekehrte nicht der Fall ist.

Ich komme zum Schluß. Ich habe vorher ausgedehnt, daß, und warum es bisher unmöglich war, das Programm zu reformieren und Ihnen schon jetzt einen neuen Entwurf vorzulegen. Wenn da eine Schuld ist, sind Sie alle mitschuldig, insofern aus dem Schoße der Partei über das Programm Vorschläge in nennenswertem Maße nicht gekommen sind, und eine Diskussion im größeren Stil nicht stattgefunden hat. Übrigens ist dadurch, daß wir das Programm noch nicht reformiert oder revidiert haben, der Partei kein Nachteil erwachsen. Dies Programm, das **Einigungsprogramm** oder **Golhaer Programm**, ist uns 15 Jahre lang eine **Sturmfahne** gewesen, die der Partei auf ihrem ununterbrochenen Vormarsch, in all ihren Kämpfen, vorangetragen worden ist. Es war ein Führer und Kompaß, der uns den Weg zeigte, ein Leilsterne, der unsere Schritte lenkte. Die Fahne ist zerlezt und zerschossen worden, aber sie hat uns zum Siege geführt; in ihr verkörpert sich ein ruhmvolles Stück Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterpartei; und ich will bloß wünschen, daß das neue Programm, die neue Fahne, die wir den Erfordernissen der Zeit entsprechend uns schaffen werden, der deutschen Sozialdemokratie ebenso glorreich im Kampfe vorangetragen werden möge, wie diese alte verfolgte Sturmfahne. (Bravo!) Und schlecht ist dies Programm wahrhaftig nicht gewesen und ist es jetzt nicht. — Trotz seiner Mängel spricht es im großen und ganzen die Ziele und das Wesen der Partei aus, und — bloß als Programm betrachtet, ohne Berücksichtigung der Partei — steht es turmhoch über den Programmen aller anderen Parteien, es ist tatsächlich **das einzige politische Programm, welches in Deutschland existiert.** Keine der bürgerlichen Parteien hat ihre Forderungen zusammengelöst und formuliert — auch nicht die konservative und nicht die Zentrums Partei. Keine andere Partei hat mit der Rückhaltlosigkeit, die nur dem guten Recht eigen ist und wie wir sie in unserem Programm bewiesen haben, ihre letzten Ziele hingestellt, keine sich eine solche Richtschnur gegeben, wie wir in diesem unserem Programm. Es hat die Partei nicht falsch geführt, und wir wären Toren gewesen, wenn wir, ehe wir aus der heißen Schlacht gekommen, es hätten beiseite werfen und in der Eile durch ein anderes ersetzen wollen. Das Programm ist uns lieb geworden. Seine Mängel hat jeder von uns gefühlt, in vielen Reden vor den Wahlen

ist die Notwendigkeit der Reform betont worden. Vollkommenes kann niemals geschaffen werden. Das Programm, welches wir in einem Jahr uns geben werden, wird sich gleichfalls überleben. Die Welt geht eben im Sturmschritt voran. Dieses alte Programm aber, welches mit der Geschichte unserer Partei so innig verwachsen, selbst ein Teil der Parteigeschichte ist, leichtsinnig zu verlauschen mit einem rasch über Nacht zusammengespielpelten neuen Programm, wäre einfach eine Tollheit, eine Impietät gewesen. Das neue Programm soll auch **gut** werden, und „**gut Ding braucht Weile**“. Die Gegner haben gesagt, das Sozialistengesetz sei für uns ein eiserner Reifen gewesen, der die Partei gewaltsam zusammengehalten habe, und die Partei werde zerfallen, wenn das Sozialistengesetz aufhöre. Wohlán, der 1. Oktober und dieser imposante Kongreß haben bewiesen, wie falsch unsere Gegner urteilen, haben sie Lügen gestraft. **Einiger** hat die Partei sich nie gezeigt, einiger, **ja so einig** war sie nie zuvor. Aber ist diese Einigkeit etwa allein herbeigeführt worden durch den gemeinsamen Kampf gegen das Sozialistengesetz und dessen Urheber und Vollstrecker? Nein, wenn das Sozialistengesetz ein eiserner Reif war, dann war unser Programm ein **diamantenes Band** für uns. (Lebhafte Bravo!) Mit unserem Programm haben wir das Sozialistengesetz, diesen eisernen Reif, zerbrochen — es hat sich also **stärker** erwiesen. Diamant ist ein griechisches Wort, Adamas, das heißt: „Das nicht zu Bändigende“, das „Unbesiegbare“, und dieses Band der Unbesiegbarkheit, welches das alte Programm uns gewesen ist, möge und wird uns auch das neue Programm werden. Das neue Programm soll es zu lebendigem Ausdruck bringen, daß die Partei stets fortschreitet, daß es für uns keinen Stillstand gibt auf ewige Zeit, denn Stillstand ist Untergang. Die Wissenschaft ist für uns der Boden, auf dem wir unüberwindlich sind, wie es für jenen Riesen des Altertums die Mutter Erde war. Die Wissenschaft ist die Mutter des Sozialismus; wenn wir sie verlassen, dann sind wir verloren. Auf dem Boden der Wissenschaft und der Wirklichkeit sind wir unbesiegbare und werden **alle unsere Feinde überwinden!** (Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

Vorsitzender **Dietz:** Nach dieser vortrefflichen Rede Liebknechts schlage ich vor, die Diskussion bis morgens zu vertagen. Damit ist der Parteitag einverstanden. — Es ist angefragt worden, ob die Rede des Genossen Liebknecht gedruckt werden wird. Ich kann mitteilen, daß die Rede tunlichst ihrem ganzen Wortlaute nach in das Protokoll aufgenommen werden wird. (Bravo!) Damit sind Sie einverstanden.

Es ist eine weitere Reihe von Telegrammen eingegangen.

**Liebknecht** bringt nunmehr folgende **Resolution** ein:

In Erwägung:

Daß das von dem Einigungskongreß zu Golha im Jahre 1875 beschlossene Parteiprogramm, so trefflich es sich auch in den Kämpfen der letzten 15 Jahre, namentlich unter dem Sozialistengesetz, bewährt hat, dennoch nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht, wie das schon von früheren Parteikongressen ausgesprochen worden ist,

beschließt der Parteitag:

Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidierten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens 3 Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.

## Wilhelm Liebknechts Schlussrede zur Vorbereitung eines neuen Programmentwurfes auf dem Parteitag zu Halle a. d. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890

Man hat mir von gegnerischer Seite den Vorwurf gemacht, daß ich in meinen gestrigen Ausführungen das berühmte Thema des Zukunftsstaates nicht behandelt habe. Als der Sozialismus noch sehr jung war, noch nicht auf der wissenschaftlichen Basis stand und sich zum modernen Sozialismus verhielt, wie die mittelalterliche Alchimie zur modernen Chemie, da beschäftigten sich die Arbeiter, welche in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung standen, auf das eingehendste mit der Frage, wie der Zukunftsstaat aussahen und wie es im Zukunftsstaat zugehen werde. Ich kam anno 1847 als junges Bürschchen in die Schweiz, gerade als das letzte Nachspiel der Kämpfe zwischen den Kommunisten, geführt durch Weitling, und dem „Jungen Deutschland“, dessen Hauptvertreter der jetzt verrückt gewordene Antisemit Marx war, stattfand. Da wurde in jedem deutschen Verein des jungen Deutschland, wie in jedem kommunistischen Arbeiterverein auf das eingehendste die Frage des Zukunftsstaates erwogen. Und ich erinnere mich, daß damals die Frage ganz besonders große Schwierigkeiten verursachte: Wer wird in dem kommunistischen Staate die Stiefel putzen, die Kleider und Kloaken reinigen und die Straßen fegen? Heute lächelt jeder über diese Versuche, sich den Zukunftsstaat auszumalen. Die Schwierigkeiten von damals sind zum Teil durch die Fortschritte der Technik, der Wissenschaft, schon im Gegenwartsstaat beseitigt worden. Die Kloakenreinigung z. B. wird durch Wasser weit besser besorgt als jemals durch Menschen. Die Eisenbahnen, die Elektrizität, die Elektrotechnik sind gekommen und haben die Welt revolutioniert, von Grund aus umgestaltet. Die Wirklichkeit ist der kühnsten Phantasie vorangeeilt. In Shakespeares „Sommernachtsraum“ will Puck, der Zauberer und Genius, einen Gürtel um die Erde legen in 30 Minuten. Heute fährt der elektrische Funke, der zum Diener des Menschen gemachte Blitz in einer Sekunde um die ganze Erde herum. Diejenigen Herren, die Auskunft über den Zukunftsstaat von uns wollen, mögen bedenken, daß uns jede Voraussetzung fehlt, auf welche hin vorausgesagt werden könnte, wie ein Staat oder eine Gesellschaftsordnung, ich will sagen in zehn Jahren — nein in einem Jahr — beschaffen sein wird. Was heute als Wahrheit gilt, ist morgen als Unsinn erkannt. Was heute Ideal, ist morgen Wirklichkeit, übermorgen Reaktion. Und da will man sagen, wie künftig der Staat sich gestalten soll! Nur ein Narr kann das fragen. Wer will sich unterfangen, zu sagen, wie es nächstes Jahr in Deutschland aussehen wird? Leute, die solche Fragen stellen, verstehen von den sozialen Fragen nichts, nichts von dem organischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft, und sie nageln sich selbst an als unwissenschaftliche, denkunfähige Köpfe.

Ich komme nun zu der soeben beendigten Diskussion. Die zu diesem Punkt der Tagesordnung eingebrachten Anträge sind, wie schon angedeutet worden, einfach Material für die Genossen, welche beauftragt werden, der Partei den revidierten Entwurf vorzulegen. Es ist in dieser Debatte nicht ein Antrag gestellt und nicht ein Wort gesprochen worden, welches nicht berücksichtigt werden wird. Unser Programm kann nicht hervorgehen aus den Köpfen einzelner weniger, es muß die Kollektivarbeit der ganzen Partei sein. Alles was noch in der Presse, in Versammlungen neues an Gesichtspunkten aufzudecken wird, wird selbstverständlich als Baustein verwendet werden für das neue Programm. Nur einen Irrtum habe ich hier zu rektifizieren. Es ist wiederholt von einer Kommission gesprochen worden, von der Kommission, welcher, nach

der von mir beantragten Resolution, diese Aufgabe zu übertragen sei. Ich habe den Antrag gestellt, den Parteivorstand zu beauftragen, einen revidierten Entwurf vorzulegen. Wir haben ausdrücklich vorlegen gesagt, und nicht auszuarbeiten. Der Vorstand kann und wird selbst, soweit die Kräfte seiner Mitglieder reichen, an dem Entwurf arbeiten; er hat aber die Pflicht, alle tüchtigen Kräfte in der Partei heranzuziehen und mitarbeiten zu lassen. Kurz: die Partei soll das neue Programm machen, und der Vorstand dieser Kollektivarbeit die würdige Form geben.

Es ist falsch, zu sagen, wir müssen ein definitives Programm schaffen. Es gibt kein definitives Programm für irgend eine Partei, geschweige denn für eine wissenschaftliche Partei, denn es gibt keine definitive Wissenschaft. Lord John Russel, der da glaubte, er habe die politische Weisheit mit einer Reformbill zum Abschluß gebracht und von der Finality-Endgültigkeit sprach, hat sich durch dieses Wort für ewige Zeiten lächerlich gemacht. Wir behalten auch das neue Programm nur, so lange es dem Stande der Wissenschaft entspricht; merken wir, daß die Wissenschaft darüber hinausgegangen ist, dann reformieren wir es abermals. Wir sind niemals zufrieden, wir gehen immer vorwärts!

Ein Redner hat gewünscht, wir möchten doch das Wort „Normalarbeitstag“ durch das deutlichere Wort „Maximalarbeitstag“ ersetzen. Dieser Vorschlag liefert einen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, daß unter dem Sozialistengesetz zwar eine kampfesmutige Generation herangewachsen ist, daß aber die theoretische Ausbildung etwas Not gelitten hat unter den Erfordernissen des Kampfes. Sonst würde der Genosse wissen, daß es einen Mann gegeben hat, dessen Name noch nach 1000 Jahren als der des Begründers unseres wissenschaftlichen Sozialismus in hellem Glanze strahlen wird, nämlich einen gewissen Karl Marx, der in seinem monumentalen Werke, dem Kapital, den klassischen Ausdruck „Normalarbeitstag“ gewählt hat. Das Wort „Maximalarbeitstag“, das absolut nicht mehr sagt als „Normalarbeitstag“, ist einfach eine Neuerung, versucht teilweise aus bewusster Opposition gegen Karl Marx von Männern, die wünschten, daß der internationale Charakter, welchen Marx der Bewegung aufgedrückt hat, etwas zurückgedrängt werden möge. Es sind Anhänger des nationalen und konservativen Rodberlus gewesen, welche den Ausdruck „Normalarbeitstag“ durch „Maximalarbeitstag“ zu ersetzen versuchten, und es ist der Staatssozialismus, der sich für diesen Ausdruck ins Zeug gelegt hat. Wir halten es mit Marx, und wir bleiben bei unserem „Normalarbeitstag“.

Ich komme jetzt zu der Frage der Religion. Ich habe mich mit derselben gestern deshalb so eingehend beschäftigt, weil ich wußte, daß unter uns allerhand Geister das Bedürfnis haben, sich in den luftigen Regionen herumzulummen. Ich habe gestern schon alle Einwürfe gegen die Fassung unseres betreffenden Programmsatzes vorweg widerlegt. Nun hat Herr Rüdert gesagt: Wir machen uns einer Heuchelei schuldig, wenn wir nicht Farbe bekennen und den Atheismus auf unsere Fahne schreiben. Bekennt unser Programm nicht Farbe, stellen wir uns nicht auf den Boden der Wissenschaft? Und weiß nicht jeder denkfähige Mensch, der weiß, was Wissenschaft ist, daß Wissenschaft und Religion unvereinbare Gegensätze sind? Durch den wissenschaftlichen Charakter unserer Partei ist jede Mißdeutung nach dieser Richtung hin beseitigt. Von einer Heuchelei ist also keine Rede, wohl aber umgekehrt von einer mangelnden Kenntnis der Dinge und mangelndem Urteilsvermögen auf Seite derjenigen, welche die Auffassung teilen, daß die Religion in erster Linie zu bekämpfen sei. Die Kirche, die katholische, wie die protestantische, ist heutzutage nichts anderes als eine Stütze, ein Instrument des Klassenstaates, und die Basis des Klassenstaates ist die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer Sklaverei und Ausbeutung in

jeder Gestalt. Mit der kapitalistischen Produktion steht und fällt der moderne Klassenstaat. Jeder General, der den Feind schlagen will, vergeudet seine Kräfte nicht in einer untergeordneten Position, die für das Ganze keine ausschlaggebende Bedeutung hat, sondern er packt den Schlüssel der feindlichen Position, nach dessen Fall alles andere fallen muß. Statt mit Nebensachen die Kräfte zu zersplittern, packen wir die ökonomische Basis an, auf welcher der heutige Klassenstaat mit samt den Kirchen oder Konfessionen und dem Pfaffenstum steht; fällt die Basis, dann fällt das andere mit. Und dann bedenke man noch, daß die **Verpflichtung** zur Religionslosigkeit ein Eingriff in die Gewissensfreiheit wäre, in die Freiheit des Denkens, in die persönliche Freiheit, die wir unter **allen** Umständen achten und schützen müssen. Kurz, wir, die wir den Satz verteidigen, daß die Religion Privatsache, sind mehr in Harmonie mit den Grundprinzipien unserer Partei und obendrein bei weitem radikaler als diejenigen denen in der Bekämpfung der Religion selbst eine gewisse Religiosität oder richtiger, ein Rest von Pfafferei anhängt. Ich liebe die Pfaffen in keiner Gestalt, und die **Anlpfaffen** genau so wenig wie die richtigen.

Und noch eins: Haben wir nicht das, was die Kraft der Religion bildet, den **Glauben an die höchsten Ideale**? Ist im **Sozialismus** nicht die höchste **Sittlichkeit**; Selbstlosigkeit, Autoptierung, Menschenliebe?

Wenn wir unter dem Sozialistengesetz freudig das schwerste Opfer gebracht haben, uns die Familie und die Existenz zerstören ließen, uns auf Jahre trennten von Frau und Kind, bloß um der Sache zu dienen, so war das auch Religion, aber nicht die Religion des **Pfaffenstums**, sondern die Religion des **Menschentums**. Es war der Glaube an den Sieg des Guten und der Idee; die unerschütterliche Ueberzeugung, der felsenfeste Glaube, daß das Recht siegen und daß das Unrecht zu Fall kommen muß. Diese Religion wird uns niemals abhanden kommen, denn sie ist eins mit dem Sozialismus. — Im Reichstage sagte einmal der Abgeordnete Bamberger, als ich über die Gemeinschädlichkeit des Sozialistengesetzes sprach und den Sturz seiner Urheber voraus sagte, seufzend zu einem Nebenmann: „Die **Sozialdemokraten haben noch den Glauben!**“ Ja, wir haben noch den Glauben — die Herren Fortschrittler haben ihn nicht — **wir wissen, daß wir die Welt erobern werden.**

Also mit der Religion wären wir nun fertig.

Es ist ferner von der **Frauenarbeit** und von dem **Frauenstimmrecht** die Rede gewesen. Selbstverständlich sind wir alle für das Frauenstimmrecht, für die absolute Gleichberechtigung der Frauen. Diese Gleichberechtigung hat sich auch auf das Gebiet der **Arbeit** zu erstrecken. Die Genossin, welche vorhin so befaßt über das Thema gesprochen hat, ist vollkommen im Recht, zu sagen: Sollen wir die Vergiftung, die Durchseuchung, die Zerstörung des Lebens und der Gesundheit durch die jetzige Produktionsweise beim **Manne** mehr billigen, als bei der Frau? Und sind die vergiftenden, die Gesundheit, das Leben untergrabenden Einflüsse, die wir von dem weiblichen Arbeiter abwenden wollen, nicht auch verderblich für den männlichen Arbeiter? — Prinzipiell ist hiergegen nichts einzuwenden. Und prinzipiell muß auch nach dieser Richtung hin Gleichheit sein. Der Arbeiterschutz-Gesetzesentwurf, den wir im Reichstag eingebracht haben, trägt dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Gleichheit von Mann und Frau auch Rechnung, so weit es irgend möglich ist, ohne die Interessen der Frau zu schädigen; allein die größere Zartheit des weiblichen Organismus, die Schwäche des Weibes, die zugleich seine Stärke ist, zwingt zu Rücksichten, die das Prinzip der Gleichberechtigung nicht verletzen, von der Humanität aber gefordert werden. Ich will ins einzelne nicht eingehen — auch diese Frage wird

gewiß in vorurteilslosester, den Interessen der Frauen sicherlich förderlichster Form zur Erledigung gebracht werden.

Die **direkte Gesetzgebung durch das Volk**, so absolut hingestellt wie in unserem Programm, ist praktisch nicht durchführbar. Aber ich will mich nicht auf Details einlassen. Daß das heutige System der Vertretung, welches man mit dem Namen Parlamentarismus bezeichnet auch in **praktischer**, wenn ich so sagen darf: in **technischer** Beziehung an vielen Mängeln leidet, daß es den Willen des Volkes nicht voll zur Geltung kommen läßt, das unterliegt keinem Zweifel. Vielleicht habe ich im nächsten Jahre die Ehre, als Referent oder Korreferent über das neue Programm zu sprechen, und dann habe ich auch **diese** Frage ausführlich zu behandeln und auszuführen, wie nach meiner Ansicht die Volksvertretung und Gesetzgebung vernünftig zu gestalten sind.

Die Unentgeltlichkeit der **Medizin** ergibt sich von selbst aus der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Behandlung.

Es ist gewünscht worden, daß auch die **Aufhebung der Gewerbeordnung** in dem sogenannten praktischen Teil des Programms gefordert werden möge. Das ist eine Frage, die wir hier nicht entscheiden können, aber dem Ermessen der Genossen möchte ich es doch zur Erwägung anheimgeben, daß es sich wohl kaum verlohnen würde, Materien ins Programm aufzunehmen, die schon in einigen Jahren aus der Welt geschafft sein können. Ein Parteiprogramm ist kein Wahlprogramm, kein Gelegenheitsprogramm, welches bloß den Bedürfnissen des Tages zu entsprechen hat.

Einen Fehler unseres Programms habe ich gestern nur gestreift, er besteht darin, daß es in verschiedene Abteilungen zerfällt, bei deren Abgrenzung ziemlich willkürlich und unlogisch verfahren worden ist. Statt organisch aus einem Guß oder Wuchs zu sein, ist es mechanisch in drei Teile zerschnitten, was den organischen Zusammenhang aufhebt und logisch, wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen ist. Da heißt es z. B. nachdem die allgemeinen Prinzipien ausgesprochen sind: Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von „sozialistischen Produktivgenossenschaften“. Von wem fordert sie das? Und **wo** soll die Lösung „angebahrt“ werden? Doch auch nicht im „Zukunftsstaat“, wo sie ja bereits erfolgt ist, sondern im **heutigen** Staat. Nun kommt aber am Schluß dieser Abteilung des Programms ein zweiter Absatz: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert **innerhalb der heutigen Gesellschaft**“. Sie sehen, diese Trennung ist vollkommen willkürlich, und sie bildet einen der größten Fehler dieses Programms. Wer kann den heutigen Staat von dem künftigen Staat scharf abgrenzen? Der **heutige Staat wächst in den Zukunftsstaat hinein**, gerade wie der Zukunftsstaat schon in dem heutigen Staat drinsteckt. Es geht nicht wie beim Fall des Sozialistengesetzes, nachts 12 Uhr hört der alte Staat auf und fängt der neue an. Dieser kindischen Auffassung, der unsere Gegner huldigen, indem sie fürchten, wir wollten tabula rasa machen — als ob das möglich wäre! — dürfen wir uns nicht schuldig machen; und wir täten es, wenn wir eine bestimmte Grenze zwischen dem heutigen und dem sogenannten Zukunftsstaat ziehen wollten. Da fällt mir ein: In den Zeitungen war wieder von „Teileren“ die Rede. Kein anderer als Herr Eugen Richter hat uns wieder das Teilgespenst vorgeführt. Nun, die Herren, die mit solchen Mitteln arbeiten, beweisen dadurch bloß, daß sie das ABC des Sozialismus und auch die Nationalökonomie nicht kennen. Ueber derartige Spässe geht man hinweg und überläßt die Leute, die solche Dummheiten machen, ihrem Schicksal, der **Lächerlichkeit**. Aber wenn man sich auch mit solchen Kindereien nicht befassen kann: Die Partei hat jetzt in **Wahrheit** den **geistigen Kampf** zu kämpfen, von dem jetzt so viel die Rede ist, und für uns ist er **ernst**,

während er für unsere Feinde bloße Spiegelfechterei ist. Indem die Partei in die Diskussion des Programms eintritt, tritt sie zu gleicher Zeit in die Diskussion der Parteigrundsätze im weitesten Umfang. Noblesse obligé! Mit der Kraft wächst die Pflicht. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes, das Wachstum unserer Partei legt uns Pflichten auf. Unsere erste Pflicht ist, Wissen in die Massen zu bringen. Im Wissen liegt Macht. Hätten die deutschen Arbeiter nicht durch die Sozialdemokratie, d. h. durch die einzige Partei, welche die Erziehung der Massen sich zur Aufgabe gemacht hat, eine große Summe von Wissen und Kenntnissen übernommen, glauben Sie daß wir den Kampf gegen das Sozialistengesetz ausgehalten und unsere Gegner noch geistig überwunden hätten? Nun wohlan! Zwölf Jahre hat der Kampf unsere ganzen Kräfte in Anspruch genommen. Für die Theorie hatten wir keine Zeit. Jetzt kommt wieder die Zeit des Studiums, der Belehrung, und gerade die Neugestaltung des Programms gibt uns die beste Gelegenheit und ist ein mächtiger Sporn, diese Mission der Aufklärung in weitester Ausdehnung zu erfüllen.

Und nun bitte ich Sie bloß noch, setzen Sie alles daran, daß die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, im vollsten Maße erfüllt wird. Das neue Programm muß stehen auf der Höhe der Wissenschaft, es muß atmen den Geist der Partei, die da weiß, daß sie nicht willkürlich und durch Zufall das geworden ist, was sie ist, und daß wir nicht ein Haufe von verbissenen Unzufriedenen sind, die nicht wissen, was sie wollen — wie unsere Gegner behaupten. Nein, wir sind Sozialdemokraten aus Überzeugung und aus Notwendigkeit. Die Notwendigkeit zwingt das auf Besserung seiner Lage bedachte, nach seiner Befreiung ringende Volk, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Die ganze gesellschaftliche und staatliche Entwicklung, aus der wir hervorgegangen, ist eine Notwendigkeit. Diese Notwendigkeit, die unsere Gegner mit keinen Kanonen, mit keinen Polizeiwaffen aus der Welt schaffen können, besteht, und kraft ihrer bestehen wir. Die Sozialdemokratie ist eine geschichtliche Notwendigkeit, und unser Sieg ist eine Notwendigkeit. Nicht die blöde Notwendigkeit des griechischen Fatums, das mit dem Menschen spielt, wie die Katze mit der Maus, sondern die Notwendigkeit des organischen Entwicklungsprozesses, in welchem der Mensch als höchst entwickelter Organismus die entscheidende, bestimmende Arbeit verrichtet. Irgend ein übel beraterer Literat hat jüngst gesagt, die Marx'sche Lehre schließe die Gefahr in sich, den Glauben zu erzeugen, wir hätten mit verschränkten Armen dazustehen und, während der Entwicklungsprozeß sich von selbst vollziehe, es ruhig abzuwarten, bis die Suppe der Sozialdemokratie gekocht sei. Der Mann, der das geschrieben hat, hat keine Zeile von Marx gelesen oder verstanden. Marx gerade hat es scharf ausgesprochen, daß der Mensch selbst mitbestimmender, nein, bestimmender Faktor ist, daß er aber nicht willkürlich die Entwicklungsgesetze verändern und deren Wirkungen aufheben kann. Und wäre diese Lehre nicht richtig, nimmer wäre es uns möglich gewesen, unsere Gegner zu besiegen. Unsere Gegner verfügen über alle menschlichen Machtmittel: Geld, Polizei, Soldaten — aber sie haben uns nichts anhaben können, weil die organischen Entwicklungsgesetze, die für uns wirken, sich nicht ändern, nicht fälschen, nicht in ihr Gegenteil verkehren lassen. Die Machtfülle eines Bismarck war Ohnmacht im Kampfe mit uns. Gestützt auf unser gutes Recht und in voller Erkenntnis der Tatsachen, im klaren Bewußtsein unserer Stärke und der gegenseitigen Machtverhältnisse haben wir gekämpft und gesiegt — nicht, indem wir die Arme verschränkten, sondern tatkräftig eingriffen, jeder einzelne mit äußerster Anspannung seiner Kraft — und so wollen wir fortfahren.

Das alte Programm hat sich überlebt, schaffen wir ein neues. Dieses wird wiederum alt werden, denn schaffen wir abermals ein neues. Was wir nicht tun, tun unsere

Kinder. Man hat von „Jungen“ und „Allen“ gesprochen. Dummes Zeug! Wer das Wort erfunden, kennt das Wesen der Sozialdemokratie nicht. Unsere Partei ist nicht Partei der Jugend, (die Partei des jungen Riesen: Proletariat, der die Menschheit betreiben wird.) Die meisten von uns sind glücklicherweise jung, andere sind alt an Jahren, aber als Sozialdemokraten sind wir alle jung. Gewiß, wie ich am 1. Oktober in Berlin sagte: Wir haben eine junge und eine alte Garde, und beide müssen miteinander wetteifern, wie die junge und alte Garde der französischen Armee. Sie müssen einander anspornen und vorantreiben im großen Emanzipationskampf, damit das Programm der Partei möglichst gründlich und möglichst bald verwirklicht werde, das meiste dazu beitragen, daß unsere Ziele erreicht werden, das sei eines jeden Ehrgeiz! Mit diesen Worten komme ich zum Schluß. Nehmen Sie unsere Resolution womöglich einstimmig an und tun Sie, was Sie können, daß das Programm zur Verwirklichung und die Partei zum Siege gelange!

Nachdem ein Antrag Berndt, die Beratung über das Parteiprogramm sofort vorzunehmen, zurückgezogen ist, wird die Resolution des Genossen Liebknecht einstimmig angenommen.

Es ist ein Antrag eingegangen, die Liebknecht'sche Rede in 100 000 Exemplaren drucken zu lassen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Liebknecht'sche Rede tunlichst ausführlich im Protokoll erscheinen wird. Die Presse kann dann diese Rede abdrucken, wodurch eine viel größere Verbreitung gesichert ist, als durch jenen Vorschlag.

Singer beantragt, daß alle in Bezug auf das Parteiprogramm eingegangenen Anträge dem Parteivorstande als Material mitgegeben werden.

Dieser Antrag wird angenommen.

Friedrich Engels:

## Der Entwurf des neuen Parteiprogramms

I.

Sechzehn Jahre sind seit der Annahme des Gothaer Programms verflossen: Eine kurze Spanne im Völkerleben, und doch haben sie genügt, eine tiefgehende Aenderung in unserer Partei hervorzurufen. Die gegnerische Presse hat recht, wenn sie bei Vergleichung des Gothaer Programms mit dem jetzigen Programmentwurf findet, unsere Partei sei heute eine andere, als sie vor sechzehn Jahren gewesen. Nur passiert ihr das Malheur, daß sie Aenderungen sieht, die nicht vorgegangen, und daß sie blind ist für die wirklichen Aenderungen.

Der Charakter unserer Bewegung, ihr Ziel, ihre Taktik sind heute noch die gleichen, wie sie vor sechzehn Jahren gewesen. Wir sind weder „radikaler“ noch „gemäßigter“ geworden. Was sich bis zu einem gewissen Grade geändert hat, ist nicht unser Tun, sondern unser Denken, unsere Einsicht. Die Klarheit und Einheitlichkeit in unserer Partei ist entschieden gewachsen.

Wohl stand die Partei 1875 theoretisch bereits auf demselben Standpunkt, auf dem sie heute steht, aber ein Blick auf das Gothaer Programm, das als der entsprechende Ausdruck der zur Zeit seiner Annahme in den Kreisen der deutschen Sozialdemokraten herrschenden Anschauungen gelten kann, zeigt, wie unsicher sie auf ihm stand, wie leicht es ihr passierte, in das eben verlassene Gebiet der primitiven so-



zialistischen Richtungen wieder hineinzulappen. Die Zahl derjenigen Genossen, die sich völlig von den alten Traditionen emanzipiert hatten und die es verstanden, alle Konsequenzen des wissenschaftlichen Sozialismus zu ziehen, war relativ gering — das gilt nicht nur von den Lassalleanern, sondern, seien wir gerecht, auch von den Eisenachern.

Schreiber dieses darf sich darüber um so freimütiger äußern, als er sich damit zum Teil selbst kritisiert: Er hat denselben Entwicklungsgang durchzumachen gehabt, wie die Mehrheit der Partei.

Dieser Entwicklungsgang ist allerdings nicht auf Deutschland beschränkt gewesen. Der wissenschaftliche Sozialismus ist während des Zeitraumes, den wir hier im Auge haben, zum Leitstern der Arbeiterbewegung aller Länder geworden; aber nirgends so offenkundig und entschieden wie in Deutschland, nirgends ist er so sehr dem Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen wie bei uns. Wenn auf der einen Seite dafür besonders günstige Bedingungen dadurch vorhanden waren, daß Deutschland eine wissenschaftliche sozialistische Literatur von einer Bedeutung und einem Umfang besitzt, wie sie kein anderes Land auch nur annähernd aufzuweisen hat, so ist andererseits zu bedenken, daß die in Rede stehende geistige Umwandlung unter dem Druck des Sozialistengesetzes vor sich ging, das alle Kräfte der Partei auf den Kampf gegen die Polizei konzentrierte und zu theoretischen Studien anscheinend weder Gelegenheit noch Interesse ließ. Und doch hat unsere Partei in dieser schweren Zeit, mitten im heißesten Kampfgewühl, eilig und gründlich gelernt, und es gibt in der Geschichte wenige Momente, die erhebender wären als der, da unmittelbar nach dem Fall des Ausnahmegesetzes die seit zwölf Jahren gehetzten und mißhandelten Genossen sofort die Forderung auf Schaffung eines neuen Programms erhoben, das ihrer erweiterten Einsicht besser entspräche als das, welches ihnen bis zum Ausnahmegesetz genügt hatte.

Einer der wichtigsten und erfreulichsten Unterschiede zwischen der heutigen und der vorsozialistengesetzlichen Denkart der großen Masse der Parteigenossen liegt in dem gänzlichen Verlöschen der Utopisterei, des Spintisierens über den Zukunftsstaat. Nicht nur im neuen Programmentwurf findet sich keine Spur mehr davon, auch in unserer Parteipresse wird man heute vergeblich mehr nach solchen suchen. Dagegen weist nicht bloß das Gothaer Programm Spuren von Utopisterei auf, sie finden sich noch viel stärker in manchen sozialistischen Presseerzeugnissen jener Zeit, nicht bloß in einzelnen Broschüren und Privatunternehmungen, wie z. B. der „Neuen Gesellschaft“ des Dr. Wiede, sondern auch in der „Zukunft“, die in ihrem Programmartikel, Oktober 1877, ausdrücklich erklärte: „Es gilt demnach, diejenigen Einwürfe abzuweisen, welche die Durchführbarkeit unserer Absichten, die Möglichkeit unseres Gesellschaftsideals betreffen . . . Die Aufgabe, die uns infolgedessen zufallen wird, den sozialistischen Staat in seinen verschiedenen Phasen im Umriss zu skizzieren und die Uebergangsstadien anzudeuten, welche zu ihm hinführen, ist unzweifelhaft die wichtigste der Sozialistik.“ (S. 4.)

Diese Auffassung war und ist der notwendige Standpunkt eines jeden Sozialisten, der die Anschauung entweder nicht akzeptiert oder nicht konsequent durchdenkt, daß unsere Ziele nicht das Produkt willkürlicher Wünsche sind, sondern mit Notwendigkeit durch die Entwicklung der modernen Produktionsweise gegeben werden, und daß den Hebel zu ihrer Durchführung der Klassenkampf des Proletariats mit der Bourgeoisie bildet, der ganz unabhängig ist davon, ob „man“ unsere Absichten für durchführbar hält oder nicht.

So lange diese Grundsätze nicht voll anerkannt und begriffen waren, mußte die sozialistische Bewegung eine mehr oder weniger utopistische bleiben, auch lange nachdem sie das erste Stadium des klassischen Utopismus überwunden und sich zu einer politischen Bewegung entwickelt hatte.

Wir wollen hier näher darauf eingehen. Dadurch dürfte am besten der große Fortschritt verständlich werden, den der Entwurf des neuen Programms darstellt, und damit erledigen sich auch von selbst die meisten Einwände, die gegen diesen Entwurf erhoben werden.

So alt wie die Mißstände, welche die kapitalistische Produktionsweise mit sich brachte, sind auch die Versuche, ihnen abzuhelfen. Es dauerte lange, ehe man die Ursachen dieser Mißstände in den herrschenden ökonomischen Verhältnissen entdeckte. Sobald man aber einmal zu der nötigen ökonomischen Erkenntnis gelangt war, hatte man keine andere Wahl, als entweder das Elend des Proletariats für eine ewige Notwendigkeit zu erklären oder die bestehende Gesellschaft selbst in Frage zu stellen. Nur wenige der Forscher, die sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen, hatten die Kühnheit und Selbstlosigkeit, letztere Alternative zu wählen. Je größer die ökonomische Einsicht dieser Forscher, desto schärfer mußten sie im Privateigentum an Produktionsmitteln den letzten Grund des Elends der enteigneten Volksmassen der kapitalistischen Gesellschaft erkennen, desto entschiedener mußten sie darauf dringen, daß an Stelle dieses Privateigentums sein Gegenteil, das Gemeineigentum, der Kommunismus, trete.

Dieser Denkprozeß ging bei den ersten Kommunisten nicht immer bewußt vor sich. Er war verschleiert durch die moralisierenden, juristenden Denklormen ihrer Zeit. Die Grundlagen ihrer Systeme ruhten anscheinend in den Wolken, waren indes tatsächlich höchst realer Natur.

Indes, so groß auch die ökonomische Einsicht mancher sozialistischer Forscher war, keiner von ihnen ist vor Marx über die bürgerliche Oekonomie seiner Zeit hinausgekommen. Dieser ist es aber bloß gelungen, wenn man so sagen darf, die **Bewegungsgesetze**, nicht aber die **Entwicklungsgesetze** der kapitalistischen Warenproduktion zu entdecken. Die Gesellschaft war in ihren Augen nicht ein Organismus, der sich entwickelt, sondern eine Maschine, die, einmal in Bewegung, immer in derselben Weise fortspinnelt. Eine neue Gesellschaft konnte von diesem Standpunkt aus nur dann an Stelle der alten treten, wenn man zuvor den neuen Mechanismus im Kopie fertig konstruiert hatte, wie man auch eine neue Maschine nur unter dieser Voraussetzung bauen kann. Zur Zeit der ersten großen Utopisten war auch die kapitalistische Produktionsweise viel zu wenig entwickelt, als daß man hätte klar machen können, wie sie ihre eigene „Negation“ schafft, wie die Elemente der neuen Gesellschaft aus der alten erwachsen.

Das Konstruieren der neuen Gesellschaft war aber um so notwendiger, als die Utopisten um 1800 herum keine Interessen fanden, an die sie appellieren konnten. Das Proletariat besaß weder Selbstbewußtsein noch Kraft; die ganzen niederen Volksklassen erschienen als eine stumpfe Masse, die unfähig war, ihre eigenen Interessen zu wahren. Nur die Gebildeten, die höheren Stände, waren imstande, die neuen Ideen zu begreifen und zu ihrer Realisierung beizutragen. Bei ihnen konnte man aber nicht an das Interesse appellieren, sondern nur an ihr **Mitgefühl** und ihre **Vernunft**. Man mußte nachweisen, daß die angestrebte neue Gesellschaft für alle Beteiligten besser als die bestehende und vor allem, daß sie möglich sei. Wir haben gesehen, daß die „Zukunft“ dies noch 1877 als die Hauptaufgabe der „Sozialistik“ bezeichnete.

Um das darzulegen, mußte jeder mögliche Einwand von vornherein widerlegt, mußte das Bild der Zukunftsgesellschaft bis ins Detail ausgemalt werden, um ja keinen Zweifel offen zu lassen. Die klassischen Utopisten haben ebenso viel Scharfsinn wie Phantasie dabei entwickelt — natürlich umsonst, denn selbst dem philanthropischen Bourgeois ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach.

Die Masse der Bourgeois stand aber dem Kommunismus von vornherein feindlich gegenüber; ihr Klasseninstinkt war früher erwacht, als der der Proletarier, und ihre Gegnerschaft gegen den Kommunismus wurde immer erbitterter, je mehr Anhänger dieser gewann. Der Kommunist wurde in bürgerlichen Kreisen verfehmt und die Zahl der bürgerlichen Ideologen, die dem Kommunismus anhängen, wurde immer geringer. Immer mehr traten die Arbeiter unter den Kommunisten in den Vordergrund. Aber damit wurde die Bewegung noch kein proletarischer Klassenkampf, denn es war nur eine winzige Elite von Arbeitern, die sich daran beteiligte.

Gleichzeitig mit dieser Umwandlung ging eine andere vor sich. Das politische Leben, das in den ersten zwei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts völlig eingeschlummert war, begann nach und nach zu erwachen. Das äußerte seine Rückwirkung auf den Sozialismus. Auch dieser wurde eine politische Bewegung; aber er hörte damit noch nicht auf, utopisch zu sein.

Nicht mehr der philanthropische Bourgeois sollte der Hebel werden zur Verwirklichung der neuen Gesellschaft, sondern der Staat, das Volk, die Insurrektion.

Der Staat, sagte man, fußend auf den juristischen und philosophischen Definitionen desselben, ist der Vertreter der Interessen der Gesamtheit gegenüber den Einzelinteressen. Er steht über den Parteien, über den Klassen. Sein Zweck ist der, „durch seine Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen konnten“. Der Sozialismus ist demnach im Grunde genommen der eigentliche Staatszweck, und sobald der Staat diesen seinen wahren Beruf erkannt hat, ist die Durchführung des Sozialismus gesichert. Die Aufgabe der Sozialisten besteht also darin, den Staat zur Erkenntnis seines wahren Berufs zu bringen.

Indes zweifelte denn doch die Mehrzahl der Sozialisten daran, daß diese Erkenntnis allein genüge; sie hielten es für notwendig, dem Staat bei seinem Weg vom Polizeistaat zum „wahren“ Staat ein wenig nachzuhelfen. Die einen sahen die Macht, die den Staat zum Sozialismus vorwärtsschieben sollte, im Volk. Wo das Volk maßgebend ist, dachte man, müsse die Einführung des Sozialismus ein leichtes sein, denn die Masse des Volkes besteht aus armen Teufeln mit geringem Einkommen; die Wohlhabenden und Reichen bilden nur einen verschwindenden Bruchteil des Volks. Man brauchte also bloß Einrichtungen herbeizuführen, die das Volk zum Gesetzgeber machten, und die Sache des Sozialismus war gewonnen. Daher der Kultus des allgemeinen Wahlrechts. Wenn dies nicht die gehofften Ergebnisse brachte, so waren natürlich nicht die Wähler daran schuld, sondern die Gewählten, die das Volk betrogen. Darum erschien vielen das allgemeine Wahlrecht ungenügend, dagegen die direkte Gesetzgebung durch das Volk ohne weiteres sicheren Sieg verheißend.

Aber gar mancher, namentlich unter den Arbeitern, die mitten im Volk leben und arbeiten, empfand nur zu bitter, wie wenig Verständnis der Sozialismus gefunden habe. Wenn die sozialistischen Demokraten, wie man die eben erwähnte Richtung wohl nennen kann, der Ansicht waren, das Volk sei überall sofort für den Sozialismus zu gewinnen, das Volk wisse immer das Richtige zu finden, so verzweifelten diese

anderen vielmehr am Volk. Das Volk erschien ihnen als eine indifferente, stupide Masse von Herdentieren, die eines Treibers bedürfte, um sich in einer bestimmten Richtung zu bewegen. Es bedürfte der revolutionären Diktatur einiger kühner, weitblickender Männer, um zum Sozialismus zu gelangen. Das Volk könne dabei nicht viel anderes tun, als helfen, das bestehende Regime über den Haufen zu werfen und so Platz zu schaffen für die wenigen Auserwählten, die wüßten, was sie wollten. Je schlechter es dem Volk gehe, je verzweifelter es sei, um so besser; um so geneigter sei es, das Bestehende umzustürzen.

Die eben gezeichneten verschiedenen Anschauungen waren keineswegs scharf voneinander getrennt; sie kombinierten sich mitunter in der sonderbarsten Weise in den Köpfen. Zwei von ihnen haben, einseitig entwickelt, zu besonderen Richtungen geführt, die heute noch existieren: Die Staatssozialisten und die terroristischen Anarchisten. Jede von ihnen enthielt ein Körnchen Wahrheit und war bis zu einem gewissen Grade in den Verhältnissen begründet.

Hinter dem mystischen Staatsbegriff, von dem die Juristen nur Gutes zu sagen wußten, steckte etwas ganz Reales, eben jene Klasse, die sich aus den Juristen rekrutierte, die Bürokratie. Namentlich auf dem europäischen Festlande stieß man immer wieder auf die Bürokratie, wenn man den Staat greifen wollte. Die Ausübung der öffentlichen Gewalt war zur Aufgabe einer eigenen Klasse geworden, die mit ihrem Oberhaupt, dem Souverän, anscheinend unabhängig war von den übrigen Klassen und über ihnen stand; die sich mit dem Staat identifiziert und alle, auch die vornehmsten Klassen, ihm dienstbar und tributpflichtig machen wollte.

Minister und selbst Könige gingen, Throne wurden umgestürzt, die Bürokratie aber blieb; sie war dieselbe unter einer konservativen Regierung wie unter einer liberalen, in der Republik wie in der Monarchie. Sie war anscheinend an kein Partei- und Klasseninteresse gebunden. Diese Züge waren es wohl, welche den Juristen bei der Entwerfung ihres Staatsbegriffs vorschwebten.

Aber in Wirklichkeit ist die öffentliche Gewalt selbst im absolutistischen Staat nie über den Klassen gestanden; der Umstand, daß ihre Ausübung zur Funktion einer besonderen Klasse geworden ist, hat bloß die Zahl der herrschenden Klassen um eins vermehrt. Aber nur unter besonderen Umständen, die nie lange gedauert haben, wenn nämlich die anderen herrschenden Klassen, z. B. Adel, Klerus, Bourgeois sich so ziemlich die Wage hielten, vermochte die öffentliche Gewalt sich unabhängig von ihnen zu machen und ihre eigenen Interessen, sowie die Gesamtinteressen der gesamten höheren Klassen geltend zu machen gegenüber den Sonderinteressen der einzelnen unter ihnen. Es wäre aber der öffentlichen Gewalt, und wenn sie noch so selbständig war, nie möglich gewesen, noch hätte es ihr je einfallen können, ihre Stellung dazu zu benutzen, die Axt an die Klassenunterschiede selbst zu legen, oder auch nur das Gesamtinteresse der höheren Klassen in irgendeiner Weise empfindlich zu verletzen. Sie hätte damit den Ast abgesägt, auf dem sie selbst saß.

Nicht viel besser als mit dem „Staat“ steht es mit dem „Volk“. Das „Volk“, das war ursprünglich die große Masse der Bevölkerung im Gegensatz zur Regierung und zu den privilegierten Ständen, Adel und Klerus. Das Volk war der dritte Stand vor der großen Revolution, ein Konglomerat der verschiedensten Klassen, von Kapitalisten, Mitgliedern der „liberalen“ Berufe, Bauern, Kleinbürgern, Proletariern und Lumpenproletariern. Deren Interessen waren die verschiedenartigsten, die gegensätzlichsten, aber diese Gegensätze konnten sich nicht voll entfalten und den verschiedenen Volksschichten zum Bewußtsein kommen, so lange der Absolutismus jede selbständige Le-

bonsäußerung einer Klasse oder Partei erstickte. Dagegen hatten sie alle ein großes gemeinsames Interesse. Sie alle, die vom Hofe des Monarchen ausgeschlossen waren, denen es unmöglich war, gleich dem Adel und der höheren Geistlichkeit, durch direkte Einwirkung auf die Träger der Staatsverwaltung ihre Interessen zu wahren, sie alle mußten nach politischen Rechten verlangen, um mit deren Hilfe die Staatsgewalt sich dienstbar zu machen. Mußte nicht dann alles Leid ein Ende haben, sobald das geschehen? Konnten sie dann nicht alles durchsetzen, was ihnen frommte?

So dachten die Demokraten und übersahen, daß die Freiheit keine andere Folge haben konnte, als den Kitt zu lösen, der das Volk in der Knechtschaft zusammengehalten hatte; daß sofort nach dem Gewinn der Freiheit die verschiedenen Bestandteile des Volkes sich ihrer gegensätzlichen Interessen bewußt werden und den Kampf untereinander beginnen mußten; daß der Sieg der Demokratie, oder wenn man lieber will, des Liberalismus, nicht den Frieden bringen sollte, sondern den Krieg, den Klassenkrieg, nicht das Ende des politischen Kampfes, sondern den eigentlichen Beginn desselben, daß der Sieg der Demokratie nicht der Sieg, sondern der Untergang des politischen Faktors „Volk“ war, das in seine Klassen zerfiel. Das feinst ausgeklügelte Wahlsystem, die kunstvollste Proportionalvertretung, die direkteste Gesetzgebung durch das Volk hätten daran nichts ändern können.

Noch einfacher als die sozialistischen Demokraten stellten sich die sozialistischen Verschwörer die Realisierung ihrer Ziele vor. Aber wie jene, so entnahmen auch diese ihre Auffassung der bürgerlichen Demokratie ihrer Zeit. Ihre Grundlage ist wohl in dem Umstand zu suchen, daß es dem zentralisierenden Absolutismus in den verschiedenen Staaten des europäischen Festlandes gelungen war, das ganze Staatsleben von sich abhängig zu machen. In der Hauptstadt liefen alle Fäden der Staatsverwaltung zusammen, von dort aus dirigierte die Regierung das ganze Land, das willenlos gehorchte. Das war höchst bequem, aber bequem nicht nur für den jeweiligen Inhaber des Staates, sondern auch für denjenigen, der an seine Stelle zu treten strebte. Der brauchte nicht den ganzen Staat umzustürzen, sondern bloß eine einzelne Person zu beseitigen, wie das in Rußland so oft praktiziert worden ist, wo dies System seine höchste Vollendung erreicht hat. Aber auch, wo es weniger vollkommen dastand, selbst wo es mit einem Stückchen Konstitutionalismus verbrämt war, konnte unter Umständen eine Revolution leichter durchgeführt werden als in einem Staat, in dem die ganze Nation am politischen Leben sich beteiligt. Der Herr der Hauptstadt war Herr der Regierung; die Hauptstädte besaßen aber stets ein zahlreiches Proletariat und waren auch sonst der Sammelpunkt aller Unzufriedenen, die nichts oder nicht viel zu verlieren, aber manches zu gewinnen hatten. Eine jede Insurrektion, der es gelang, sich einige Stunden zu behaupten, konnte auf Sukkurs aus diesen Kreisen rechnen. Waffen, die denen des Militärs ziemlich ebenbürtig waren, konnte man sich leicht verschaffen. Da erschien es nicht unmöglich, durch einen kühnen Handstreich die Regierung an sich zu reißen: Waren es Kommunisten, denen er gelang, dann konnten sie, wenn sie energisch und über ihre Ziele klar waren, sofort die Staatsmacht zur Durchführung des Kommunismus verwenden.

So schön dieser Gedankengang ist, er hat ein Häkchen: Die Menschen sind nie, selbst nicht in der Zeit des krassesten Absolutismus, solche Herdentiere gewesen, wie unsere Revolutionsmacher voraussetzten. Sie sind keine Schafe und lassen sich weder willkürlich treiben, wohin man will, noch folgen sie blindlings dem ersten besten Leithammel, der ihnen voranläuft. Am allerwenigsten in Revolutionszeiten. Große, gelungene Volkserhebungen sind nie das Werk einiger gewesen, sondern stets das Ergebnis tiefgehender Kämpfe ganzer Klassen. War die Erhebung einmal im Gang,

dann allerdings konnten einzelne zielbewußte Organisationen die unorganisierte Masse bestimmen und leiten, aber nur, soweit sie in derselben Richtung getrieben werde. Nicht die Klubs bestimmten die Richtung der Bewegung, sondern diejenige Klasse, die in der Masse dominierte. Diese Klasse war aber in den revolutionären Zentren bis 1848 das Kleinbürgertum, das jede Bewegung sofort verriet, die nur im mindesten sozialistisch aussah.

Wie verschieden auch die hier gezeichneten Anschauungen waren und wie mannigfaltig die Kombinationen, in denen sie sich verbanden, in einem stimmten die Sozialisten, die diesen Anschauungen huldigten, alle überein: Gleich den klassischen, philanthropischen Utopisten betrachteten auch sie den Sozialismus nicht als notwendiges Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern als ein bloßes Produkt der Ideenwelt; als einen gesellschaftlichen Mechanismus, der, einmal im Kopfe konstruiert, jederzeit und überall aufgebaut werden konnte, wo die nötigen Mittel dazu vorhanden waren. Von den philanthropischen Utopisten unterschieden sich diese Sozialisten nur dadurch, daß sie die Herbeischaffung dieser Mittel nicht von dem Wohlwollen einiger Bourgeois, sondern von politischen Faktoren erwarteten. Sie mußten also ebenso wie die philanthropischen Sozialisten den Zukunftsstaat von vornherein ausmalen und seine Möglichkeit durch das Eingehen in alle möglichen Details nachweisen. Ja, in manchen Punkten war ihre Position noch schwieriger als die der alten Utopisten, denn diese hatten sich nur an eine Elite gewandt, die neue Gesellschaft sollte anfangs nur im Kreise von einigen Wenigen ins Leben gerufen und erst, wenn dort durch Experimente vervollkommenet, immer weiter ausgedehnt werden.

Der Weg des Experimentes an einer Elite von Sozialisten war den politischen Utopisten verschlossen. Sie mußten aber einsehen, daß die ganze bestehende Gesellschaft nicht über Nacht in eine kommunistische verwandelt werden kann. Eine ihrer Hauptaufgaben sahen sie demnach darin, Mittel des **Uebergangs** von der alten in die neue Gesellschaft auszuklügeln. Auch dabei wurden sie zur Detailmalerie getrieben, um nur ja wohl vorbereitet und gegen jede Eventualität gerüstet zu sein. Noch vor nicht allzu langer Zeit wurde in manchen Parteikreisen lebhaft darüber disputiert, was wohl „am Morgen nach der Revolution“ zu geschehen habe.

Die Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse seit 1848 hat dem politischen Utopismus nach und nach jeden Boden unter den Füßen entzogen. Das Vertrauen auf den Staat hat gänzlich Schiffsbruch gelitten. Nach der Juniinsurrektion wollten die französischen Arbeiter in ihrer Mehrheit vom Staat nichts mehr wissen; sie wandten sich zum großen Teil von dem Staatssozialismus Louis Blancs ab und dem proudhonistischen Anarchismus zu. Ein ähnlicher Umschwung von einem Extrem ins andere vollzog sich ein Menschenalter später in Oesterreich, vom Lassalleanismus zum Bakunismus. Der Staatssozialismus ist überall zu einer leeren Phrase reaktionärer Demagogen herabgesunken.

In den meisten modernen Staaten herrscht jetzt das **allgemeine** oder mindestens, wie in England, ein demselben nahekommendes **Wahlrecht**. Die soziale Umgestaltung, die manche der politischen Utopisten von ihm erwarteten, hat es nicht gebracht. Ebenso wenig die direkte Gesetzgebung durch das Volk, die in der Schweiz mehrfach zur Durchführung gelangt ist. Ebenso wenig — ja, man könnte fast sagen, noch weniger. In der Schweiz haben sich die Repräsentativversammlungen mehrfach fortschrittlicher und arbeiterfreundlicher gezeigt als das „Volk“. Die direkte Gesetzgebung durchs Volk hat sich bisher nicht als eine revolutionäre, sondern als eine konservative Institution erwiesen.

Das Schweizer Fabrikgesetz war im März 1877 vom Nationalrat mit der ungeheuren Mehrheit von 90 gegen 15 Stimmen angenommen worden. Bei der Volksabstimmung gelangte es nur mit knapper Not zur Annahme. Die nächste Errungenschaft der direkten Gesetzgebung durchs Volk war die Wiederzulassung der Todesstrafe in den Kantonen, nachdem sie die Bundesverfassung für die ganze Schweiz abgeschafft hatte. Am 18. Mai 1878 erklärten sich 200 026 Schweizer für und nur 180 810 gegen die Todesstrafe.

Nach 1869 sprach Rittinghausen emphatisch den Satz aus, „daß die sozialdemokratische Republik in der Abschaffung des Repräsentativsystems und in der Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk besteht.“ Und stolz fügte er hinzu: „Die Ehre, diese Wahrheit zuerst und unaufhörlich verkündet zu haben, darf ich ohne Anstand für mich in Anspruch nehmen.“ (Sozialdemokratische Abhandlungen, II., S. 29.)

Heute bedarf diese „Wahrheit“ kaum noch der Widerlegung. Die Tatsachen haben sie ad absurdum geführt.

Ebenso ist es den Revolutionsmachern gegangen. Die politische und ökonomische Entwicklung wirkt in allen modernen Staaten dahin, den Hauptstädten das Monopol auf politisches Leben und politischen Einfluß, das sie gehabt, zu nehmen, das politische Leben zu einem wahrhaft nationalen, die ganze Nation umfassenden, zu gestalten. Damit ist eine jede revolutionäre Bewegung von vornherein zum Mißlingen verurteilt, die nicht das Gebiet der ganzen Nation in ihr Bereich zieht. Wie sehr dies selbst für Frankreich, den zentralisiertesten der modernen Staaten, gilt, hat sich schon 1870 und 1871 gezeigt. Erwies sich zuerst Frankreich lählig, ohne Verbindung mit seinem Kopf, mit Paris, einen ungeheuren Krieg zu führen — und es führte ihn, so gut die verzweifelter Verhältnisse es erlaubten — so erwies sich später, daß der Kopf die Leitung über den Rumpf verloren habe. Die Revolution in Paris bedeutete nicht mehr die Revolution in Frankreich. Und die Revolution in Paris hatte den äußerlich so günstigen Umstand für sich, der sich so bald nicht wiederholen dürfte, daß ihr anfangs keine übermächtige geschlossene Armee gegenüberstand, indes sie selbst über ausreichende Waffen verfügte.

Ohne diesen Umstand wäre die Erhebung der Kommune wahrscheinlich überhaupt nicht möglich geworden. Einer modernen Armee gegenüber ist eine Volksmasse mit zusammengeriffen Waffen einfach wehrlos. Alle Aussichten, durch eine lokale Erhebung ein revolutionäres Zentrum zu erobern und von demselben aus dem Lande die Revolution aufzuzwingen, sind damit noch gegenstandsloser geworden als sie früher waren.

Woher soll aber dann „der Retter kommen diesem Lande?“

## II.

Bereits 1847 wurde im „Kommunistischen Manifest“ ein neuer sozialistischer Standpunkt geltend gemacht, der zwanzig Jahre später im „Kapital“ eine vollendete wissenschaftliche Grundlage erhielt. Darin wurden nicht bloß die Bewegungsgesetze der modernen Produktionsweise tiefer als es bis dahin geschehen, aufgedeckt, darin wurden auch zum ersten Male ihre Entwicklungsgesetze erkannt und dargelegt. Das „Kapital“ emanzipierte den Sozialismus von der bürgerlichen Ökonomie, deren Gelögsmann er bis dahin in wissenschaftlicher Beziehung gewesen; freilich ein Gelögsmann, der sich gegen seinen Lehensherrn empörte, dem aber andere Waffen nicht zu Gebote standen als die von diesem empfangenen. Das „Kapital“ machte den theoretischen Sozialismus zu einer eigenen Wissenschaft, die man vielleicht definieren kann

als die Lehre von den Entwicklungsgesetzen der modernen Gesellschaft. Die bürgerliche Ökonomie konnte dies Stadium ebenso wenig erreichen, als z. B. die christliche Theologie zu einer Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der Religion gelangen konnte. Die Ewigkeit der bürgerlichen Gesellschaft war ebenso notwendige Voraussetzung der einen, wie die ewige Gültigkeit der geoffenbarten Religion die der andern.

Wer zur Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der heutigen Gesellschaft gelangt, der sieht, daß sie ihre „Negation“, den Sozialismus, nicht bloß in der Idee schafft, sondern auch in der Wirklichkeit. Sie erzeugt mit Notwendigkeit nicht bloß sozialistische Tendenzen, sie erzeugt auch die Elemente einer neuen, diesen Tendenzen entsprechenden Gesellschaft. Sie macht ihre eigene Grundlage, das Privateigentum an Produktionsmitteln, nicht nur immer überflüssiger für den Fortgang der Produktion in einer stets steigenden Zahl von Produktionszweigen, wie schon ein Blick auf das Aktienwesen und die Staatsbetriebe zeigt, sie macht es sogar von einer gewissen Grenze an unvereinbar mit der Entfaltung der kolossalen Produktivkräfte, die sie schafft, Produktivkräfte, die mit Notwendigkeit des Betriebs durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft bedürfen. Die Sozialisten haben die Keime der neuen, notwendig gewordenen Produktionsformen nicht zu erfinden, sondern zu lindern durch Untersuchung der bestehenden Gesellschaft; sie brauchen, wenn sie die nötigen Machtmittel erlangt haben, die Elemente der neuen Gesellschaft nicht zu schaffen, sondern bloß sich ihrer zu bemächtigen.

Man hat dieser Lehre vorgeworfen, sie führe zum Fatalismus, man hat daher von „Gefahren des Marxismus“ gesprochen. Die wirkliche Gefahr des „Marxismus“ besteht darin, daß sich Leute „Marxisten“ nennen, die nicht wissen, was Marx gelehrt hat. Wenn es je eine Lehre gegeben hat, die mit dem Fatalismus unvereinbar war, so ist es die Marxsche; sie lehrt allerdings, daß die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung nicht willkürlich gesetzt werden könne, sondern mit Notwendigkeit gegeben sei, sie lehrt aber auch, daß die Triebkraft dieser Entwicklung der Kampf der Gegensätze ist, der Klassenkampf.

Die kapitalistische Produktionsweise produziert selbst diejenige Klasse, welche, die einzige in der heutigen Gesellschaft, keinerlei Interesse hat an der Erhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln; diejenige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt, das Proletariat. Die moderne Produktionsweise selbst ist es, welche diese Klasse immer zahlreicher macht, immer mehr in den Mittelpunkt des industriellen Lebens zentralisiert und organisiert; sie selbst ist es, welche einen ewigen Krieg zwischen dieser Klasse und ihren Ausbeutern, den Besitzern der Produktionsmittel, den Kapitalisten und Grundbesitzern, entzündet, einen Krieg, der das Proletariat immer mehr kräftigt, seine Intelligenz und Einsicht steigert, seine administrativen Talente entwickelt, seine Organisationen immer geschlossener macht; einen Krieg, in dem der schließliche Sieg des Proletariats unvermeidlich ist, sein Sieg im Staat und in der Gesellschaft.

Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Proletariat kann seine ökonomischen Kämpfe nicht kämpfen ohne politische Rechte; es stößt immer wieder auf die Staatsgewalt, wenn es den Ausbeuter bekämpft. Politische Rechte zu erringen und sie zu benutzen, die Staatsgewalt seinen Interessen dienstbar zu machen, ist eine unumgängliche Notwendigkeit für das Proletariat; es muß sich demnach als eine selbständige politische Partei organisieren, der die Aufgabe zulällt, seine Interessen im Staatsleben zu wahren, die sich das Endziel setzen muß, den Staat zu erobern, diesen kräftigsten und einzig ausreichenden Hebel, den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit zu bewirken.

Der Begriff „Staat“ bekommt nun eine andere Bedeutung. Es ist nicht mehr eine über den Klasseninteressen stehende Macht, weder der philanthropische Bourgeois noch der „wahre Staat“, von dem man die Realisierung des Sozialismus erwartet.

Der wissenschaftliche Sozialismus hat erkannt, daß der Staat nichts ist als ein Organ der Klassenherrschaft. „Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen“ (Kommunistisches Manifest). Der Ausdruck „Klassenstaat“ zur Kennzeichnung des wirklichen Staates erscheint uns daher unglücklich gewählt. Gibt es denn einen anderen Staat? Man weist mich auf den „Volksstaat“ hin. Darunter versteht man wohl den vom Proletariat eroberten Staat. Aber auch der wird ein „Klassenstaat“ sein. Das Proletariat wird die anderen Klassen beherrschen. Ein großer Unterschied zu den bisherigen Staaten wird allerdings vorhanden sein: Das Klasseninteresse des Proletariats verlangt die Aufhebung aller Klassenunterschiede. Das Proletariat kann seine Herrschaft nur dazu benutzen, die Grundlagen der Klassenscheidung, so rasch es die Verhältnisse erlauben, zu beseitigen, das heißt, das Proletariat wird den Staat erobern, nicht um ihn zu einem „wahren“ Staat zu machen, sondern um ihn aufzuheben; nicht um den „wahren“ Staatszweck zu erfüllen, sondern um den Staat zwecklos zu machen.<sup>8)</sup>

Lächerlich ist es, wenn manche unserer Gegner die Furcht hegen — oder zu hegen vorgeben — aus der politischen Herrschaft des Proletariats werde eine neue Klassenenteilung hervorgehen; die Arbeiter würden ihre Macht dazu benutzen, sich selbst zu Kapitalisten zu erheben und die Kapitalisten zu Proletariern zu machen. Diese Furcht hätte nur dann einige Berechtigung, wenn nicht die Arbeiterklasse, sondern einzelne wenige Arbeiter den Staat eroberten. Die Arbeiterklasse kann sich ebensowenig in eine Kapitalistenklasse verwandeln, als etwa die Arbeiter Krupps von der Arbeit dieses Herrn leben könnten.

Wie die staatssozialistische wird auch die vulgärdemokratische Phrase durch den wissenschaftlichen Sozialismus unmöglich gemacht. Das Proletariat, das ist etwas ganz anderes als das „Volk“, jenes Gemisch der verschiedenartigsten und gegensätzlichen Klassen. Der Begriff des Proletariats ist ein ganz bestimmter, er ist der Arbeiter einer historisch bestimmten Produktionsweise. Der Begriff des „Volks“ ist ein unbestimmter und höchst wechselnder; im Proletariat kann man bestimmte Charakterzüge, bestimmte Tendenzen herausfinden; vom „Volk“ im allgemeinen läßt sich gar nichts sagen als vage Gemeinplätze. Die Herrschaft des Proletariats ist gleichbedeutend mit dem Sieg des Sozialismus; die Herrschaft des Volks kann alles Mögliche bedeuten, unter Umständen auch die Herrschaft des Ultramontanismus oder des Antisemitismus; sie kann ebensogut die Reaktion bedeuten, wie die Revolution.

Darum haben wir unsere Stellung gegenüber den demokratischen Formen einzunehmen. Wenn wir sehen wollen, welchen Wert sie für die sozialistische Bewegung haben, so müssen wir in erster Linie untersuchen, welchen Wert sie für das Proletariat, nicht für das Volk haben. Alle übertriebenen Erwartungen, welche die sozialistischen Demokraten bezüglich der Wirkungen des allgemeinen Wahlrechts, der direkten Gesetzgebung durch das Volk usw. hegten, sind nun auf ihr richtiges Maß reduziert. Alle diese demokratischen Formen bedeuten eine Bewaffnung nicht bloß

<sup>8)</sup> Man hat die Diskussion, ob das sozialistische Gemeinwesen ein Staat sein werde oder nicht, einen müßigen Wortstreit genannt. Wäre das richtig, dann müßte man jeden Versuch, an Stelle unklarer bestimmte Begriffe zu setzen, für einen müßigen Wortstreit erklären. Man könnte z. B. auch den Streit darüber, ob ein Walffisch ein Fisch sei oder nicht, einen für die Naturerkenntnis belanglosen Wortstreit nennen. Das sozialistische Gemeinwesen der Zukunft wird ebensowenig ein Staat sein, als eine Gans, eine Markgenossenschaft, eine Familie ein Staat ist.

des Proletariats, sondern auch seiner Gegner. Sie bieten ihm wohl die Möglichkeit, einen Kampf auf Gebieten zu wagen, wo es ehemals wehrlos zu stillem Dulden gezwungen war, aber sie bieten ihm nicht ohne weiteres die Uebermacht und den Sieg.

Das Proletariat ist nicht nur nicht gleichbedeutend mit dem Volk, es bildet auch in allen Staaten — England vielleicht ausgenommen — nicht einmal die Mehrheit, in den meisten eine erhebliche Minderheit der Bevölkerung. Allerdings wächst es rasch an, aber nicht so rasch als es mancher erwartet. Nicht jeder Bauer und Kleinbürger, der zugrunde geht, wird ein arbeitender Proletarier. Viele versinken ins Lumpenproletariat, andere suchen ihre Existenz als Zwischenhändler und dergleichen zu fristen, wieder andere fallen solchen Volksschichten zu, die heute im ganzen und großen noch sich zur Bourgeoisie rechnen, Beamte usw.

Aber die Zahl der Mitglieder einer Klasse ist nicht der einzige Faktor, von dem ihre Macht abhängt. Ebenso wichtig, ja vielleicht noch wichtiger, ist ihre **Bedeutung für den Produktionsprozeß**. Darin überragt das Proletariat heute schon in allen vorgeschrittenen Ländern alle anderen Klassen zusammengenommen. Auch der **Opfermut**, die **Ausdauer**, die **Geschlossenheit**, die **Zielbewußtheit** einer Klasse sind Faktoren, die schwer ins Gewicht fallen. Jede dieser Eigenschaften ist heute schon im Proletariat stärker entwickelt als in den anderen Klassen, und der Klassenkampf stärkt sie immer mehr.

Der Einfluß des Proletariats wird ferner noch dadurch verstärkt, daß es gerade in den **Städten** zur Geltung kommt, und zwar um so mehr, je bedeutender die Städte. Die Städte beherrschen aber heute das politische Leben in ganz anderem Maße als das flache Land. Dem Einfluß der Stimmung in den großen Städten kann sich heute keine Regierung, kein Parlament auf die Dauer entziehen.

Ferner ist glücklicherweise das Wort von der „reaktionären Masse“, falsch. Wohl ist das Proletariat heute die einzige revolutionäre Klasse, aber daraus folgt noch lange nicht, daß die anderen Klassen ihm gegenüber eine kompakte Masse bilden. Wohl steht der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit heute im Vordergrund und drängt die anderen sozialen und politischen Gegensätze zurück. Aber diese sind noch stark genug, sich geltend zu machen, um so mehr, da die herrschenden Klassen immer unfähiger zu einer weitausschauenden Politik werden, immer unfähiger, ihre Augenblicksinteressen unterzuordnen. Selbst bei ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie geraten sie sich gegenseitig in die Haare, indem jede Klasse diesen Kampf als guten Vorwand benutzen möchte, dabei im Trüben zu fischen und Sondervorteile für sich zu ergattern, wie die Geschichte der „Sozialreform“ beweist.

Gegenüber diesem zerbröckelnden Konglomerat der verschiedensten Kliquen, die immer grundsatzloser und habgieriger werden, bildet das klassenbewußte Proletariat immer mehr das einzige stabile, unerschütterliche Moment in der Politik.

Endlich ist noch ein Umstand zu berücksichtigen: Die zwieschlächtige Natur des Kleinbürgers (und zum großen Teil auch Kleinbauern), auf die schon Marx aufmerksam gemacht. Durch seinen Besitz hängt der Kleinbürger mit der Klasse der Besitzenden zusammen; als solcher haßt und verachtet er den Proletarier. Steht er auch auf der untersten Sprosse der Leiter des Besitzes, so steht er doch auf dieser Leiter selbst und erwartet, immer höher zu steigen. Aber der Kapitalist ist sein Gegner, der ihn ausbeutet und durch seine Konkurrenz ruiniert. Diese Gegnerschaft bringt den Kleinbürger dem Proletariat näher. Je nach den Umständen fühlt er sich bald als Besizender, bald als Proletarier. Diese Doppelnatur macht ihn zum unzuverlässigsten

Element, das man sich denken kann. Dabei ist er aber ein sehr wichtiges Element, das schon oft eine politische Entscheidung herbeigeführt hat.

Wirft er sich in einem entscheidenden Moment auf die Seite des Proletariats, dann ist es sehr wohl möglich, daß er durch diese Bewegung das Staatsschiff zum Umkippen bringt.

Der Kleinbürger ist unzuverlässig, auch in der Revolution. Nur ein kräftiges, zielbewußtes Proletariat kann den Sieg des Sozialismus sichern. Aber das Kleinbürgertum kann unter Umständen manches Hindernis des kämpfenden Proletariats aus dem Wege räumen helfen.

Wie der staatssozialistischen und vulgärdemokratischen, hat der wissenschaftliche Sozialismus auch der revolutionären Phrase ein gründliches Ende bereitet. Wenn es das Proletariat ist, das sich selbst zu befreien hat, kann die Revolution nicht das Werk einer Schar von Verschworenen sein; und wenn die Triebkraft der sozialen Umwälzung der Klassenkampf ist, kann eine einzelne Katastrophe, wie gewaltig sie auch sei, immer nur ein einzelnes Glied in der großen Kette der Entwicklung von der alten zur neuen Gesellschaft bilden, auf keinen Fall das einzige Glied, auf das allein die ganze Aufmerksamkeit der Sozialisten zu konzentrieren wäre.

Die Konklusion auf diesem Gebiet wird ungemein befördert dadurch, daß man mit demselben Namen Revolution zwei verschiedene Dinge bezeichnet; einen Prozeß, der sich im ganzen und großen unmerklich vollziehen kann — die völlige Umgestaltung aller sozialen Verhältnisse — und eine sinnenfällige Katastrophe, welche dieser Prozeß herbeiführt, sobald die Unvereinbarkeit der veränderten sozialen Verhältnisse mit den überkommenen juristischen und politischen Formen, zu denen sie immer mehr in Widerspruch getreten, für die ausgebeuteten Klassen unerträglich geworden, so daß dieselben getrieben werden, einen Bruch mit diesen juristischen und politischen Formen zu erzwingen.

Wir sprechen hier von der Revolution in dem zweiten, im „gefährlichen“ Sinne.

Da weder der Klassenkampf im allgemeinen noch auch die einzelnen Formen, die er annimmt, sich willkürlich erzeugen lassen, sondern von Verhältnissen abhängen, die, wenn auch nicht gänzlich unberechenbar, so doch ziemlich unlenkbar sind, ist es natürlich unmöglich, eine Revolution zu machen.

Vom Standpunkt des Klassenkampfes erscheint aber nicht bloß die Revolutionsmacherei als unsinnig, sondern ebenso sehr jener damit eng verbundene Satz: „Es muß schlechter werden, ehe es besser wird; je größer das Elend, desto näher die Revolution.“

Dieser Satz, eine Uebersetzung des frommen Trostsprüchleins: „Wenn die Not am größten, ist Gott am nächsten“, ins „sozialrevolutionäre“, ist begründet auf einer Anschauung, welche Anarchisten und Harmoniedesler brüderlich miteinander teilen. Die einen wie die anderen behaupten, das Elend des Proletariats lindern, seine Lage heben, heißt dem Sozialismus den Boden abgraben.

Eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse könnte nur dann gleichbedeutend sein mit dem Verzicht auf die soziale Umwälzung, wenn sie zur Befriedigung der Arbeiterklasse, zu ihrer Versöhnung mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung führte. Wäre das möglich, dann spräche das gegen den Sozialismus und nicht gegen die Reform. Jener wurzelt gerade in der Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, dem Proletariat in der heutigen Gesellschaft eine befriedigende Stellung zu verschaffen.

Es ist richtig, daß die gegenwärtige Produktionsweise die Tendenz hat, das Elend der unteren Volksschichten — der untergehenden Mittelklassen wie des Proletariats — immer mehr zu steigern. Aber diese Produktionsweise erzeugt ebenso naturgemäß wie das Elend auch die Empörung gegen das Elend, die immer stärker und stärker anschwillt, der degradierenden Tendenz des Kapitalismus immer energischer Widerstand leistet, ja, die unter besonders günstigen Umständen dahin gelangt, die Bewegung der Lebenslage der Arbeiter aus einer absteigenden in eine aufsteigende zu verwandeln. Das hindert aber nicht, daß die Empörung gegen das Elend fort-dauert, ja, daß sie immer entschiedener zu einer Empörung des Proletariats gegen die bestehende Gesellschaftsordnung anwächst. Denn die Wurzel dieser Empörung liegt nicht im Elend selbst — nicht überall, wo Elend ist, ist auch die Empörung gegen das Elend; und es sind nicht die Elendesten unter den Elenden, bei denen die Empörung beginnt — ihre Wurzeln liegen im Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und den Ausgebeuteten und in dem ruhelosen, unstillen Charakter der modernen Produktionsweise, die, in unauthörllicher Umwälzung begriffen, das Proletariat in ewiger Ruhelosigkeit erhält und jene scheue Ehrfurcht vor dem Jahrhunderte alten Bestehenden, welche die Ausgebeuteten der früheren Jahrhunderte charakterisierte, gründlich zerstört.

Dieser revolutionäre und revolutionierende Charakter der bestehenden Produktionsweise nimmt immer mehr zu, und ebenso der Gegensatz zwischen der Klasse der Kapitalisten und dem Proletariat. Denn selbst wo dessen Lage sich absolut verbessert, verschlechtert sie sich relativ, indem die Verbesserung zurückbleibt hinter der raschen Vermehrung der allgemeinen Produktivität der Arbeit, die unserer Produktionsweise eigenförmlich ist. Auch wo das Elend geringer wird, wird die Ausbeutung größer.

Und die Hebung der Arbeiterklasse geschieht nicht selbsttätig, sie muß errungen werden in erbitterten Kämpfen, die zahllose Opfer fordern. Jede Errungenschaft des Proletariats bedeutet daher nicht eine Abschwächung, sondern eine Verbitterung der Klassengegensätze.

Noch eins: Selbst im günstigsten Fall, wenn es einer Arbeiterschicht gelungen sein sollte, eine Lebensstellung zu erlangen, die sie befriedigt, so kann sie sich ihrer nicht freuen, angesichts der allgemeinen Unsicherheit, welche die moderne Produktionsweise mit sich bringt, und angesichts der Unersättlichkeit der Kapitalistenklasse. Müssen die unteren Arbeiterschichten das Kapital bekämpfen, um dem Elend zu entgehen, so die oberen, um nicht wieder ins Elend hinabgestoßen zu werden, das sie unauthörllich bedroht. Keine Errungenschaft ist sicher; eine Krisis, eine neue Erfindung, eine neue Fabrikantenkoalition, ein neues Gesetz kann sie wieder entreißen. Kampf, Kampf und immer wieder Kampf, heißt die Losung der Arbeiterklasse; für sie gibt es keinen dauernden Sieg, so lange sie nicht die politische Macht im Staate erobert und die Produktionsmittel in Gemeineigentum verwandelt hat.

Jede Kräftigung der Arbeiterklasse, sei sie durch ökonomische, sei sie durch politische Maßnahmen erlangt, bedeutet nichts anderes, als eine Kräftigung der Kämpfer für den Sozialismus. Das Proletariat in seinem Kampfe nach Verbesserung seiner Lage in der heutigen Gesellschaft nach Kräften zu fördern, ist nicht nur nicht unverträglich mit den Prinzipien der Sozialdemokratie, es ist vielmehr eine ihrer wichtigsten, vielleicht ihre wichtigste Aufgabe.

Man vergesse nicht, daß wir stets von einer Hebung der Arbeiterklasse sprechen. Die Verbesserung der Lage einzelner Individuen oder Schichten innerhalb der Arbeiterklasse auf deren Kosten, wodurch diese gespalten und geschwächt wird, be-

deutet allerdings keine Förderung, sondern ein Hemmnis für das vorwärtsdrängende Proletariat. Produktivgenossenschaften, selbst Gewerkschaften können ein solches werden, wenn sie nicht unter dem Einflusse einer starken Bewegung der gesamten Arbeiterklasse, d. h. einer selbständigen politischen Arbeiterbewegung stehen. Dagegen kann eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zugute kommt, eine solche Wirkung nicht haben.

Auf diesem Standpunkt ist unsere Partei seit jeher gestanden, und es verrät gerade keine tiefe Kenntnis unserer Parteigeschichte, wenn man in der kräftigen Anteilnahme unserer Abgeordneten an der „positiven“ Gesetzgebungsarbeit etwas Neues, entweder ein Zeichen von Korruption oder ein Entgegenkommen gegen den „neuen Kurs“, ein Verzichtleisten auf den revolutionären Charakter unserer Partei erblickt. Das einzig Neue, das seit dem 20. Februar in unserer Partei eingetreten, ist der Umstand, daß wir jetzt das dritte Dutzend im Reichstag fast voll haben und demnach einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung besitzen als bisher. Wenn ehemals, so lange nur auf ein Dutzend Abgeordnete gerechnet werden konnte, dessen Stimmen im Reichstag nichts entschieden, das Wählen hauptsächlich als Mittel der Agitation und der Heerschau betrachtet wurde und die Hauptaufgabe unserer Abgeordneten im Halten von Agitationsreden bestand, so war das den Verhältnissen entsprechend; wenn man heute verlangt, wir sollten uns auf diese Taktik beschränken, so heißt das, wir sollten eine Waffe, die wir in einem Jahrzehnt opfervollen Kampfes errungen, einfach wegwerfen, ohne von ihr Gebrauch zu machen, weil sie nicht so schneidig ist, als wünschenswert wäre.

Daß unsern Abgeordneten an der „positiven Arbeit“ im Reichstag teilnehmen, ist nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht. Daß sie daran jetzt mehr teilnehmen als ehemals, ist ein Zeichen von Stärke, nicht von Schwäche. Je stärker wir werden, desto mehr wird uns die Gegenwart beschäftigen. Das wäre nur dann ein Unglück, wenn wir darüber die Zukunft vergäßen, wenn wir uns darauf beschränkten, nach Augenblickserfolgen zu haschen, auch wenn die dauernden Interessen des Proletariats, seine Zukunft, dadurch gefährdet würden. Zu einer solchen Befürchtung hat die Haltung unserer Partei bisher nicht den mindesten Grund gegeben.

Mancher „Junge“-wirft uns vor, daß wir uns zu wenig um die Revolution kümmern. Wenn das heißen soll, daß wir den revolutionären Charakter unserer Partei verleugnen, so ist das nicht richtig. Oder sollen wir mehr für die Revolution tun? Aber was denn? Man kann sie doch nicht nach Belieben machen!

Man kann wohl von einer kommenden Revolution in demselben Sinne sprechen, wie man von einem kommenden Krieg spricht: So wie man einen Krieg für unvermeidlich hält, wenn die Gegensätze zwischen den Staaten zu einer gewissen Höhe gediehen sind, so lassen gewisse Gegensätze im Innern der Staaten auf das Kommen einer Revolution schließen. Damit ist nicht gesagt, daß sie unvermeidlich sei; gleich einem Krieg kann sie unvermutet über Nacht kommen, sie kann aber auch in die Ferne gerückt werden, ja selbst ganz vom Horizont wieder verschwinden, wenn irgendeine unerwartete Wendung der Spannung in anderer Weise Luft macht. So ist z. B. die Chartistenbewegung im Sande verlaufen, kurz nachdem England dicht vor dem Rande der Revolution gestanden.

Ein kluger Sozialdemokrat wird sich in seinen politischen Berechnungen ebenso wenig auf die Revolution verlassen, als ein kluger Staatsmann seine politische Zukunft davon abhängig machen wird; daß es im Juli nicht regnet, aber noch unbeschreiblicher als das Datum der Revolution ist ihre Form.

Wer immer uns die Methoden zeichnen will, durch die das Proletariat die politische Macht erobern wird, sei er ein Staatsanwalt, ein Staatsmann, der Unteroffiziersprämier braucht, oder ein heißblütiger Parteigenosse, dem es nicht rasch genug vorwärts geht, er kann ihr Bild nur entwerfen nach dem Modell der Revolutionen, die gewesen sind. Wir glauben dagegen, daß man von den Entscheidungskämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie nur eines mit Sicherheit behaupten kann: Daß sie ganz anders aussehen werden, als die bisherigen Revolutionen ausgesehen haben, denn es werden dabei Faktoren in Wirkung treten, die bisher noch bei keiner Revolution eine Rolle gespielt haben, die ganz neu sind und daher den kommenden akuten Klassenkämpfen unerhörte Formen geben müssen.

Noch nie ist in allen Staaten Europas das Proletariat so zahlreich gewesen wie jetzt. In bezug auf die bloße Zahl der Proletarier könnte man das Europa von heute vielleicht gleichsetzen dem England der Chartistenzeit. Aber wie ganz anders ist das jetzige Proletariat geartet als das damalige! Können die Arbeiter der Chartistenbewegung an Opfermut und Entschlossenheit kaum übertraffen werden, so stehen die Proletarier, die an den modernen Arbeiterbewegungen teilnehmen, hoch über ihnen, ja selbst noch über der Masse der Teilnehmer an der letzten revolutionären Erhebung, der Pariser Kommune, was Einsicht, Klarheit, Klassenbewußtsein und Einheitslichkeit anbelangt.

Die Welt hat bisher ein so zahlreiches und intellektuell so hochstehendes, freies, arbeitendes Proletariat noch nicht gesehen, wie es sich in den modernen Kulturstaaten findet; sie hat aber auch noch nie ein Proletariat gesehen, dem solche politische und ökonomische Waffen zur Verfügung gestanden hätten, wie dem heutigen.

Das Wahlrecht war bis 1848 dem Proletariat überall versagt; es war selbst die Veranlassung heftiger revolutionärer Bewegungen. Seit zwei Jahrzehnten hat die Arbeiterklasse dies Recht in fast allen modernen Staaten errungen, sie ist auch mit seiner Handhabung bereits völlig vertraut worden. Dieser Umstand allein muß einer etwaigen zukünftigen revolutionären Bewegung eine von den bisherigen ganz verschiedene Form geben.

Vielleicht noch mehr wird das bewirkt werden durch die Veränderungen im Heerwesen. Die Armee ist ein Faktor geworden, mit dem im offenen Kampfe keine andere Volksschicht mehr sich messen kann. Aber sie ist im Begriff, an Verlässlichkeit zu verlieren, was sie an Kraft gewonnen hat. Zum ersten Male in der Weltgeschichte bewaffnet der Staat jetzt große Massen von Proletariern. Die Wehrhaftigkeit war ehemals ein Vorrecht der Besitzenden, der Freien, der Edlen gewesen. Als die früheren Heeresorganisationen durch das Söldnerheer abgelöst wurden, da waren es Lumpenproletarier, namentlich deklassierte Bauern, die sich an die Träger der öffentlichen Gewalt verkauften. Die französische Revolution schuf die allgemeine Wehrpflicht, aber deren Durchführung wurde fast überall mehr oder weniger verkümmert, das Heer behielt (Preußen vielleicht ausgenommen) seinen alten Charakter mehr oder weniger fort, soweit seine Zusammensetzung in Frage kommt. Erst seit dem allgemeinen Wehrtrennen um den Preis der stärksten Rüstung, seit 1866, ist die allgemeine Wehrpflicht immer mehr und mehr zur Wahrheit geworden. Gleichzeitig damit reduzierte man die lange Dienstzeit, die der Soldateska einen eigenen Klassencharakter gegeben hatte, und die Fortschritte der Kriegswissenschaft zwangen immer mehr, an Stelle des Drills die Selbständigkeit des Soldaten zu setzen.

In diese so veränderte Armee treten von Jahr zu Jahr mehr klassenbewußte Proletarier ein. Das allgemeine Wahlrecht gibt einen ungefähren Maßstab ab für die Ver-

breitung des Sozialismus, nicht nur unter den Wählern, sondern auch unter den Soldaten. Das Verhältnis dürfte hier wie dort dasselbe sein.

Das ist eine Situation, wie sie bisher noch nie dagewesen. Und sie spitzt sich immer mehr zu: Immer mehr Soldaten, aber auch immer mehr Sozialdemokraten in der Bevölkerung; also auch in den Kasernen. Und die Zahl der Sozialdemokraten wächst noch rascher als die der Soldaten.

Selbst wenn diese Situation zu nichts anderem führen sollte, eines wird sie sicher im Gefolge haben: Die herrschenden Klassen verlieren ihre Ruhe, ihr Selbstvertrauen; sie verlieren das blinde Vertrauen der anderen. Und das bedeutet für die aufstrebenden Klassen schon halb gewonnenes Spiel.

Zu alledem kommt, daß das Proletariat ökonomisch nie so unentbehrlich gewesen ist wie jetzt. Die kapitalistische Produktionsweise hat sich gerade in den letzten zwei Jahrzehnten aller Lebensquellen der zivilisierten Nationen bemächtigt. Der Fortgang der kapitalistischen Produktion ist für sie nicht mehr bloß eine Frage der größeren oder geringeren Prosperität, er ist eine Lebensfrage geworden. Und wie kompliziert, wie empfindlich, wie leicht in ihrem Getriebe zu stören ist diese Produktionsweise!

Was ist aber dieselbe ohne das Proletariat! Von ihm hängt das ökonomische Leben der zivilisierten Nationen ab.

Darauf beruht auch die Ansicht derjenigen, die da glauben, durch den Generalstreik eine Revolution erzwingen zu können. Wir sind nicht dieser Ansicht. Vor allem kann ein solcher ebensowenig gemacht, ebensowenig im voraus angezeigt werden, wie eine Revolution. Wir halten ihn für unmöglich, für undurchführbar, ja für schädlich, denn er wird das Proletariat ebenso schwer treffen, wie die anderen Klassen der Gesellschaft. Aber damit ist nicht gesagt, daß nicht unter Umständen, wenn eine große Entscheidung bevorsteht, wenn gewaltige Ereignisse die Arbeitermassen aufs tiefste aufgewühlt haben, ausgedehnte Arbeitseinstellungen große politische Wirkungen hervorufen können.

Es gibt außer den genannten noch andere Faktoren im heutigen politischen und sozialen Leben, die völlig neu sind, z. B. die Internationalität, der verheerende Charakter der modernen Krisen und Kriege usw., aber das Gesagte dürfte genügen, erkennen zu lassen, daß die kommende politische Entwicklung eine ganz eigenartige sein wird, und daß jeder auf dem Holzwege ist, der sie nach der alten Schablone beurteilen will.

Wir können gar nichts darüber sagen, wie diese neuen Faktoren wirken werden; es ist ebenso vorschnell, wenn einige friedliebende Genossen sich für den friedlichen und gesetzlichen Weg verbürgen, als es vorschnell wäre, zu behaupten, unsere Ziele könnten nur durch Gewalt erreicht werden.

Darüber wissen wir gar nichts.

Und was heißt friedlich, was gesetzlich, was gewalttätig? Der gesetzliche Weg ist oft sehr gewalttätig und mancher ungesetzliche Weg sehr friedlich. Wenn die Deputierten des dritten Standes sich am 17. Juli 1789 als Nationalversammlung konstituierten, so war das höchst ungesetzlich, es ging aber dabei sehr friedliebend zu, niemanden wurde ein Haar gekrümmt. Dagegen wurde Ludwig XVI. auf „gesetzlichem Wege“ geköpft.

Kann man über die Formen der kommenden politischen Entwicklung gar nichts sagen, so natürlich auch nichts über die Uebergangsformen zum Sozialismus, die ja

mit diesem Wie und Wann in innigster Verbindung stehen. Wir wissen auch gar nicht, welche Produktivkräfte und Produktionsformen die kapitalistische Produktionsweise bis dahin noch entwickeln wird; wir wissen nicht, bis zu welchem Grade sie in den einzelnen Ländern zur Reife gelangen werden; wir haben also gar keine tatsächlichen Grundlagen, auf denen wir jetzt schon ein festes Gebäude errichten könnten. Wir sind darüber auf vage Vermutungen angewiesen. Die Uebergangsmassregeln zum Sozialismus gehören daher unseres Erachtens nicht in das Programm und wir freuen uns, daß der Entwurf davon gänzlich absieht. Nicht durch das Ausdenken einer Schablone von Uebergangsregeln, sondern nur durch eine gründliche Erkenntnis der tatsächlich um uns vor sich gehenden Entwicklung werden wir in den Stand gesetzt werden, in jeder kommenden Situation, welcher Art immer sie auch sein möge, stets das Zweckentsprechende zu fordern und zu tun.

Noch weniger als die Uebergangsmassregeln gehört natürlich der „Zukunftsstaat“ in unser Programm. Auf eine Zeichnung der Details desselben verzichten freilich heute schon selbst unsere Gegner. Aber was sie verlangen, ist die Darlegung der **Prinzipien**, auf denen er aufgebaut sein wird. Wir bedauern, nicht einmal diese Darlegung geben zu können. Damit ist keineswegs gesagt, daß wir blind und aufs Geratewohl in die Zukunft hineintappen wollen; wir sehen bis zu einem gewissen Grade ganz klar, aber nicht die **Formen** und **Formeln**, sondern die **Tendenzen** der kommenden Entwicklung. Nach Formen und Formeln kann nur fragen, wer noch an der alten Ansicht festhält, die Gesellschaft sei ein toter Mechanismus, der künstlich nach Belieben aufgebaut werde, nicht ein lebendiger Organismus, der sich nach eigenartigen Gesetzen entwickelt.

Wer unsere Ansichten über die **Tendenzen** der kapitalistischen Produktionsweise und die daraus entspringenden sozialistischen **Gegentendenzen** kennen lernen will, der findet klare und deutliche Antworten genug in unserer Literatur, vor allem im „Kommunistischen Manifest“ und im „Kapital“. Welche **Formen** diese Tendenzen erzeugen werden, das können wir aber nicht einmal für die nächste Zukunft innerhalb der **bestehenden** Gesellschaft sagen. In dieser Beziehung bringt uns auch heute schon jeder Tag neue Ueberraschungen, namentlich durch die stetig fortschreitenden technischen Umwälzungen.

Was wir oben von den Methoden sagten, durch die das Proletariat die politische Macht erobern wird, dürfte in noch viel höherem Maße vom „Zukunftsstaat“ gelten: Er wird ganz anders aussehen, als wir ihn uns vorstellen. Man kann sich nur vorstellen, was man kennt; die Phantasie kann nie weiter gehen als die Elemente, die ihr die Erfahrung bietet, neu zu kombinieren. Der Zukunftsstaat, den man heute zeichnet, kann kaum etwas anderes sein als ein Bild davon, wie eine sozialistische Gesellschaft mit den heute gegebenen Produktivkräften und Produktionsformen aussehen würde. Wir wissen weder, welche Produktivkräfte der sozialistischen Gesellschaft in ihren Anfängen zu Gebote stehen werden, noch auch welche Kräfte sie freisetzen und aus ihrem eigenen Schoße entwickeln wird. Es werden da unseres Erachtens unerhörte, riesenhafte Faktoren in Wirkung treten, die Unerhörtes, Riesenhaftes schaffen werden; die Wirklichkeit dürfte alles hinter sich lassen, was unsere Phantasie heute ersinnt.

Unsere Aufgabe ist es, die Bahn frei zu machen für diese großartige Entwicklung, nicht sie einzuschnüren in armselige juristische Formeln über die „Verteilung des Arbeiterertrages“ und dergleichen.

Wir hoffen, es ist uns gelungen, die für den vorliegenden Programmentwurf wichtigsten Punkte zu charakterisieren, durch die sich der wissenschaftliche Sozialismus vom



politischen wie unpolitischen Utopismus unterscheidet, diejenigen Punkte, in denen dieser Entwurf sich viel konsequenter und klarer erweist, als das Gothaer Programm, das allerdings auf demselben Standpunkt lagte, wie der neue Entwurf, sich aber von Rückfällen in die primitiven sozialistischen Denkformen nicht ganz frei zu halten wußte.

Wir brechen nach dem Gesagten auf die **prinzipielle** Seite des Entwurfes kaum weiter einzugehen. Wir haben nur noch die Frage zu untersuchen, ob seine **Redaktion**, seine **Fassung**, auch immer die glücklichste ist.

### III.

Der Entwurf zerfällt in zwei Teile: Erstens die Erwägungen, durch die wir den Charakter unserer Partei und unsere Ziele begründen; zweitens die Forderungen, die wir, ausgehend von diesen Erwägungen, in der **Gegenwart**, für den **praktischen Kampf** stellen.

Wir halten diese Teilung für vollständig berechtigt. Man hat, so z. B. ein Mitarbeiter der Elberfelder „Freien Presse“ (25. August d. J.) vorgeschlagen, noch eine andere Art von Forderungen aufzustellen: Diejenigen, welche aussichtslos im heutigen Staat, zur Anbahnung der sozialistischen Gesellschaft notwendig sind. Für eine derartige Formulierung von **Uebergangsmaßregeln** von der heutigen in die sozialistische Gesellschaft können wir uns nicht erwärmen. Die Gründe, die dagegen sprechen, haben wir bereits im vorigen Artikel kurz berührt.

Es gilt hier für den politischen Kampf dasselbe, was für den Kampf der Armeen gilt. Ein Feldherr kann den **Aufmarsch** seines Heeres vorher feststellen und regeln, nicht aber die weitere Entwicklung des Krieges. „Es ist überhaupt eine Täuschung“, schreibt Moltke in seiner Geschichte des deutsch-französischen Krieges, „wenn man glaubt, einen Feldzugsplan auf weit hinaus feststellen und bis zum Ende durchführen zu können. Der erste Zusammenstoß mit der feindlichen Heeresmacht schafft je nach seinem Ausfall eine neue Sachlage. **Vieles wird unausführbar, was man beabsichtigt haben mochte, manches möglich, was vorher nicht zu erwarten stand.** Die geänderten Verhältnisse richtig auffassen, daraufhin für eine **absehbare Frist** das Zweckmäßige anordnen und **entschlossen durchführen**, ist alles, was die Heeresleitung zu tun vermag.“

Sorgen wir für tüchtige Soldaten und Feldherrn, für eine genaue Kenntnis der beiderseitigen Machtmittel und des Terrains; verlieren wir aber nicht die Zeit damit, uns über die Haut des Bären zu streiten, ehe er erlegt ist.

Betrachten wir zunächst den ersten Teil, die „Erwägungen“. Es war höchst erfreulich, zu sehen, wie eifrig dieselben diskutiert worden sind, wie groß das Interesse in unserer Partei nicht bloß für **praktische**, sondern auch für **theoretische** Fragen ist. Die Majorität hat sich dabei auf Seite des Entwurfs des Parteivorstandes gestellt; was von den Gegnern desselben vorgebracht wurde, war im allgemeinen nicht sehr bedeutend. Nur zwei Gegenentwürfe sind bisher unseres Wissens veröffentlicht worden; ein von dem Mitarbeiter herrührender im „Hamburger Echo“ und ein anscheinend aus der Redaktion stammender in der Magdeburger „Volksstimme“. Wir haben es hier zunächst nur mit den Vorschlägen dieser Gegenentwürfe zu den „Erwägungen“ zu tun. So weit sich das Opus des Mitarbeiters von dem Entwurf des Parteivorstandes unterscheidet, ist es gerade nicht sehr gelungen. Es entdeckt die große Wahrheit, daß „die Sozialdemokratie den demokratischen Sozialismus erstrebt“ und findet die Ursache der Uebel der Gegenwart „in der **individualistischen** Gesellschaftsordnung, d. h. darin, daß die Arbeitsmittel **Monopö** der **Kapitalistenklasse** sind“. Kurz darauf aber spricht

er von der „**individualistischen**, der **zwerghaften** Produktionsweise früherer Epochen entsprechenden Gesellschaftsordnung“. Wir erfahren also, daß die Monopolisierung der Arbeitsmittel durch die Kapitalistenklasse nicht bloß Individualismus, sondern auch der zwerghaften Produktionsweise früherer Epochen entsprechend ist. Und so geht es fort; an Stelle klarer ökonomischer Begriffe konfuse, mit gelehrig klingenden Worten gespickte Redensarten.

Eine ganz andere Bedeutung hat der Gegenentwurf der Magdeburger „Volksstimme“. Er ist in manchen Punkten dem Entwurf des Parteivorstandes überlegen.

Trotzdem können wir ihm die Palme nicht zuerkennen. Denn der Fehler, der uns als einer der Hauptfehler des Entwurfs des Vorstandes erscheint, ist dem Magdeburger Entwurf in noch höherem Maße eigen: seine **übergroße Länge**.

Mit Recht erklärte Liebknecht in einer Versammlung in Leipzig (11. August) daß es bei einem Programm „vor allen Dingen notwendig sei, so kurz und zugleich so deutlich als möglich zu sein“. An Kürze stehen die Erwägungen der in Rede stehenden Entwürfe weit hinter den Erwägungen des Gothaer Programms zurück. Haben sie an Allgemeinverständlichkeit gewonnen, was sie an Kürze verloren haben? Wir glauben nicht.

Die Länge der vorliegenden Programmentwürfe rührt unseres Erachtens daher, daß sie alle versuchen, das Programm so leichtverständlich zu machen, daß es jeder sofort begreift.

Das ist aber eine Aufgabe, die unmöglich zu lösen ist. Unsere Anschauungen sind so eigenartige, so von den herkömmlichen verschiedene, daß sie niemand ohne weiteres erfassen kann. Niemand kann ohne längere Gedankenarbeit, ohne öftere geistige Anregung von außen, sozialistisch denken lernen. Niemand wird unser Programm verstehen können, der nicht in irgendeiner Weise, sei es durch Lektüre, sei es durch das Anhören von Versammlungsreden, sei es durch private Diskussionen mit unserem Gedankengang bis zu einem gewissen Grade vertraut worden ist. Wie man sich auch bemühen mag, das Programm wird nie ein Nürnberger Trichter werden, durch den man den Sozialismus ohne weiteres in die Köpfe hineingießen kann.

Dadurch, daß man den Kommentar zum Programm ins Programm selbst hineinlegen will, erreicht man also nur eines: Man macht es **schwerfälliger**, die einzelnen Sätze prägen sich weniger leicht den Köpfen ein, das Wesentliche tritt zu leicht in den Hintergrund hinter dem weniger Wichtigen — das Programm verliert also an Wirksamkeit gerade bei denjenigen, die noch nicht durchgebildete Sozialisten sind. Wie umfangreich man auch ein Programm mache, man wird nie erreichen, daß es eine populäre Propagandaschrift für Anfänger wird. Dazu müßte man mehr als ein Programm schreiben: eine Broschüre, ein Manifest.

Das Bedürfnis nach einem solchen ist unleugbar vorhanden, ihm verdankt wohl der Programmentwurf seine Länge: Das Bedürfnis nach einer **authentischen**, im Namen der Partei, nicht eines **einzelnen**, erscheinenden Darlegung des Charakters unserer Bewegung und unserer Ziele. Ein derartiger Kommentar zu unserem Programm, eine weitere Ausführung, Begründung und Erläuterung der kurzen, nackten Sätze des Programms könnte propagandistisch von höchstem Nutzen sein. Wir glauben, der Erfurter Parteitag würde sich ein Verdienst erworben, wenn er die Abfassung eines solchen Manifestes beschloß.

Freilich, wir haben das kommunistische Manifest. Aber dies ist ein Mittel des Studiums, nicht der elementaren Propaganda. Es behandelt Dinge und Verhältnisse,

die heute längst nicht mehr allgemein bekannt sind; es weiß natürlich nichts von all den neuen Erscheinungen, die seitdem aufgetaucht sind, zu denen wir Stellung nehmen müssen, an denen wir unseren Standpunkt am populärsten illustrieren können. Es geht aber nicht an, das kommunistische Manifest umzuarbeiten, selbst wenn sich jemand zu dieser kühnen Arbeit bereif fände. Es ist ein geschichtliches Dokument, und ein solches kann man nicht den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend modernisieren.

Die neue historische Situation erfordert ein neues Manifest. Versuchen wir es, ein solches zu schaffen. Freilich ist das alte Manifest ein klassisches, unübertreffliches Meisterwerk. Aber das neue sollte ihm auch nicht „Konkurrenz machen“, sollte es nicht ersetzen, sondern einer ganz anderen Aufgabe dienen, als das alte heute dienen kann.

Ein solches Manifest würde das Programm erheblich entlasten und ermöglichen, es kürzer und eindringlicher zu gestalten.

Gehen wir nun auf die einzelnen Abschnitte der „Erwägungen“ ein. Die ersten vier bilden eine Charakteristik der modernen Produktionsweise, aus der dann unsere Tendenzen abgeleitet werden. Das entspricht vollkommen dem Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus.

Die ersten vier Absätze des Entwurfs des Parteivorstandes lauten:

„Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Übergang in den Alleinbesitz eines Teiles der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende, geführt.

„In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.

„Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Verteilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

„Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstockungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verloren hat.“

Der erste dieser Absätze erscheint uns in der jetzigen Fassung recht anfechtbar. Das, was er sagen will, ist unleugbar richtig, aber es ist nicht richtig ausgedrückt. Man kann den Absatz so auffassen — und das ist die naheliegende Annahme — als wolle

er sagen, daß es überhaupt nur zwei Klassen in der heutigen Gesellschaft gibt: eine arbeitende und eine besitzende. Aber im vierten Absatz spricht der Entwurf selbst von städtischen und ländlichen Mittelständen, Kleinbürgern und Kleinbauern. Diese Klassen gehören ebenso zu den besitzenden wie zu den arbeitenden. Was der erste Absatz als **vollendete Tatsache** behauptet, das besteht nur in der **Tendenz**: Die Tendenz der kapitalistischen Produktionsmittel geht dahin, die Mittelklassen zu expropriieren, und die Gesellschaft in zwei Klassen zu spalten, die Arbeiter, die nichts besitzen, und die Besitzenden, die nichts arbeiten. Aber so weit, daß es nur diese zwei Klassen gäbe, sind wir noch lange nicht; dahin werden wir vielleicht nie kommen, denn es ist zu erwarten, daß die kapitalistische Produktionsweise früher an ihren eigenen Widersprüchen zu Grunde geht, ehe sie ihre letzten Konsequenzen gezogen hat.

Noch einige kleinere Punkte wären bezüglich des ersten Absatzes zu erwähnen. Er spricht von **Arbeitsmitteln**. Das stimmt nicht mit der Terminologie, die Marx im „Kapital“ eingeführt hat, und die man der Einheitslichkeit wegen nicht ohne Not verlassen sollte. Marx unterscheidet zwischen **Arbeitsmittel** (Werkzeug usw.) und **Arbeitsgegenstand** (Rohstoff). Beide bilden zusammen die Produktionsmittel. Hält man es für notwendig, die Produktionsmittel näher zu definieren, dann wäre es angezeigt, zu den im Entwurf angegebenen noch die **Robstoffe** hinzuzufügen. Auch diese werden von den Kapitalisten monopolisiert, und dieses Monopol ist z. B. eine der Hauptursachen der Abhängigkeit der Hausindustriellen von den Kapitalisten.

Man wird gegen das Wort Produktionsmittel einwenden, es sei ein Fremdwort. Auch wir sind dafür, daß man in Schriften, die für die große Masse berechnet sind, Fremdwörter möglichst vermeide, aber wir sind der Ansicht, der Begriff Fremdwort dürfe nicht in seiner etymologischen Bedeutung genommen werden. Es handelt sich darum, Worte zu vermeiden, die dem Volke fremd sind, nicht aber unter allen Umständen Worte auszumerzen, die aus fremden Sprachen stammen. Ein Fremdwort ist oft verständlicher als ein deutsches, neu erfundenes. Das Wort **Redakteur** ist populärer als das Wort **Schiffleiter**; das Wort **Profit** populärer als das Wort **Mehrwert**.

Wir glauben nicht, daß unser Programm weniger verständlich würde, wenn man an Stelle des Wortes „Arbeitsmittel“ „Produktionsmittel“ setzte. Auf jeden Fall käme es dadurch mehr in Übereinstimmung mit der Ausdrucksweise des grundlegenden Werkes des modernen Sozialismus.

Auch mit dem Wort „Alleinbesitz“ an Stelle des Wortes „Monopol“ können wir uns nicht befreunden. Wer in unserer Zeit der Tabaks-, Schnaps- und anderen Monopole nicht weiß, was ein Monopol ist, der weiß auch nicht, was ein Kapitalist oder ein Proletarier ist. Für solche politischen Kinder ist unser Programm auf jeden Fall zu „hoch“. Das Wort „Monopol“ bedeutet aber viel mehr als bloß den Alleinbesitz eines Gutes. Damit ist untrennbar verbunden der Begriff der Benutzung dieses Gutes zur **Ausbeutung** anderer. Das Wort „Monopol“ ist daher viel präziser zur Bezeichnung des kapitalistischen Privateigentums als das Wort „Alleinbesitz“, das schließlich auf jede Art von Eigentum paßt. Das Gothaer Programm sprach vom „Monopol der Arbeitsmittel“. Wir vermischen ungern das Wort in dem neuen Programm.

In den folgenden Absätzen haben wir eine unrichtige Behauptung oder eine falsche Bezeichnung nicht gefunden. Was wir vor allem an ihnen auszusetzen haben, das ist der schon oben gerügte Fehler: ihre Länge. Diese Absätze sind nicht die Erwägungen eines **Programms**, sondern die beredten Ausführungen einer **Anklageschrift**. Eine Reihe ökonomischer Fragen wird da aufgerollt, die nur der begreifen kann, der unsere

Gedankengänge bereits bis zu einem gewissen Grade kennt, deren Anführung also durchaus nicht dazu dient, die Erwägungen populärer und leichter verständlich zu machen. Stellen wie z. B. die über die Krisen haben wir in keinem anderen Programm gefunden. Daß deren Verständnis schon einige ökonomische Klarheit voraussetzt, beweisen unter anderem die Mißverständnisse in den Ausführungen, die Dr. Friedländer im „Vorwärts“ darüber veröffentlicht hat, in denen er den alten Irrtum wieder aufwärmt, daß die Krisen ein Produkt nicht der Planlosigkeit, sondern der **Unterkonsumtion** seien. Es ist hier nicht der Ort, auf eine nähere Besprechung dieser Frage einzugehen, die von Engels in seinem „Anti-Dühring“ und von Marx im zweiten Bande seines „Kapital“ genügend erörtert worden ist. Auf der anderen Seite hat die Berliner „Volkstribüne“ (15. August) darauf hingewiesen, daß die Ringe und Trusts anlangend Planmäßigkeit in die bisherige Planlosigkeit der modernen Produktionsweise zu bringen. Es erscheint uns etwas vorschnell, wenn der Verleger annimmt, die Krisen würden nun bald zu den „gewesenen Dingen“ gehören. So einfach liegt die Sache nicht. Wir kennen wohl die Tendenzen der Ringe und Kartelle, aber noch nicht die Gegen-tendenzen, welche diese zu erzeugen imstande sind und die vielleicht gerade die Kartelle zum Ausgangspunkt noch größerer Krisen machen werden, als die bisherigen waren. Aber auf jeden Fall scheint es auch uns, daß wir vor einer neuen Phase der kapitalistischen Produktionsweise stehen, in der die Krisen vielleicht eine von der bisherigen abweichende Gestalt bekommen werden. Wir halten es daher für geraten, über die Planlosigkeit usw. gar nichts zu sagen, um so mehr, als der Hinweis auf diese Details das Programm nur überbürdet.

Enthalten die ersten vier Abschnitte unseres Erachtens nach der einen Richtung zu viel, so nach der anderen zu wenig. Sie sind, wie schon gesagt, vorwiegend eine **Anklagerede**. Sie legen die Momente ziemlich breit dar, die den Untergang der bestehenden Produktionsweise zu einem unvermeidlichen, ihren Umsturz zu einem berechtigten machen, aber sprechen nicht von den **Elementen der neuen Gesellschaft**, die in ihr erwachsen. Wohl heißt es später, in Absatz 6, daß die kapitalistische Gesellschaft selbst die Vorbedingungen ihrer Umwandlung in eine sozialistische schafft; aber der Platz, wo das gesagt werden muß, ist nicht in Absatz 6, sondern innerhalb der ersten vier Absätze, die vom Charakter der modernen Produktionsweise handeln.

Auch müsse gesagt werden, welcher Art diese Vorbedingungen sind. Im Entwurf der Magdeburger „Volksstimme“ sind dieselben ausführlich dargelegt. Das geht zu weit. Eine solche Darlegung wäre Sache des Manifestes, nicht des Programms. Wohl aber könnte in einem bis zwei kurzen Sätzen das Nötigste gesagt werden. Dadurch würde auch erreicht, daß die kapitalistische Produktionsweise in ihren Besonderheiten besser charakterisiert würde, als es im vorliegenden Entwurf geschieht. Was derselbe ganz außer acht läßt, ist die **technische Revolution**, welche die materielle Vorbedingung der modernen kapitalistischen Großindustrie wie der sozialistischen Produktion bildet.

Der Untergang der Mittelstände, die Zunahme des Elends und der Ausbeutung auf der einen, des Reichtums auf der anderen Seite, das sind Erscheinungen, die der modernen Gesellschaft nicht allein eigentümlich sind. Wir finden sie auch in der römischen Gesellschaft seit dem zweiten Jahrhundert vor Beginn unserer Zeitrechnung immer mehr hervortretend. Was verhinderte, daß aus der römischen Gesellschaft der Kaiserzeit sich eine sozialistische herausbildete, das war vor allem der Mangel der nötigen technischen und ökonomischen Vorbedingungen. Daß „die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter zunimmt“ ist nicht eine Besonderheit der heutigen Gesellschaft; eine Besonderheit derselben ist es, daß dieser Reichtum zu **Kapital** wird. Nicht **Akkumulation von Reichtum**,

sondern **Akkumulation von Kapital** ist die Parole der Kapitalisten. Reichtum und Kapital ist zweierlei. Jedes Kapital ist Reichtum, nicht jeder Reichtum ist Kapital. Ehedem diente der sich aufhäufende Reichtum überwiegend zum **Genuß** — nur ein relativ unbedeutender Teil wurde als Wucher- und Handelskapital verwendet. Erst das Aufkommen des industriellen Kapitals schafft den Drang und die Möglichkeit, den neu erlangten Reichtum immer und immer wieder zu neuer Ausbeutung zu verwenden. Dadurch erst wird die Anhäufung des Reichtums ein revolutionärer Faktor; die stetig fortschreitende Akkumulation des Kapitals ist eine der mächtigsten Ursachen der stetigen Revolutionierung der modernen Produktionsweise; und sie erst schafft Beschäftigung wenigstens für einen Teil der freigesetzten Proletariermassen, wodurch sie verhindert, daß dieselben insgesamt Lumpenproletarier werden müssen, wie sie es im alten Rom oder im England des 15. und 16. Jahrhunderts wurden; sie macht die Expropriierten zu der ökonomischen Grundlage der Gesellschaft und verleiht ihnen damit jene Macht und jene moralischen und intellektuellen Kräfte, die sie in den Stand setzen werden, das Gemeinwesen zu erobern.

Das ist der Unterschied zwischen der bloßen Anhäufung von Reichtum und der Anhäufung von Kapital. Diese Besonderheiten der modernen Produktionsweise verdienen wohl erwähnt zu werden.

Es erscheint uns unmöglich, die Änderungen, die wir für notwendig halten, im Rahmen des vorliegenden Entwurfs anzubringen. Es hieße das, dessen Gedankengang vollständig zerstören und an Stelle eines einheitlichen Gebildes ein Flickwerk zu setzen.

Sollten unsere Ausführungen begründet genug erscheinen, um Beachtung zu heischen, dann müßte an Stelle der vorliegenden vier Absätze etwas ganz Neues gesetzt werden. Wir beantragen an deren Stelle folgendes:

„Die industrielle Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von den Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes diese das Monopol einer kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.“

„Hand in Hand damit geht die Zusammenfassung der zersplitterten Kleinbetriebe in Riesenbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum des Ertrags der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelstände bedeutet sie Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist ehedem das Mittel gewesen, dem freien Arbeiter den Besitz seines Produkts zu sichern. Heute ist dieses selbe Eigentumsrecht zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Erniedrigung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.“

Wir hoffen, im Vorliegenden nicht nur alle Momente zur Geltung gebracht zu haben, deren Berücksichtigung wir oben für wünschenswert erklärt, sondern auch eine Form gefunden zu haben, in der wir, ohne unseren Prinzipien etwas zu vergeben und kleinbürgerliche Utopien zu stützen, uns auch an Kleinbürger und Bauern wenden, die der Entwurf des Parteivorstandes zum erwähnt. Wir hoffen, den Punkt hervorgehoben zu haben, in dem die Interessen des Proletariats mit denen der versinkenden Mittelstände sich vereinigen. Das erscheint uns gerade jetzt nicht unwichtig zu sein, wo wir beginnen, die Agitation aufs flache Land und in die Kleinstädte zu tragen.

Die Schlusssätze unseres Entwurfs führen uns zu den nächsten Absätzen des vom Parteivorstande vorgelegten Entwurfs. Was in diesem das Hauptthema des sechsten Absatzes bildet, haben wir in der zweiten Hälfte unseres dritten Absatzes erledigt.

Die Absätze 5, 6, 7 und 8 des, wenn man so sagen darf, offiziellen Entwurfs lauten:

„Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.“

„Die sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigentum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion, eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.“

„Die sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.“

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.“

Der Gedankengang ist hier ein anderer als in unserem Entwurf. In diesem wird der Kommunismus direkt als eine aus der geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise resultierende Notwendigkeit abgeleitet; der offizielle Entwurf leitet ihn ab, nicht aus dem Charakter der heutigen Produktion, sondern aus dem Charakter unserer Partei.

Die Gedankenfolge im Entwurf des Parteivorstandes ist folgende: Die heutige Produktionsweise schafft unerträgliche Verhältnisse, darum müssen wir sie beseitigen; deswegen streben wir den Kommunismus an, dessen Realisierung nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann. Daß die kapitalistische Gesellschaft selbst die Bedingungen des Kommunismus schafft, wird nur nebenbei erwähnt.

Unseres Erachtens ist die richtige Gedankenfolge diese: Die heutige Produktionsweise schafft unerträgliche Verhältnisse, sie schafft aber auch die Möglichkeit und Notwendigkeit des Kommunismus. Notabene, diese Möglichkeit und Notwendigkeit be-

steht in allen Ländern kapitalistischer Produktionsweise, ohne Rücksicht darauf, ob eine sozialistische Bewegung in ihnen herrscht, die das erkennt, oder nicht.

Nachdem wir so das eine Element des Kommunismus gekennzeichnet, ist sein zweites Element, die Triebkraft seiner Durchführung, das Proletariat in seinem Klassenkampf zu kennzeichnen. Ist das geschehen, dann erst ist von der Sozialdemokratie zu sprechen, deren Aufgaben und Ziele sich dann von selbst mit Notwendigkeit ergeben.

Dadurch, daß die ökonomischen Ziele unserer Partei nicht direkt aus den Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise abgeleitet, und daß die Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie früher konstatiert werden, ehe noch von der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse die Rede ist, erhält das ganze den Anschein, als schiele es noch etwas nach dem Utopismus. Nun ist das keineswegs beabsichtigt und man könnte unsere Ausführungen vielleicht für übertriebene Haarspaltereien erklären. Aber aus der Anordnung der Gedanken im offiziellen Entwurf folgt mit Notwendigkeit eine stiefmütterliche Behandlung des Klassenkampfes. Das ist ganz natürlich. Wenn man die Sozialdemokratie als das Primäre betrachtet oder wenigstens behandelt und die Bewegung der Arbeiterklasse als das Sekundäre, dann muß diese zu kurz kommen. Es wäre in der Tat schwer, in der Disposition des offiziellen Entwurfs dem Klassenkampf des Proletariats den ihm gebührenden Platz anzuweisen. Die Kennzeichnung der historischen Rolle desselben und seines naturnotwendigen Zieles — die Eroberung der politischen Macht im Staat durch die Arbeiterklasse — ist aber unbedingt notwendig zur Kennzeichnung unserer Bewegung. Dies war der Hauptgrund, warum wir die Disposition des offiziellen Entwurfs verlassen haben.

Ehe wir zu den betreffenden Absätzen unseres Gegenentwurfs übergehen, müssen wir noch auf einen Passus im Schluß unseres dritten Absatzes hinweisen. Der offizielle Entwurf erklärt für notwendig die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gemeineigentum und „die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion“. Dieser Gegensatz scheint uns nicht ganz richtig. Den Gegensatz zur sozialistischen Produktion bildet nicht die kapitalistische Produktion allein, sondern die gesamte Warenproduktion. Es gibt noch andere Methoden, Waren, d. h. Gebrauchswerte, die zum Verkauf resp. Austausch bestimmt sind, zu produzieren, als die kapitalistische. Wir erinnern z. B. an die handwerksmäßige Warenproduktion. Die Produktivgenossenschaften Lassalles hätten auch, trotzdem sie nicht kapitalistisch produzieren wollten, Waren produziert; ebenso soll auch im Zukunftsstaat des Herrn Dr. Hertzka trotz des Gemeineigentums an Produktionsmitteln die Warenproduktion fortgehen. Die kommunistische Produktion, wie wir sie für notwendig halten, beruht nicht bloß auf der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, sondern auch auf der Aufhebung der Warenproduktion.

Es wird innerhalb der Gesellschaft und durch die Gesellschaft nur zum Selbstgebrauch der Gesellschaft produziert werden, nicht zum Verkauf an die einzelnen Gesellschaftsglieder. Wie viel und welche von ihren Produkten die Gesellschaft für die Fortführung der Produktion, zur Deckung allgemeiner Bedürfnisse usw. verwendet, wie viel und welche von ihren Produkten sie den einzelnen Mitgliedern zukommen läßt, und nach welchen Grundsätzen sie dabei verfährt, das ist ihre Sache; wie sich das gestalten wird, darüber vermag man heute gar nichts zu sagen. Aber heute schon kann man sehen, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln nur die eine der notwendigen Konsequenzen der jetzigen ökonomischen Entwicklung ist, die andere die Ueberwindung der Warenproduktion. Wir halten es für notwendig, daß dies auch im Programm gesagt werde, damit jede Unklarheit darüber verschwinde.

Aberdings ist das Wort **Warenproduktion** kein sehr geläufiges, kein populäres. Wir haben vergebens nach einem anderen gesucht, das leichter verständlich, aber ebenso präzise wäre. Der Gegensatz: **Naturalwirtschaft** und **Geldwirtschaft** ist populärer, aber auch ungenauer als der von **Produktion von Gebrauchswerten** und **Warenproduktion**. Wir trösten uns damit, daß das Wort „Warenproduktion“ in keinem höheren Grade eines Kommentars bedarf, als die Worte „kapitalistische Produktion“ und „sozialistische Produktion“, die der Entwurf des Parteivorstandes ohne Bedenken braucht.

Wenden wir uns nun zu den folgenden Sätzen unseres Gegenentwurfs, die wir an Stelle der Absätze 5, 6, 7 und 8 des offiziellen Entwurfs empfehlen. Sie lauten:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Alle anderen Klassen stehen auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln. Das Proletariat ist die einzige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt.“

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Sie kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

„Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“

Die Gründe für diese Fassung haben wir oben schon dargelegt, es verbleiben uns nur noch einige kleine Bemerkungen. Viele haben schmerzlich den Satz vermißt, daß alle anderen Klassen und Parteien uns gegenüber eine reaktionäre Masse sind; unseres Erachtens sagt schon der Satz des offiziellen Entwurfs zu viel, daß sie alle auf dem **Boden des Kapitalismus** stehen. Das ist streng genommen nicht richtig. Die Zünftler z. B. stehen entschieden nicht auf dem Boden des Kapitalismus, ebensowenig die Bauern, die nach dem Höferecht und ähnlichen schönen Sachen schreien. Das Kapital und die kapitalistische Produktionsweise wird nicht von der Sozialdemokratie allein bekämpft, sie ist bloß die einzige Partei, die es erfolgreich bekämpfen kann. Denn die anderen Parteien, auch diejenigen, die sich am kapitalistenfeindlichsten gebärden, stehen, wenn auch nicht alle auf dem Boden des Kapitalismus, so doch alle auf demselben Boden mit dem Kapitalismus, nämlich auf dem Boden des **Privateigentums an Produktionsmitteln**. Dies ist es, was alle anderen Parteien von uns trennt und was es jeder anderen Partei unmöglich macht, mit der kapitalistischen Ausbeutung fertig zu werden. Denn auf dem Boden der Warenproduktion und des Privateigentums an Produktionsmitteln ist bei dem heutigen Stande der Technik eine andere Produktionsweise als die kapitalistische unmöglich. Indirekt stützen also allerdings alle diejenigen den Kapitalismus, die das Privateigentum an Produktionsmitteln stützen; aber direkt tun sie es nicht. Viele tun es wider ihren Willen und ohne es zu wissen. Es scheint uns daher genauer, wenn wir denjenigen gemeinsamen Boden bezeichnen, auf dem alle unsere Gegner **bewußt** stehen. Der Satz verliert dadurch nichts an Schärfe und man spart sich einen Kommentar.

Den Absatz, der von **Staatssozialismus** handelt, beantragen wir zu streichen. Wir vermischen ihn nur ungern, denn er ist einer der klarsten und präzisesten Absätze im

Entwurf, und wenn man ihn für notwendig hält, tut man am besten, ihn unverändert anzunehmen. Eine bessere Fassung für ihn dürfte man kaum finden. Aber wir halten ihn nicht für unbedingt notwendig und alles nicht unbedingt Notwendige ist in einem Programm Ballast, der dessen Gesamtwirkung abschwächt. Vor zehn Jahren wäre eine ähnliche Erklärung vielleicht notwendig gewesen, damals als die offizielle Sozialreform und die Monopolideen auftauchten und die Reste des Staatskultus in unseren Reihen noch stark genug waren, manche von uns mehr dahinter vermuten zu lassen, als dahinter steckte. Heute, wo unsere Stellung gegenüber dem Staatssozialismus selbst nur noch eine Ruine bildet, scheint uns eine besondere Erklärung darüber im Programm nicht notwendig. Wir geben ja zu, daß immer noch mißverständliche Auffassungen in uns ferneren stehenden Kreisen bezüglich unserer Stellung zum Staatssozialismus bestehen können, aber über welche Punkte unserer Bestrebungen und unseres Wirkens bestehen keine mißverständlichen Auffassungen? Unser Programm würde sehr unförmlich, wenn man allein derartigen Auffassungen entgegenzutreten wollte. Ein Manifest könnte das eher tun.

Wenn man es notwendig hält, zu erklären, daß wir mit dem Staatssozialismus nichts gemein haben, warum nicht eine ähnliche Erklärung gegen den Anarchismus oder den Antisemitismus erlassen? Wir halten eine solche Erklärung für ebenso überflüssig in dem einen Fall wie in dem andern.

Wenden wir uns zum vorletzten Absatz:

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis führt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“

Der Inhalt dieses Absatzes ist unseres Erachtens ebenso unanfechtbar, wie der des eben behandelten über den Staatssozialismus. Aber die bloße Erklärung, sich der internationalen Solidarität **bewußt** zu sein, ist doch etwas dürftig. Sie bedarf der Ergänzung durch die Erklärung, daß unsere Partei auch jederzeit diesem Bewußtsein entsprechend **handelt**.

Entschließt man sich zu einer Aenderung des Absatzes, dann könnte man ihn vielleicht auch ein wenig durch Weglassung der einleitenden Zeilen kürzen — wir sind dafür, daß man kürze wo man kann — und ihm folgende Gestalt gebe:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ein Werk, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen.“

Glücklich wären wir nun beim letzten Absatz angelangt:

„Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampf verliert die Sozialdemokratie, als die Vertreterin nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesamt, alle Forderungen, Maßregeln und Ein-

richtungen, welche die Lage des Volkes im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen zu verbessern geeignet sind."

Im zweiten Satz dieses Passus erinnert sich der offizielle Entwurf, was er bisher ignoriert, daß es noch andere ausgebeutete Klassen gebe, als die Proletarier. Aber er ist nicht konsequent. Einmal läßt er unsere Partei die Interessen „des Volkes im allgemeinen“ vertreten. Letzteres erscheint uns ein kleiner Rückfall — der einzige in den Erwägungen — in den Gedankengang der alten sozialistischen Demokratie. Aber seit dem Sturz des Absolutismus, seitdem nicht mehr auf der einen Seite im Staat bloß Hof und Regierung, auf der anderen Seite die ganze übrige Bevölkerung steht, hat der Begriff „Volk“ jede wirkliche Bedeutung in der Inneren Politik verloren. Er spielt nur noch eine Rolle im Verhältnis der Staaten zueinander — in diesem Sinne für das „Volk“ gewöhnlich den Namen Nation. In der Inneren Politik ist das „Volk“ eine mythische Gottheit geworden, der jeder Politiker opfert, die jeder für sich in Anspruch nimmt, wie in den Reformationskämpfen jeder den wahren Herrgott für sich besonders in Anspruch nahm, und von der doch keiner recht sagen kann, wo sie zu finden ist. Emanzipieren wir uns von diesem Mythos. Dem „Volk im allgemeinen“ kann niemand helfen, weil es aus den verschiedensten Klassen, mit den gegensätzlichsten Interessen besteht; ich kann nicht eine Klasse heben, ohne ein andere zu schädigen.

Wenn in unseren Kreisen von „Volk“ gesprochen wird, so versteht man darunter nicht die ganze Bevölkerung, sondern nur die niederen Schichten derselben, die Ausbeuteten und Unterdrückten. Aber nicht in allen Kreisen wird der Begriff des Volkes so aufgefaßt. Auch Bismarck rechnet sich bekanntlich zum Volk. Wir werden also gut daran tun, genau zu sein, und ausdrücklich nur von Ausbeuteten und Unterdrückten zu reden, und vom „Volk im allgemeinen“ abzusehen.

Indes auch dann noch hat der Passus seinen Haken. Wir verpflichten uns zu mehr als wir leisten können, wenn wir es auf uns nehmen, „alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen“ zu verfechten, „welche die Lage der unterdrückten und ausgebeuteten Volksschichten im allgemeinen . . . zu verbessern geeignet sind“. Wir müssen uns doch das Recht vorbehalten, nur solche Forderungen usw. zu verfechten, die für die ökonomische und politische Entwicklung kein Hemmnis bilden. Wir dürfen nicht die Illusion erwecken, als hielten wir es für möglich, die Klassenlage von Kleinbauern, Handwerkern und Kleinhändlern in der heutigen Gesellschaft zu verbessern, oder als beabsichtigten wir, dem Siegeszug des Großbetriebs ein Hemmnis in den Weg zu legen. Man hat vorgeschlagen, zu dem in Rede stehenden Satz einen Zusatz zu machen, der jede Mißdeutung ausschliesse. Aber dadurch wird der ganze Passus sehr schwerfällig. Am einfachsten erscheint es uns, wenn man gar nichts Näheres sagt darüber, welche Forderungen usw. wir verfechten, sondern bloß erklärt, daß die Sozialdemokratie nicht bloß die Ausbeutung der Lohnarbeiter, sondern jegliche Ausbeutung bekämpft. Damit ist schon implizite gesagt, daß wir auch die Ausbeutung der Bauern und Kleinbürger durch die Kapitalistenklasse bekämpfen, ohne daß wir uns engagieren, für alle ihre Forderungen zur Hebung ihrer Lage einzutreten. Bekanntlich sind die Bauern und Kleinbürger auch Ausbeuter und ziehen es vor, ihre Lage durch vermehrte Ausbeutung ihrer Ausbeutungsobjekte — oft die eigenen Familienglieder — als durch politischen und ökonomischen Kampf gegen ihre Ausbeuter zu heben. Für die erstere Methode, ihre Lage zu verbessern, sind wir natürlich nicht zu haben.

Wem der gekürzte Passus nicht deutlich genug ist, dem sagen unsere „Forderungen“ das Nähere.

In seiner gekürzten Form ist aber der Passus nicht nur unseres Erachtens genauer, sondern auch umfassender. Wenn wir unsere Verpflichtungen den Kleinbauern und Kleinbürgern gegenüber damit einschränken, so erweitern wir sie über den Kreis unseres „Volkes“ hinaus. Das ist nicht ohne praktische Bedeutung: Wir bekämpfen die Unterdrückung und Ausbeutung auch in den Kolonien.

Wir beantragen daher, dem Passus folgende Form zu geben:

„Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Auch in der heutigen Gesellschaft bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung.“

Wir sind mit unserer Kritik der „Erwägungen“ zu Ende. Sie hat uns zur Aufstellung eines besonderen Gegenentwurfs geführt: Aber so sehr er von dem offiziellen Entwurf abweicht, es besteht keine prinzipielle Differenz zwischen den beiden. Der Hauptunterschied besteht darin, daß uns manche Momente der Hervorhebung wert erschienen, die der offizielle Entwurf ignoriert, manche Momente für mehr nebensächlich, welche dieser stark hervorhebt. Wir haben aber keine einzige Wendung im offiziellen Entwurf gefunden, die uns zu einem prinzipiellen Widerspruch veranlaßt hätte.

Und was von uns gilt, gilt auch von allen anderen Kritikern des Entwurfs, die auf dem Boden unserer Partei stehen: Änderungen anderer Art, als redaktionelle, hat keiner von ihnen zu beantragen Gelegenheit gefunden. Das ist wohl die bemerkenswerteste Erscheinung, die bei der Kritik der Erwägungen zutage getreten. Man schwatzt so viel von Spaltung und Uneinigkeit in unseren Reihen, Differenzen hat es bei uns, wie bei jeder Partei, stets gegeben und wird es stets geben. Aber noch nie bisher ist unsere Partei so frei von prinzipiellen Gegensätzen, so einheitlich in ihrem Denken gewesen wie jetzt.

#### IV.

Wir kommen nunmehr zu demjenigen Teil des Programms, den man als des sozialdemokratische Aktionsprogramm im engeren Sinne bezeichnen kann. Es lautet nach dem Entwurf des Parteivorstandes:

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportionalwahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Anteilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes, Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken und unterdrücken.

5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.
10. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
  - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags;
  - b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren;
  - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
  - d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
  - e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern.
3. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern, Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Das Aktionsprogramm wird also eingeleitet mit den Worten: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb **gegenwärtig** für folgende Forderungen ein.“ Die Beschränkung, die in dem Wort „gegenwärtig“ liegt, prägt den nun folgenden Forderungen einen ganz bestimmten Charakter auf. Es handelt sich nicht um abstrakte Folgerungen aus den politischen und sozialen Grundsätzen der Sozialdemokratie, um die Formulierung irgendwelcher allgemeiner Gerechtigkeits- oder Gleichheitsideen; sondern es sind aus den gegenwärtigen Verhältnissen abgeleitete, den gegenwärtigen Bedürfnissen der Arbeiterklasse entsprechende Forderungen. Es ist nicht das Zukunftsideal der Sozialdemokratie, das in ihnen greifbare Fassung erhielt, noch sollen sie die Uebergangsmahregeln aus der gegenwärtigen in die sozialistische Gesellschaft dar-

stellen, sondern es sind Forderungen, welche die heutigen Zustände in Deutschland zur Voraussetzung und ihre Fortentwicklung nach Maßgabe der Anforderungen des proletarischen Befreiungskampfes zum Zweck haben. Geistige und soweit als möglich ökonomische Hebung der Arbeiterklasse auf der einen und Stärkung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse auf der anderen Seite sind die maßgebenden Gesichtspunkte des sozialdemokratischen Aktionsprogramms; was außer denjenigen Forderungen, die dieses Ziel direkt im Auge haben, noch auf ihm steht, darf, so zweckmäßig es auch sonst erscheinen mag, ihm wenigstens nicht widersprechen. Als politisch tätige Partei beschränkt sich die Sozialdemokratie keineswegs auf die Verlechtung der eigentlichen Arbeiterforderungen, sondern tritt auch für viele politische und soziale Maßregeln allgemeiner Natur ein, aber sie wird und darf nichts unterstützen, was im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats als Klasse steht. Unnützlich zu sagen, daß als revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft die Arbeiterklasse auch die einzige Klasse ist, deren Interessen überall zusammenfallen mit denen des Fortschritts der Gesellschaft.

Forderungen aufstellen, welche die heutigen Zustände zur Voraussetzung haben, heißt nun aber keineswegs, sich auf Forderungen beschränken, welche unter den heutigen politischen Machtverhältnissen erreichbar sind. Nicht diese bilden das Kriterium für unser aktives Programm, sondern die ökonomisch-soziale Struktur der Gesellschaft ist es, der wir unsere Forderungen anzupassen haben. Darin soll sich eben die Sozialdemokratie von den sogenannten unpolitischen Arbeiterparteien einerseits und dem utopistischen oder sektiererischen Sozialismus andererseits unterscheiden, daß sie den herrschenden Gewalten keinerlei prinzipielle Konzessionen macht, daß sie aber dem jeweiligen ökonomischen und sozialen Status der Gesellschaft bei ihren Vorschlägen bewußt und entschieden Rechnung trägt.

Wie wir bereits erwähnt haben, ist dies auch der Grund, weshalb wir den Vorschlag in einem, sonst sehr beachtenswerten Artikel der „Elberfelder Freien Presse“ vom 25. August d. J.: mit Rücksicht auf diejenigen Forderungen, welche „in unserem heutigen Staat, in Preußen-Deutschland“ keine Aussicht auf Verwirklichung haben, eine eigene dritte Programmrubrik einzuführen, nicht für zweckmäßig halten. Was absolut nicht in die Gegenwart paßt, gehört, soweit es grundsätzlicher Natur, in den ersten, allgemeinen Teil des Programms oder kann ruhig der Zukunft überlassen bleiben, was aber nur deshalb heute unrealisierbar erscheint, weil es auf Annahme von Seiten der übrigen Parteien nicht zu rechnen hat, kann, wenn es sonst rationell ist, getrost im engeren Aktionsprogramm der Partei figurieren. Es aus ihm verweisen, heißt, wenn nicht verwerlichen Opportunismus treiben, so doch ihm Tür und Tor öffnen. Und beides liegt dem Schreiber des im einzelnen sehr vieles Richtige enthaltenden Artikel sicherlich gleich fern.

Nicht darauf kommt es an, welche Aussichten auf Annahme in den Kreisen der Nichtsozialisten irgendeine Forderung hat, sondern wie diese Forderung, wenn durchgeführt, unter den gegebenen Verhältnissen wirken würde. Dies ist nach unserer Ansicht der maßgebende Gesichtspunkt für die Zusammenstellung unseres Aktionsprogramms, nicht die Popularität oder der vermeintliche Radikalismus irgendeiner Forderung.

Aus diesem Grunde vermögen wir auch einem Vorschlag nicht zuzustimmen, der in einem H. M. gezeichneten Artikel in der „Berliner Volksstimme“ vom 22. August gemacht wird. Dem Verfasser dieses Artikels genügt die im Programmenwurf der Parteivertraltung enthaltene Forderung „direkte Anteilnahme des Volkes an der Gesetz-

gebung mittelst des Vorschlags- und Verwerlungsrechtes" noch nicht, er sieht in ihr einen Versuch, die Volksgesetzgebung durch den Parlamentarismus einzuschränken, und will im Gegenteil, daß im Programm der Partei auf das unzweideutigste gegen das Repräsentativsystem Stellung genommen werde. Er verlangt daher, daß der betreffende Passus folgende Form erhalte:

„Das Recht der Gesetzgebung soll allein dem Volk zustehen und von diesem mittelst des Beschluß- und Vorschlagsrechtes ausgeübt werden. Die Gesetzesvorlagen sollen, soweit sie nicht vom Volke selbst ausgehen, von besonderen dazu gewählten fachmännischen Kommissionen ausgearbeitet werden, ohne Mitwirkung eines parlamentarischen Körpers.“

Weil entfernt, uns diesem Vorschlag anzuschließen, stehen wir vielmehr nicht an, zu erklären, daß wir es für durchaus kein Unglück gehalten hätten, wenn die sogenannte direkte Gesetzgebung ganz und gar aus dem Programm fortgeblieben wäre.

Formal bedeutet die direkte Gesetzgebung unstreitbar gegenüber dem Repräsentativsystem einen Fortschritt im Sinne der Demokratie. Indes ist die Demokratie für uns nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel zu einem größeren, wichtigeren Zweck: der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft. Die Sozialdemokratie ist ihrem ganzen Wesen nach revolutionär; die — formale — Demokratie dagegen nur unter bestimmten Voraussetzungen, in der Regel ist sie dagegen eher konservativ. In den sogenannten Freistaaten sind es denn auch meist die konservativen Parteien, die sich demokratisch nennen. So in einzelnen Kantonen der Schweiz, so in Nordamerika, so in verschiedenen Republiken Südamerikas. Fast überall ist die demokratische Partei die Partei, welche die Interessen des platten Landes den Interessen der individuellen Bevölkerung gegenüber vertritt. Die Landbevölkerung aber ist ihren sozialen Tendenzen nach in ihrer großen Mehrheit reaktionär.

Das Repräsentativsystem ist unleugbar weit davon entfernt, etwas Vollkommenes zu sein, aber es hat, je mehr das Wahlrecht zu den Parlamenten aufhört, Privilegium der Besitzenden zu sein, verschiedene Eigenschaften, auf die wir im heutigen Deutschland noch nicht verzichten können. Es sind im wesentlichen die geistig regsten Elemente der Bevölkerung, welche die Wahlkämpfe zu den parlamentarischen Körperschaften führen. Alle Parteien suchen die besten Elemente, die sie haben, in den Vordergrund zu stellen, und ihre Tätigkeit in den Parlamenten wird beständig kontrolliert von der Menge, die hinter ihnen steht — d. h. der Menge derer, die Interesse am öffentlichen Leben nehmen. Im Durchschnitt genommen, sind dies immer die vorgeschrittenen Elemente, selbst soweit die reaktionären Klassen in Betracht kommen. Die direkte Gesetzgebung aber legt die Entscheidung in die Hände der großen Masse der geistig Trägen, der indifferenten und passiven Mitglieder der Volksgemeinschaft. Selbst in der Schweiz mit ihrem hochentwickelten politischen Leben und wo die Freiheitsideen dem Volke durch jahrzehntelange Tradition in Fleisch und Blut übergegangen sind, selbst in diesem Lande, wo ein ungemein reges Verkehrsleben den Gegensatz zwischen Stadt und Land viel weniger scharf zum Ausdruck kommen läßt, als in neun Zehnteln des heutigen Deutschland, selbst hier hat diese reaktionäre Stille der direkten Volksgesetzgebung sich wiederholt in der empfindlichsten Weise geltend gemacht. Der Verfasser des angeführten Artikels behauptet zwar, daß alles Uebel in der Schweiz daher komme, daß neben der Volksgesetzgebung noch der Parlamentarismus bestehe, und er meint demgemäß: „Hätte die Schweiz kein eidgenössisches Parlament, so wäre ihr Asylrecht heute sicher noch unbesleckt, und von der politischen Polizei wäre sie verschont geblieben“, er ist aber nicht imstande, auch nur eine Tatsache anzuführen,

die jene Behauptung rechtfertigte. Es liegt uns fern, auf die schweizerischen Parlamente ein Loblied anzustimmen, aber wenn man die Volksvertretungskörper als solche für die Verstöße gegen das Asylrecht verantwortlich macht, so sei daran erinnert, daß im Jahre 1881 im Kanton Zürich, dem vorgeschrittensten Kanton der Schweiz, über 30 000 stimmberechtigte Bürger, die Mehrheit aller Stimmberechtigten, eine Petition unterzeichneten, in der die Kantonsregierung ersucht wurde, die Abhaltung des damals geplanten sozialistischen Weltkongresses auf Züricher Gebiet zu untersagen. Es geschah unter dem Einfluß demagogischer Hetzerei, aber es geschah. Das „Volk“ und nicht das Parlament führte den Schlag gegen das Asylrecht.

Es ist auch eine Illusion, zu glauben, daß mit der Ersetzung des Parlamentarismus durch die Volksgesetzgebung das, was man heute als parlamentarische Korruption zu bezeichnen pflegt, aus der Welt geschafft werde. Dieser naiven Ansicht kann nur sein, wer das „Volk“ für eine in jeder Hinsicht homogene Masse hält. Da es das aber nicht ist, sondern in Klassen mit ganz verschiedenen Interessen zerfällt, so würden auch bei der direkten Volksabstimmung die Kompromisse in schönster Blüte stehen.

Und nun nehme man die Berufsstatisik des heutigen Deutschlands zur Hand, vergleiche die Verteilung der Bevölkerung zwischen Land und Stadt, und beantworte sich alsdann die Frage, was die Arbeiterklasse unter diesen Verhältnissen von der direkten Volksgesetzgebung zu erwarten hätte. Eine schwerfälliger, und zwar in jeder Hinsicht schwerfälliger Maschine ist gar nicht denkbar. Als Ergänzung der Volksvertretungen mag das Vorschlags- und Verwerlungsrecht gefordert werden, denn den Bedenken, die gegen dasselbe sprechen, stehen auch manche Vorteile, die es mit sich bringen würde, gegenüber — die direkte Volksgesetzgebung aber, wie sie H. M. fordert, wäre im heutigen Deutschland eine reaktionäre Institution.

Statt die Volksvertretungen im Prinzip zu bekämpfen, hat die Sozialdemokratie in Deutschland noch a. f. lange hinaus für die Kräftigung der Volksvertretungen einzutreten. Was zu beseitigen ist, das sind vor allen Dingen die Reste des alten Feudalstaates und des Absolutismus, die der Aktion der Arbeiterklasse überall noch wie Bleigewichte anhängen. Den Organen der Volkssouveränität dürfen keine staatlichen Organe übergeordnet gegenüberstehen — ein Zustand, daß die Volksvertretung Gesetze beschließt und die Regierung dieselben einfach in den Papierkorb wirft, oder daß eine dem Volk unabhängige Bürokratie die Gesetze nach ihrem Gutdünken handhabt, dieser Zustand, der das deutsche Parlament zum Gespött der Welt macht, muß auf das entschiedenste bekämpft werden, denn an ihm stößt sich jede freie Initiative aus dem Volke. Wogegen wir heute grundsätzlich uns zu wenden haben, das ist das Zerrbild der Volksvertretung, welches der deutsche Reichstag und die verschiedenen deutschen Einzel-Landtage darbieten; den Parlamentarismus grundsätzlich zu bekämpfen ist da am Platze, wo man das Ding selbst hat und nicht erst bloß die Karikatur.

Wir unsererseits hätten in bezug auf diejenigen Paragraphen des vorliegenden Entwurfs, die diese Punkte behandeln, im wesentlichen nur formelle Abänderungsvorschläge zu machen. Wir würden eine andere Zusammenstellung als die jetzige für zweckmäßiger, weil folgerichtiger halten. Den ersten Paragraphen müßten unserer Ansicht nach diejenigen Forderungen bilden, die sich auf das organische Verhältnis von Verwaltung und Gesetzgebung beziehen, während die Forderungen in bezug auf das Wahlrecht usw. als Ergänzung des ersteren, den zweiten Paragraphen zu bilden hätten. Weiter. Obwohl in der Forderung der Selbstverwaltung die der Wahl aller Behörden und der Verantwortlichkeit aller Verwaltungsorgane logischerweise bereits einge-



geschlossen ist, so würden wir doch empfehlen, es — mindestens in Klammern — ausdrücklich hinzuzufügen, damit jedwede Verwechslung mit dem Zwittergebilde ausgeschlossen ist, das im heutigen Preußen und in anderen Einzelstaaten ganz unverdientermaßen den Namen Selbstverwaltung führt. Die betreffenden Paragraphen würden dann, mit einigen weiteren redaktionellen Änderungen, die keinen Kommentar bedürfen, folgendermaßen lauten:

1. Volle Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde (Wahl aller Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit aller Verwaltungsorgane). Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung. Direkte Anteilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts.
2. Allgemeines, gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen an gesetzlichen Ruhetagen. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Proportionalvertretung."

Wir haben die Forderung „Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung“ deshalb eingefügt, weil wir sie für beinahe noch wichtiger halten als die der Proportionalvertretung. Die letztere stößt sich nämlich zur Zeit u. a. immer noch an der Schwierigkeit, eine solche Methode ihrer Ausführung zu ermitteln, die, ohne zu kompliziert zu sein, doch das Prinzip, nach dem sie ihren Namen trägt, konsequent verwirklicht. Alle bisher bekannt gewordenen Systeme der Proportionalvertretung passen unseres Erachtens allenfalls für kommunale und Bezirksvertretungen, für die Wahlen zu den großen Landesvertretungen fehlt es aber unseres Erachtens durchaus noch an einem praktikablen System der Proportionalvertretung. Der Vorschlag, das ganze Land bzw. Reich zu einem großen Wahlkörper zu erklären, der so und so viele hundert Vertreter zu erwählen hat, erscheint nur einfach, tatsächlich würde er fast unlösbare Verwirrung zur Folge haben. Man erinnere sich nur, zu welchen Unzuträglichkeiten in Frankreich schon die Listenwahl nach Departements geführt hat, und vergesse weiterhin nicht, daß dem Proportionalwahlsystem die natürliche Tendenz der Differenzierung der Parteien innewohnt. Alles das sind keine Gründe, die Forderung nicht im Prinzip zu statuieren, denn wenn die vorerwähnte Schwierigkeit auch bis heute noch nicht gelöst ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie überhaupt unlösbar sei, aber es sind triftige Gründe genug, die Forderung der Sicherstellung gleichmäßiger Wahlkreise einstweilen nicht fallen zu lassen.

Die Forderungen unter 3 des Entwurfs der Fraktion gehören nach unserer Ansicht mit den Forderungen unter 7 in ein und denselben Paragraphen. Erstens weil sie alle denselben Gegenstand betreffen (Krieg und Frieden), und dann, weil sie einander dergestalt ergänzen, daß jede einzelne erst in Zusammenhang mit den anderen ihren vollen Sinn erhält.

Zu den einzelnen Forderungen selbst unter 3 wäre folgendes zu bemerken:

So lange die auswärtige Politik des Reiches von Leuten geführt wird, die dem Volke und der Volksvertretung unverantwortlich gegenüberstehen, ist die Frage, ob das Volk in direkter Abstimmung oder die Volksvertretung über Krieg und Frieden entscheiden sollen, eine ziemlich gegenstandslose. Beide, Volk wie Volksvertretung, werden sich im gegebenen Fall jedesmal in einer Zwangsloge befinden, die Frage wird in der Regel erst an sie kommen, wenn das Nein ein Preisgeben wichtiger Interessen des Landes bedeutet. An sich aber ist die Forderung „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volkes“ schon in den Forderungen

des ersten Programmparagraphen enthalten, denn wenn überhaupt keine Politik möglich ist, die nicht die Billigung der Volksvertretung findet, so ist auch selbstverständlich keine Kriegserklärung oder Kriegführung möglich ohne die Zustimmung der Volksvertretung. Soll daneben noch der Gedanke im Programm Ausdruck finden, daß kein Krieg geführt werden soll, der nicht vom Volke, das für ihn einzustehen hat, gebilligt worden, so würden wir daher die Forderung des alten Programms „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ der neuen Fassung vorziehen, weil dieselbe im Zusammenhang mit den Forderungen des Paragraphen 1 sehr gut verwirklicht werden kann, und weil sie daneben das Prinzip am entschiedensten ausspricht. „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ bedeutet einen Bruch mit dem ganzen System der heutigen Diplomatie, während bei der Entscheidung durch die Volksvertretung das alte System sehr wohl fortbestehen kann.

Gegen die „Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes“ wird im Prinzip niemand etwas einzuwenden haben, wohl aber kann es der Sozialdemokratie nicht gleichgültig sein, wie dieses Schiedsgericht aussieht. Es möchte daher zweckmäßiger erscheinen, vorläufig nur die Schlichtung aller internationalen Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege zu verlangen, die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes aber einer Zeit zu überlassen, wo die Völker bei der Zusammensetzung desselben etwas mehr mitzusprechen haben werden wie heute.

Der aus den jetzigen Paragraphen 3 und 7 zusammengesetzte Paragraph erhielt dann folgende Fassung:

„Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr. Schlichtung aller internationalen Streitfragen auf schiedsgerichtlichem Wege. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.“

Die Form „Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr“ anstatt „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“ schlagen wir deshalb vor, weil sie das Ziel feststellt und doch der Partei freie Hand läßt, heute, wo die Auflösung der stehenden Heere nun einmal nicht angeht, bereits eine Reihe von Maßregeln zu verlangen, die wenigstens den Gegensatz zwischen Heer und Volk möglichst verringern, wie z. B. die Aufhebung der besonderen Militärgerichtsbarkeit, Herabsetzung der Dienstzeit usw.

Der Paragraph 4 des Entwurfs bedarf keiner Erklärung oder Umänderung. Er ist der einstimmigen Annahme sicher.

Für den Paragraph 5 halten wir folgende Fassung für zweckmäßiger als die des Entwurfs:

„Aufhebung aller Vorrechte der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften und Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die Zwecke derselben.“

Mit der Aufhebung ihrer Vorrechte werden die kirchlichen Gemeinschaften von selbst zu reinen Privatvereinigungen, als die sie der Entwurf „betrachtet“ sehen will. Bei der Stellung der Kirche im heutigen Staat scheint uns jedoch eine Fassung notwendig, die nicht nur das schließliche Ziel, sondern auch die Richtschnur unseres Verhaltens in der Gegenwart angibt.

Den Vorschlag des \* Mitarbeiters des Hamburger Echo, im Programm auszusprechen, daß der sozialistische Zukunftsstaat jedem alsdann noch vorhandenen religiösen Bedürfnis die nötigen Mittel zur ausreichenden Befriedigung gewähren wird, brauchen wir eigentlich nicht erst zu diskutieren, weil der Zukunftsstaat und seine Beschaffenheit im Programm der Partei überhaupt keine Rolle spielen. Wenn es einmal ein kommunistischer

nistisches Gemeinwesen geben wird, das den einzelnen seiner Angehörigen nur eigentliche Lebens- und Unterhaltungsmittel im engeren Sinne zur freien Verfügung überläßt, dann wird dasselbe wohl selbstverständlich so vernünftig sein, ihnen die Befriedigung geistiger und gemüthlicher Bedürfnisse von Gesellschaft wegen zu ermöglichen. Das ist aber nicht die Frage, um die es sich für die Sozialdemokratie heutigen Tages handelt. Diese lautet, ob das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen dem Staat und den offiziellen Kirchengemeinschaften, das heute selbst dort existiert, wo nominell die Kirche vom Staat getrennt ist, fortbestehen soll oder nicht. Und diese Frage ist zu verneinen. Irgendwelchen Gewissenszwang oder Geistesdruck auszuüben, liegt der Sozialdemokratie dagegen durchaus fern. Solche Bestrebungen können nur diejenigen in der obigen Forderung erblicken, die, wenn sie Gewissenstheiligkeit sagen, Beherrschung der Gewissen durch ihre spezielle Kirchengemeinschaft meinen. Wer wirkliche Freiheit der Gewissen will, wird an diesem Programmpunkt nichts auszusetzen finden; einer Bevölkerung aber, die noch so stark in religiösen Vorurteilen befangen ist, daß sie das nicht versteht, werden wir es überhaupt nicht recht machen können. Dies geben wir dem \* Mitarbeiter des „Hamburger Echo“ zu bedenken, der sich wohl durch seine persönlichen Erfahrungen bei der Agitation unter den Bauern zu dem obigen Vorschlag hat hinreißen lassen.

Der Paragraph 6 sagt nach unserer Ansicht zu wenig und zu viel. Er sagt zu wenig in bezug auf das Wesen der öffentlichen Schulen, und zu viel, indem er die Unentgeltlichkeit aller öffentlichen Bildungsanstalten, also auch derjenigen verlangt, die heute fast nur von den Söhnen der Besitzenden besucht werden. Für die Gegenwart scheint uns das Notwendigste die Reorganisation des öffentlichen Unterrichts auf der Grundlage der Einheitsschule, d. h. des Ineinandergreifens aller Schulen, von der niedrigsten Stufe angefangen, bis zur höchsten, und die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den obligatorischen Schulanstalten (heute Schulbesuch bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, Fortbildungsschule usw.), sowie weiterhin für die Kinder derjenigen Eltern, die ein Einkommen unter einer bestimmten Höhe (etwa 3000 Mark) haben. Warum aber Gymnasium, Polytechnikum und Universitäten auch den Kindern der Reichen unentgeltlich offen stehen sollen, vermögen wir nicht einzusehen. Wir schlagen also vor, Paragraph 6 so zu fassen:

„Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen, Reorganisation des Unterrichtswesens auf der Grundlage der Einheitsschule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Schulanstalten bis zum vollendeten 14. Lebensjahre. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel für die Dauer des obligatorischen Schulbesuchs, sowie für die Kinder unbemittelter Eltern an allen höheren Bildungsanstalten.“

Auch der Paragraph 8 gibt zu viel und zu wenig. Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe (für dieses Wort würde belläufig besser Rechtsbeistand gesetzt, denn „Rechtshilfe“ ist ein ganz bestimmter juristischer Begriff, der sich auf die gegenseitige Unterstützung der Gerichte untereinander bezieht) wäre unter den gegenwärtigen Verhältnissen die größte Ungerechtigkeit. Soll die Allgemeinheit auch noch die Kosten dafür tragen, wenn Kommerzienrat Meyersohn und Rillergutsbesitzer von Prudelwitz wegen einer Hypothekenschuld oder einer Getreidelieferung im Prozesse liegen? Das ist uns, offen gestanden, etwas zu „demokratisch“. Man müßte also hier, und ebenso im nächsten Paragraphen bei der Forderung der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, mindestens eine bestimmte Grenze ziehen. Eine Forderung, die bei erreichter Unentgeltlichkeit des Rechtsbeistandes allerdings bedeutungslos wird, zur Zeit aber keineswegs gegenstandslos ist und als Ergänzung der Wahl durch das Volk sogar logischerweise gefordert werden muß, ist die Aufhebung des Anwalts-

zwanges. Weiter schließen wir uns dem Antrag des Genossen in Frankfurt a. d. Oder an, dem Paragraphen 8 die Forderung der Entschädigung unschuldig Verurteilter zuzufügen, wozu als Ergänzung natürlich auch die Entschädigung der unschuldig Verhafteten gehört. Danach würde Paragraph 8 also lauten:

„Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Aufhebung des Anwaltszwanges. Entschädigung unschuldig Verurteilter, sowie der ohne eigenes Verschulden Verhafteten. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes für . . . (die Grenze zu bestimmen überlassen wir dem Kongress).“

Paragraph 9: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel für . . . (wie oben).“

Dabei ist fernerhin noch zu berücksichtigen, daß, je weiter der Kreis der die Unentgeltlichkeit zu Genießenden gezogen wird, das Heer der vom Staat angestellten und von ihm abhängigen Personen um so mehr anwächst, wie auf der anderen Seite unsere Bewegung ihren Charakter notwendigerweise ändern muß, wenn wir den Schwerpunkt von dem Kampf um die Aufhebung des Lohnverhältnisses immer mehr in die Richtung der Bestrebungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter durch Verbilligung ihrer Bedürfnisse verschieben.

Zu Paragraph 10 der Forderungen, der von den Steuern handelt, ist in einer Berliner Versammlung der Vorschlag gemacht worden, statt „stufenweis steigende Einkommen-, Kapital-, Kapitalrenten-, Zins- und Erbschaftssteuer usw.“ zu sagen: „Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital-, Kapitalrenten-, Zins- und Erbschaftssteuer usw.“

Wir halten die hinzugesetzten Worte für keine Verbesserung des Entwurfs.

Die sogenannte Kapitalrentensteuer ist nur eine Abart der Einkommensteuer. Sie will das Einkommen aus reinem Kapitalbesitz höher treffen als das aus irgendeiner Tätigkeit herkommende. Obwohl der Unterschied oft nur nominell ist — gar mancher Fabrikant oder Kaufmann „arbeitet“ in seinem Geschäft nicht mehr als der erste beste Rentier — läßt sich indes gegen das Prinzip nichts einwenden. Aber da ein und dasselbe Einkommen doch immer nur einmal besteuert werden und nur die Höhe der Steuer verschieden bemessen werden soll, so erscheint es uns rationeller, den Gedanken so auszudrücken: „Stufenweis nach Ursprung und Höhe der Einkommen usw. steigende . . . Steuer.“

„Eine „Zinssteuer“ hat nach unserer Ansicht gar keinen Sinn. Wer soll dieselbe zahlen? Der Darlehensgeber oder Darlehensnehmer? Doch nach Ansicht des Antragstellers der erstere? Solange aber kein Gesetz erlassen wird, daß nur zu einem bestimmten Zinssatz, nicht drüber und nicht drunter, Geld ausgeliehen werden darf, wird es tatsächlich fast immer der Darlehensnehmer sein; er wird im Zins die Steuer mitbezahlen müssen. Die Zinssteuer ist oder wäre eben auch nur eine indirekte Steuer.“

Derselbe Genosse, der diesen Antrag stellte, meinte in seiner begründenden Rede u. a., daß die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten sich auf das Eintreten für praktische Arbeiterforderungen beschränken solle. Bei Dingen aber, die nur im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft liegen, solle man sich von jeder Mitarbeit ausschließen. Nun, die „Zinssteuer“ ist doch wahrhaftig keine praktische Arbeiterforderung. Sie ist eine kleinbürgerliche Schulle, für die einzutreten selbst die Konkurrenz der antisemitischen Bauernfänger uns nicht verwehren darf.

Auch die Forderung der „Kapitalsteuer“ im Entwurf der Parteiverteilung will uns nicht recht einleuchten. Ist damit die Besteuerung der Geldkapitalien und des Grundbesitzes gemeint, so würde man wohl besser „Besitzsteuer“ oder „Vermögenssteuer“

sagen. Aber auch diese Steuer wird hinfällig bzw. überflüssig, wenn die Einkommensteuer nicht nur nach der Höhe, sondern auch nach dem Ursprung des Einkommens reguliert wird. Und das ist doch der leitende Gedanke der sozialdemokratischen Steuerpolitik in der gegenwärtigen Gesellschaft. Alle keinbürgerliche Befehdung des Kapitals liegt der Sozialdemokratie fern.

Ein von anderer Seite ausgehender Vorschlag will, nach Analogie des französischen Minimumprogramms, die Vererbung von Seitenlinien, sowie die Vererbung aller eine gewisse Höhe (im französischen Programm 20 000 Franken = 16 000 Mark) übersteigenden Kapitalien verboten wissen. Wir können jedoch die Forderung schon deshalb nicht unterschreiben, weil sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen weder durchführbar ist noch ihre Durchführung wünschbar wäre. Will man sie als Prinzip aufstellen, so gehört sie an eine andere Stelle des Programms. Für die Gegenwart genügt die Forderung der stufenweis — ebenfalls nach Art und Umfang des Vermögens des Erblassers — steigenden Erbschaftssteuer, zumal man die Sätze derselben jederzeit nach Bedürfnis und nach dem Vertrauen in die Staatsverwaltung erhöhen kann.

Wir kommen nun zu demjenigen Teile des Programmentwurfs, der sich mit dem eigentlichen Arbeiterschutz beschäftigt. Er zerfällt in fünf Paragraphen, die zwar die Hauptpunkte des Gegenstandes so ziemlich erschöpfen, aber im einzelnen uns doch der Ergänzung zu bedürfen scheinen. So sehr wir im grundsätzlichen Teil des Programms für möglichste Kürze eingetreten sind — hier bei der Formulierung der Anforderungen an die Gegenwart wäre es unserer Ansicht nach ein großer Fehler, wesentliche Forderungen bloß der Kürze halber beiseite zu lassen.

Im Paragraph 1 dieser Abteilung, der die Grundlagen für eine zunächst zu schaffende nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung angibt, vermissen wir die Forderung des Verbots der besonders gesundheitsgefährlichen Fabrikationen, obwohl dieses Verbot bzw. wo ein absolutes Verbot nicht wünschenswert, besonders gesundheitspolitische Schutzmaßnahmen doch gerade international am ehesten durchzusetzen wären. Ferner wäre nach unserer Ansicht neben dem achtsündigen Normalarbeitslag eine noch kürzere Arbeitszeit (etwa 6 Stunden) für die Arbeiter unter 18 Jahren zu verlangen. Der Ausbeutung jugendlicher Arbeiter müssen so enge Grenzen gezogen werden, als sich mit den Bedingungen ihrer Ausbildung verträgt.

Bei der Forderung im Absatz 2, die die Ueberwachung der gewerblichen Betriebe behandelt, hätten wir statt „Arbeitskammern“ lieber „Arbeiterkammern“. Das ist unzuweifelhafter. Ferner, da die Arbeitsämter usw. das Institut der Gewerbeinspektoren nur überwachen, aber nicht überflüssig machen werden, so empfiehlt sich der Zusatz: Gewerbeinspektoren durch die Arbeiter gewählt.

Man macht zwar heute offiziell bereits sehr viel in gewerblicher Hygiene, doch bleibt dieselbe eine Forderung, die auf keinem Arbeiterprogramm fehlen darf. Denn das, was heute durchgeführt wird, erschöpft durchaus nicht das, was in dieser Hinsicht tatsächlich zu geschehen hat. „Durchgreifende gewerbliche Hygiene“ ist auch keine übermäßige Belastung des Programms.

Mit Bezug auf den Paragraph 5 dieser Abteilung ist von den Genossen in Frankfurt/Oder beantragt worden, statt „Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung“ zu sagen: „Uebernahme . . . mit voller Selbstverwaltung der Arbeiter“. Da diese Forderung sich höchstens in der Abgünstigkeit der nichtsozialistischen Parteien stoßen würde, sachlich aber durchaus durchführbar wäre, so sehen wir keinen Grund, ihr nicht zuzustimmen.

Damit wären wir mit dem Entwurf selbst zu Ende und hätten nur noch einige Zusatzanträge aus den Reihen der Genossen zu besprechen. Die meisten derselben sind aber in Versammlungen und in der Tagespresse, der Partei genügend erörtert worden, so daß wir es für Raumverschwendung halten würden, hier noch einmal auf sie zurückzukommen. Nur mit einem Antrag glauben wir eine Ausnahme machen zu müssen, und zwar namentlich deshalb, weil er, wenn auch in verschiedener Form, von den Genossen verschiedener Orte gestellt worden ist. Wir meinen den Antrag auf staatliche Unterstützung der Arbeitslosen bzw. — wie ihn die Genossen in Frankfurt/Oder formulieren — „auf staatliche Sicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit.“

Wollten wir die letzte Fassung wörtlich nehmen, so würde sie nicht mehr und nicht minder bedeuten als die Forderung, die heutige Gesellschaft solle — den Sozialismus verwirklichen. Die staatliche Sicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit bedeutet die staatliche bzw. gesellschaftliche Organisation der Arbeiter überhaupt. Denn was heißt Arbeitslosigkeit? Nicht etwa nur, was der Bourgeois von heute darunter versteht, nämlich, daß der Arbeiter überhaupt keine Beschäftigung — auch zu den schlechtesten Bedingungen und der größten Art — findet, sondern daß er keine Arbeit findet, zu der er sich eignet und die ihm ein seinen Gewohnheiten entsprechendes Einkommen gewährt. Gegen diese Arbeitslosigkeit Sicherstellung vom heutigen Staat erwarten, wäre Utopie; gegen sie Sicherstellung verlangen in einem Programm, das an der Spitze sagt, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft sei diese Sicherstellung unmöglich, hieße diesem eigenen Programm ins Gesicht schlagen oder etwas aussprechen, woran man selbst nicht glaubt. Die Frankfurter Fassung geht also auf keinen Fall an.

Bleibt der Gedanke, der wohl derselbe ist, wie in dem Antrag des „Mitarbeiters der „Hamburger Echo“:

„Die Sozialdemokratie verlangt, daß allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichender, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechender Unterhalt gewährt werde, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte.“

Dieser Antrag ist formell rationeller als der der Frankfurter Genossen, aber auch nur formell. In der Sache selbst stehen wir auch hier vor derselben Frage. Wer ist arbeitslos oder gar, wie es im vorstehenden Antrag heißt, „erwerbslos?“ Und — wer bestimmt, ob in einem gegebenen Fall wirkliche Erwerbslosigkeit vorliegt oder nicht? Es kann doch nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, das Simulantentum systematisch zu fördern, und die Grafziehung des Lumpenproletariats auf Kosten des arbeitenden Teils der Bevölkerung zu verlangen? Anträge, die wir an den heutigen Staat stellen, mögen so radikal sein, wie sie wollen, aber sie müssen den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Schlechtweg Unterhaltung aller Erwerbslosen aus Staatsmitteln verlangen, heißt nicht nur jeden, der nicht Arbeit finden kann, sondern auch jeden, der nicht Arbeit finden will — und deren züchtet die heutige Gesellschaft nur zu viele — auf den Staatstrog anweisen.

Es gibt in der modernen Gesellschaft zwei Arten von wirklicher Arbeitslosigkeit. Das eine ist die Arbeitslosigkeit, in die jeder Arbeiter zeitweilig verläßt, wenn er aus irgendwelchem Grunde seine bisherige Arbeitsstelle aufgegeben oder verloren hat und nun vorerst keine andere entsprechende Stelle findet. Sicherlich ist schon diese Arbeitslosigkeit in den meisten Fällen mit großen Entbehrungen verknüpft, und die beständige Gefahr, ihr zu verfallen, steht wie ein drohendes Gespenst hinter dem Rücken des Proletariats von heute. Sie ist die stets geschwungene ideale Peitsche, die ihn ebenso wirksam und oft noch wirksamer zur Arbeit treibt, wie die wirkliche

Peitsche einst den Sklaven und den Leibeigenen. Aber sie ist zugleich der Sporn, der ihn antreibt, für die Beseitigung einer Gesellschaftsordnung zu wirken, in der der Arbeiter trotz aller scheinbaren Freiheiten doch nur ein Sklave ist — ein Sklave der Verhältnisse; sie ist der Aufhetzer, der den Proletarier von heute zum geborenen Revolutionär macht, zum geborenen Kämpfer für den politischen und sozialen Fortschritt. Dem Arbeiter während dieser Arbeitslosigkeit heute staatlichen Unterhalt, wie ihn der Antrag bezeichnet, verschaffen wollen, ist eine Utopie, denn der heutige Staat bzw. die heutige Gesellschaft kann ihm diesen Unterhalt nicht gewähren, und es ist eine konservative Utopie, denn wenn der heutige Staat diesen Unterhalt gewähren könnte und würde, so würde dies zur notwendigen Folge haben eine vollständige Erschlaffung der Arbeiterbewegung: Die Arbeiterklasse würde von diesem Tage ab aufhören, eine revolutionäre Klasse zu sein — sie würde nichts mehr von ihrer eigenen politischen und ökonomischen Aktion erwarten, das Ideal unserer Gegner wäre erfüllt.

Gewiß, das will der Antragsteller nicht, und er ist sicherlich auch von der Illusion frei, als könne seiner Resolution im heutigen Staat je entsprochen werden. Er hat sie ihrer agitatorischen Wirkung wegen gestellt. Wir aber meinen, eine Forderung, die einer falschen Auffassung vom Wesen der heutigen Gesellschaft Vorschub leistet, darf von uns nicht aufgestellt werden, auch wenn sie agitatorisch noch so gute Dienste leisten würde. Unsere Agitation heißt nicht bloß aufhetzen — um einmal dieses, bei den Gegnern so beliebte Wort zu gebrauchen, sie heißt vor allen Dingen aufklären.

Die zweite wirkliche Arbeitslosigkeit, das ist die in Zeiten großer Geschäftsstockungen, die Arbeitslosigkeit in Zeiten der Krisen, wo die Arbeiter nicht bloß als einzelne aus der Produktion heraustreten, sondern in Massen aus ihr herausgeworfen werden — wo sie zu Hunderttausenden auf dem Pflaster liegen. Hier, wo es unmöglich ist, zu behaupten, daß individuelles Verschulden Ursache der Arbeitslosigkeit ist, wo es auf der Hand liegt, daß der einzelne beim besten Willen sich nicht helfen kann, hier pflegt auch jetzt schon der Staat — bzw. die Gemeinde — einzugreifen, wenn auch meist jämmerlich genug. Daß der Staat und die Gemeinden solcher Arbeitslosigkeit, wie überhaupt der Not gegenüber mehr tun können und daher auch sollen, als sie heute tun, das ist unbestritten, und daß die verabsorgte Unterstützung keine Beeinträchtigung der politischen Rechte der Unterstützten zur Folge haben soll, das sind Forderungen, denen auch wir uns gern anschließen; aber generell und schlechtweg den Arbeiter auf das Staatsalmosen verweisen, statt ihm zu zeigen, daß „zureichender, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechender Unterhalt“ vom heutigen Staat nun und immer gewährt werden kann, das halten wir für absolut verfehlt. Die Konsequenz dieses Vorschlages wäre der Staatssozialismus, und man braucht wirklich kein Anarchist zu sein, um die ewigen Anweisungen auf den Staat des Guten zuviel zu finden.

Man soll das Kind stets beim rechten Namen nennen, und darum würde uns von allen auf diesen Gegenstand bezüglichen Anträgen am meisten der Paragraph III b 2. im Entwurf des H. L.-Mitarbeiters der „Elberfelder Freien Presse“ gefallen, der kurz und bündig lautet:

„Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege, Recht auf Armenpflege, Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachteile.“

Das sind Forderungen, die in den Rahmen des heutigen Staates passen, und die doch der Sozialdemokratie die Möglichkeit gewähren, der Interessen derjenigen sich anzunehmen, die infolge der heutigen Produktionsanarchie zeitweilig oder dauernd der Möglichkeit beraubt worden sind, durch Arbeit sich und die Ihrigen zu ernähren.

Im übrigen aber wollen wir an dem Grundsatz festhalten, daß der moderne Proletarier zwar arm, aber kein Armer ist. In diesem Unterschied liegt eine ganze Welt, liegt das Wesen unseres Kampfes, die Hoffnung unseres Sieges.

Fassen wir unsere Vorschläge zum Programm zusammen, so würde dasselbe ihnen entsprechend lauten:

„Die industrielle Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von den Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes diese das Monopol einer kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.“

„Hand in Hand damit geht die Zusammenfassung der zersplitterten Kleinbetriebe in Riesenbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum des Ertrags der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelstände bedeutet sie Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist ehemals das Mittel gewesen, dem freien Arbeiter den Besitz seines Produkts zu sichern. Heute ist dieses selbe Eigentumsrecht zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Erniedrigung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.“

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Alle anderen Klassen stehen auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln. Das Proletariat ist die einzige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt.“

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Sie kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

„Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen.“

„Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Ab-

stammung. Auch in der heutigen Gesellschaft bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung.\*

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt daher gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Volle Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde (Wahl der Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit aller Verwaltungsorgane). Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung. Direkte Anteilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts.
2. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Geheime Stimmabgabe. Vornahme aller Wahlen und Abstimmungen an gesetzlichen Ruhetagen. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Proportionalvertretung.
3. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit, Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken und unterdrücken.
5. Aufhebung aller Vorrechte der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften und Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die Zwecke derselben.
6. Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen, Reorganisation des Unterrichtswesens auf der Grundlage der Einheitsschule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Schulanstalten bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel für die Dauer des obligatorischen Schulbesuchs, sowie für die Kinder unbemittelter Eltern an allen höheren Bildungsanstalten.
7. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Aufhebung des Anwaltszwanges. Entschädigung unschuldig Verurteilter sowie der ohne eigenes Verschulden Verhafteten. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes für . . .
8. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel für . . .
9. Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege, Recht auf Armenpflege. Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachteile.
10. Stufenweis nach Ursprung und Höhe der Einkommen beziehungsweise nach Art und Umfang des Erbguts steigende Einkommen- und Erbschaftsteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutz der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
  - a) Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages.
  - b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren.

- c) Beschränkung der täglichen Arbeitszeit für Arbeiter unter 18 Jahren auf 6 Stunden
  - d) Verbot der Nacharbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nacharbeit erheischen.
  - e) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
  - f) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter, Arbeiterkammern und von den Arbeitern gewählte Gewerbeinspektoren. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
  3. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesindeordnungen.
  4. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit voller Selbstverwaltung der Arbeiter.

## Friedrich Engels:

### Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-Entwurfes 1891:

Der jetzige Entwurf unterscheidet sich sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm. Die starken Ueberreste von überlebter Tradition — spezifisch lassallischer wie vulgärsozialistischer — sind im wesentlichen beseitigt, der Entwurf steht nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft und läßt sich von diesem Boden aus diskutieren.

Er zerfällt in drei Abschnitte: I. Erwägungsgründe, II. Politische Forderungen, III. Arbeiterschutzforderungen.

#### I. Erwägungsgründe in zehn Absätzen

Im allgemeinen leiden diese an dem Versuch, zwei unvereinbare Dinge zu vereinigen: sowohl Programm wie Kommentar zum Programm zu sein. Man fürchtet, nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend ist, setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen. Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präzise als möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Versammlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse tut da alles Nötige, und der kurze, prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort, und das passiert der breiteren Auseinandersetzung nie. Man opfere der Rücksicht auf Popularität nicht zu viel, man unterschätze nicht die geistige Begehung und Bildungsstufe unserer Arbeiter. Sie haben weit schwerere Dinge verstanden, als das kürzeste, knappste Programm ihnen bieten kann; und wenn die sozialistengesetzliche Zeit auch die volle Durchbildung der neu hinzugekommenen Massen erschwert und stellenweise verhindert hat — unter Leitung der alten wird das bald nachgeholt, jetzt, wo unsere Propagandaschriften wieder ungestört aufbewahrt und gelesen werden können.

Ich will versuchen, diesen ganzen Passus etwas kürzer zu fassen, und wenn es mir gelingt, ihn beilegen oder nachschicken und gehe nun an die einzelnen, von 1 bis 10 nummerierten Absätze. In Beilage 1 sind meine Vorschläge in den Entwurf gesetzt.

Absatz 1. „Die Trennung“ „Bergwerke, Gruben, Minen“ — drei Worte für eine Sache; zwei sollten fallen. Ich würde Bergwerke stehenlassen, die ja bei uns auch in der plattesten Ebene so heißen und alles mit dem gebräuchlichen Ausdruck bezeichnen. Dagegen würde ich hinzufügen: „Eisenbahnen und andere Verkehrsmittel“.

Absatz 2. Hier würde ich setzen: „In den Händen Ihrer Aneigner (oder ihrer Besitzer) sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel“, und ebenso nachher „Abhängigkeit . . . von den Besitzern (oder Aneignern) der Arbeitsmittel“ usw.

Dah die Herren sich jene Dinge als „Alleinbesitz“ angeeignet, ist schon ad 1 gesagt und kann hier nur wiederholt werden, wenn man plattendings darauf besteht, das Wort „Monopolisten“ hineinzubringen. Weder das eine noch das andere Wort fügt dem Sinne das Geringste zu. Was aber in einem Programm überflüssig, das schwächt ab.

„Die für den Bestand der Gesellschaft nötigen Arbeitsmittel“: das sind immer die gerade vorhandenen. Vor der Dampfmaschine wurde man ohne sie fertig, jetzt könnte man's nicht mehr. Da heutzutage die sämtlichen Arbeitsmittel direkt oder indirekt — entweder ihrer Konstruktion nach oder vermittelst der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit — **gesellschaftliche Arbeitsmittel** sind, so drücken diese beiden Worte das in jedem Moment Vorhandene hinreichend aus, richtig und ohne schiefe Nebenbedeutung.

Wenn sich der Schluß an die Erwägungsgründe der internationalen Statuten anschließt, so würde ich vorziehen, daß dies ganz geschieht: „Dem gesellschaftlichen Elend (dies ist Nr. 1), der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit“: Die physische Verkümmern ist im gesellschaftlichen Elend eingeschlossen, und die politische Abhängigkeit ist eine Tatsache, während die politische Rechtslosigkeit eine deklamatorische Phrase von nur relativer Gültigkeit ist, dergleichen nicht in ein Programm gehört.

Absatz 3. Der erste Satz muß nach meiner Ansicht geändert werden. „Unter der Herrschaft der Alleinbesitzer.“ Erstens ist das, was folgt, eine ökonomische Tatsache, die ökonomisch zu erklären ist. Der Ausdruck Herrschaft der Alleinbesitzer bringt aber den falschen Schein hinein, als habe die politische Herrschaft jener Räuberbande das verursacht. Zweitens gehören zu den Alleinbesitzern nicht nur „Kapitalisten und Großgrundbesitzer“ (was sollen die Bourgeois dahinter? Sind Sie eine dritte Klasse von Alleinbesitzern? Sind die Großgrundbesitzer auch „Bourgeois“? Sollen, wenn von Großgrundbesitzern einmal die Rede ist, dann die kolossalen Reste von Feudalismus ignoriert werden, die unserer ganzen politischen Sauerkeit in Deutschland ihr spezifisch reaktionäres Gepräge geben?) Auch Bauern und Kleinbürger sind „Alleinbesitzer“, wenigstens noch heute; sie figurieren aber im ganzen Programm nicht, und deshalb muß sich so ausgedrückt werden, daß sie überhaupt nicht eingeschlossen sind in die Sorte von Alleinbesitzern, von denen man spricht.

„Die Anhäufung der Arbeitsmittel und das durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums.“ „Der Reichtum“ besteht aus 1. Arbeitsmitteln, 2. Lebensmitteln. Es ist also ungrammatisch und unlogisch, erst von einem Teile des Reichtums zu sprechen und dann nicht von dem anderen Teile, sondern von Gesamt-Reichtum, und beide zu verbinden durch und.

„Nimmt . . . in den Händen der Kapitalisten mit wachsender Geschwindigkeit zu.“ Wo bleiben da die „Großgrundbesitzer“ und die „Bourgeois“ von oben? Genügen die Kapitalisten hier, so sollten sie auch oben genügt haben. Geht man aber ins Einzelne, so genügen sie überhaupt nicht.

„Immer größer wird die Zahl und das Elend der Proletarier.“ Dies ist nicht richtig, so absolut gesagt. Die Organisation der Arbeiter, ihr stets wachsender Widerstand wird dem Wachstum des Elends möglicherweise einen gewissen Damm entgegenzusetzen. Was aber sicher wächst, ist die Unsicherheit der Existenz. Das würde ich hineinsetzen.

Absatz 4. „Die im Wesen der kapitalistischen Privatproduktion begründete Planlosigkeit“ verdient starke Verbesserung. Ich kenne eine kapitalistische Produktion als Gesellschaftsform, als ökonomische Phase, eine kapitalistische Privatproduktion als eine innerhalb dieser Phase so oder so vorkommende Erscheinung. Was heißt denn kapitalistische Privatproduktion? Produktion durch den einzelnen Unternehmer, und die wird ja schon mehr und mehr Ausnahme. Kapitalistische Produktion durch **Aktiengesellschaften** ist schon keine Privatproduktion mehr, sondern Produktion für assoziierte Rechnung von vielen. Und wenn wir von den **Aktiengesellschaften** übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit. Man streiche „Privat“, und der Satz kann, allenfalls passieren.

„Den Ruin weiter Volksschichten“, statt dieser deklamatorischen Phrase, die aussieht, als läte uns der Ruin von Bourgeois und Kleinbürgern noch leid, würde ich die einfache Tatsache erzählen: „Die durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände, der Kleinbürger und Kleinbauern, den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern“ (oder vertiefen).

Die beiden Schlußsätze sagen zweimal dasselbe. Ich gebe in der Beilage 1 einen Aenderungsvorschlag.

Absatz 5. „der Ursachen“ muß heißen „seiner Ursachen“, was wohl nur ein Schreibfehler ist.

Absatz 6. „Bergwerke, Minen, Gruben“, wie oben ad 1. Privatproduktion wie oben ad 4. Ich würde sagen: „Umwandlung der gegenwärtigen kapitalistischen Produktion für Rechnung von einzelnen oder Aktiengesellschaften in sozialistische Produktion für Rechnung der gesamten Gesellschaft und nach vorher bestimmtem Plane, eine Umwandlung usw. . . schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.“

Absatz 7. Ich würde sagen wie in Beilage 1.

Absatz 8. Statt klassenbewußt, was zwar unter unseren Kreisen leicht verständliche Abkürzung, würde ich sagen im Interesse des allgemeinen Verständnisses und der Uebersetzung in fremde Sprachen: „Mit den vom Bewußtsein ihrer Klassenlage durchdrungenen Arbeitern“ oder ähnliches.

Absatz 9. Schlußsatz: „ . . . setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und politischen Unterdrückung in einer Hand vereinigt.“

Absatz 10. Hinter „Klassenherrschaft“ fehlt „und der Klassen selbst“. Die Abschaffung der Klassen ist unsere Grundforderung, ohne die die Abschaffung der Klassenherrschaft ökonomisch ein Unding. Statt „für das gleiche Recht aller“ schlage ich vor: „für gleiche Rechte und gleiche Pflichten“ aller usw. Die gleichen Pflichten sind für



uns eine ganz besonders wesentliche Ergänzung der bürgerlich-demokratischen gleichen Rechte und nehmen ihnen den spezifisch bürgerlichen Sinn.

Den Schlusssatz: „In ihrem Kampfe . . . geeignet sind“, möchte ich lieber streichen. In seiner Unbestimmtheit: „Welche die Lage des Volkes im allgemeinen (wer ist das?) zu verbessern geeignet sind“, kann er alles umfassen, Schutzzölle und Freihandel, Zünfte und Gewerbefreiheit, Bodenkredit, Tauschbanken, Impfwang und Impfverbot, Alkoholismus und Antischnaps usw. Was er sagen soll, steht im Vordersatz schon drin, und daß, wenn man das Ganze will, man auch jedes einzelne Stück mitnimmt, braucht man doch nicht extra zu sagen, ich meine, das schwächt den Eindruck ab. Will man den Satz aber als Uebergang zu den Einzelforderungen, dann könnte man etwa sagen: „Verficht die Sozialdemokratie alle Forderungen, welche sie diesem Ziele näherführen.“ („Maßregeln und Einrichtungen“ als Wiederholung zu streichen) oder aber, was noch besser, man sagt geradezu, um was es sich handelt, daß man die veräumte Arbeit der Bourgeoisie nachholen muß; in dem Sinne habe ich einen Schlusssatz in Beilage 1 gesetzt, diesen halte ich für wichtig wegen meiner Bemerkungen in folgendem Abschnitt und zur Motivierung meiner dort gemachten Vorschläge.

## II. Politische Forderungen

Die politischen Forderungen des Entwurfes haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin. Wenn alle diese zehn Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst. Die Reichsverfassung ist in der Abmessung der dem Volke und seiner Vertretung überwiesenen Rechte ein purer Abklatsch der preussischen Verfassung von 1850, einer Verfassung, worin die äußerste Reaktion in Paragraphen gefaßt ist, worin die Regierung alle wirkliche Macht besitzt und die Kammern nicht einmal das Steuerverweigerungsrecht haben; einer Verfassung, die in der Konfliktzeit bewies, daß die Regierung mit ihr machen konnte, was sie wollte. Die Rechte des Reichstags sind genau dieselben, wie die der preussischen Kammer, und daher nannte Liebknecht diesen Reichstag das Feigenblatt des Absolutismus. Auf Grundlage eines Bundes zwischen Preußen, Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein, wovon das eine so viel Quadratmeilen hat als das andere Quadratzoll, auf solcher Grundlage die „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum“ durchzuführen zu wollen, ist augenscheinlich sinnlos.

Daran zu fasten ist aber gefährlich. Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenen voreiligen Aeußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Man redet sich und der Partei vor, „die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein“, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe. Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verlesungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich

hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird, und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.

Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind. Soll es wieder gehen, wie seinerzeit mit den Schutzzöllen, die man damals für eine nur die Bourgeoisie angehende, die Arbeiter nicht im entferntesten berührende Frage erklärte, wo also jeder stimmen konnte, wie er wollte, während jetzt mehr als einer ins entgegengesetzte Extrem verfällt und aus Gegensatz gegen die schutzzöllnerisch gewordenen Bourgeois die ökonomischen Verdrehungen von Cobden und Bright neu auflegt und als reinsten Sozialismus predigt — das reinste Manchesterium?

Dies Vergessen der großen Hauptgewichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ehrlich gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der „ehrliche“ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen. Welches sind nun diese kitzligen, aber sehr wesentlichen Punkte?

Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten, wie Miquel.

Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis Philippe in Frankreich ebenso zulässig war wie jetzt in Italien. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könnte man dort auf gemüthlich-friedlichem Wege die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der **Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung**. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weiter gehen kann.

Zweitens. Die Rekonstruktion Deutschlands. Einerseits muß die Kleinstaaterei beseitigt werden — man revolutioniere doch die Gesellschaft, so lange es bayerisch-württembergisches Reservatrecht gibt und die Karte von Thüringen zum Beispiel das gegenwärtige Jammerbild bildet. Andererseits muß Preußen aufhören zu existieren, muß in selbstverwaltende Provinzen aufgelöst werden, damit das spezifische Preuentum aufhört auf Deutschland zu lasten. Kleinstaaterei, spezifisches Preuentum sind die

beiden Seiten des Gegensatzes, worin Deutschland jetzt gefangen liegt und wo immer die eine Seite der anderen als Entschuldigung und Existenzgrund dienen muß. Was soll an die Stelle treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlamentes schon jetzt dreierlei Gesetzsysteme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat, daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigene Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß oder klein, als solcher stimmt. Das erste haben wir glücklich überwunden und werden nicht so kindisch sein, es wieder einzuführen, und das zweite haben wir im Bundesrat und können es sehr gut entbehren, wie denn überhaupt unser „Bundesstaat“ schon den Uebergang zum Einheitsstaat bildet. Und wir haben nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von oben wieder rückgängig zu machen, sondern ihr die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von unten.

Also eine einheitliche Republik. Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist, als des 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und noch heute Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß, und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verbeten haben wollen, wie die preussischen Landräte und Regierungsräte.

Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas zu sagen nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft überführen will. Und ferner, um dem Parteivorstand in Erinnerung zu bringen, daß es noch andere politische Fragen von Wichtigkeit gibt, als die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die unentgeltliche Rechtspflege, ohne die wir am Ende auch vorankommen. Bei der allgemeinen Unsicherheit können diese Fragen von heute auf morgen brennend werden, und was dann, wenn wir sie nicht diskutiert, uns nicht darüber verständigt haben?

Was aber ins Programm kommen kann und was wenigstens indirekt als Andeutung des nicht Sagbaren dienen kann, ist die Forderung:

„Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.“

Ob es sonst noch möglich ist, in bezug auf die soeben diskutierten Punkte Programmforderungen zu formulieren, kann ich hier nicht so gut beurteilen als Ihr dort.

Aber wünschenswert wäre es, daß diese Fragen innerhalb der Partei debattiert würden, ehe es zu spät ist.

1. Der Unterschied zwischen „Wahlrecht und Stimmrecht, respektive Wahlen und Abstimmungen“ ist mir nicht ersichtlich. Soll einer gemacht werden, wäre dies jedenfalls deutlicher auszudrücken oder in einem den Entwurf begleitenden Kommentar zu erklären.

2. „Vorschlags- und Verwerlungsrecht des Volkes“ für was? Für alle Gesetze oder Beschlüsse der Volksvertretung wäre hinzuzusetzen.

5. Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Gemeinschaften ohne Ausnahme werden vom Staate als Privatgenossenschaften behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf die öffentlichen Schulen. (Man kann ihnen doch nicht verbieten, eigene Schulen aus eigenen Mitteln zu gründen und dort ihren Blödsinn zu lehren!)

6. „Weltlichkeit der Schule“ fällt dann weg, es gehört in den vorigen Paragraphen.

8. und 9. Hier möchte ich zu bedenken geben: Diese Punkte fordern Verstaatlichung 1. der Advokaten, 2. der Aerzte, 3. der Apotheken, Zahnärzte, Hebammen, Krankenpfleger usw. Ferner wird später die totale Verstaatlichung der Arbeiterversicherung gefordert. Ob das alles dem Herrn v. Caprivi anvertraut werden darf und ob das im Einklang steht mit der vorgegangenen Lossagung von allem Staatssozialismus?

10. Hier würde ich sagen: „Progressive . . . Steuern für Bestreitung aller Ausgaben im Staate, Bezirk und Gemeinde, soweit Steuern dazu erforderlich. Abschaffung aller indirekten Staats- und Lokalsteuern, Zölle usw.“ Der Rest ist überflüssig und abschwächender Kommentar respektive Motivierung.

### III. Oekonomische Forderungen

ad 2. Nirgend mehr als in Deutschland bedarf das Koalitionsrecht auch einer Sicherstellung gegenüber dem Staate. Der Schlusatz „zur Regelung“ wäre als Artikel 4 zuzusetzen und in entsprechende Form zu bringen. Zu diesem wäre zu bemerken, daß wir mit Arbeitskammern von halb Arbeitern und halb Unternehmern gleicht wären. Auf Jahre hinaus werden da die Majoritäten stets auf seiten der Unternehmer sein, wozu ein schwarzes Schaf unter den Arbeitern genügt. Wird nicht ausgemacht, daß in Streitfällen beide Hälften separat Meinung abgeben, wäre es viel besser, eine Unternehmerrkammer und daneben eine unabhängige Arbeiterkammer zu haben.

Ich möchte bitten, vor Torschluß nochmals das französische Programm zu vergleichen, wo gerade für Nr. III manches besser scheint. Das spanische kann ich bei der Kürze der Zeit leider nicht heraussuchen, es ist auch in vieler Beziehung sehr gut.

## Das „Erfurter Programm“ beschlossen auf dem Parteitag

### der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erfurt 1891

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel des Monopols einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.



Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletariat, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessensstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

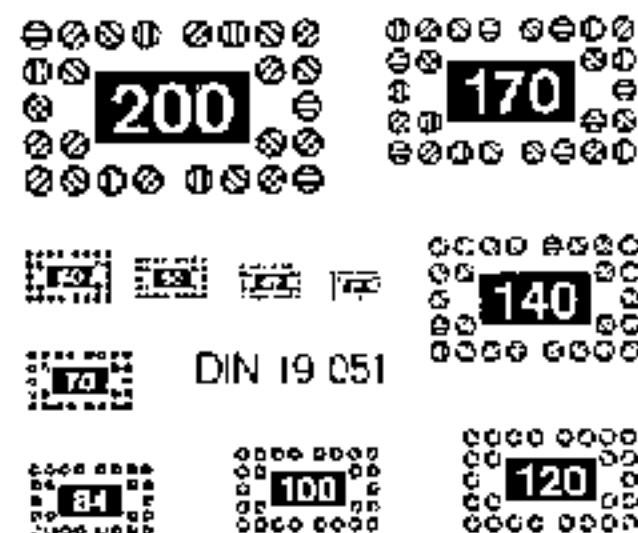
Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion

für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetag. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Enmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.



10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbststeinschätzungspflicht, Erbschaftssteuer, stufenweis steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzesetzgebung auf folgender Grundlage:
  - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
  - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
  - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
  - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
  - e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern, Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

## Quellen-Nachweis

- Das Gothaer Programm:  
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagcs der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1890.
- Brief Karl Marx an Bracke:  
Karl Marx, Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiter-Partei, „Die Neue Zeit“, IX. Jahrgang, I. Band, Nr. 18, Stuttgart 1890—91.
- Die Rede Wilhelm Liebknechts in Halle 1890:  
Wilhelm Liebknechts Schlusswort in Halle 1890:  
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagcs der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Berlin 1890.
- Friedrich Engels, Der Entwurf eines neuen Parteiprogramms.  
„Die Neue Zeit“, IX. Jahrgang, II. Band, Nr. 42, 49—52, Stuttgart 1890—91.
- Friedrich Engels, Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891:  
„Die Neue Zeit“, XX. Jahrgang, I. Band, Nr. 1, Stuttgart 1901—02.
- Das „Erfurter Programm“:  
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagcs der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1892.